

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Kassenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Berliner-Anzeigen  
für die dreigespaltenen Petitzeile oder deren Raum 30 A.

### Unser Verbandshaus.

In diesen Tagen wird in Hamburg der „Grundstein“ zu einem eigenen Hause unseres Verbandes gelegt werden. Da ist es wohl angebracht, daß wir über die Vorgeschichte dieser Tatsache unseren Kollegen im Lande kurz etwas berichten.

Korporationen und Organisationen, die zur Erleichterung ihrer Geschäfte mehrere Angestellte haben, können diese Geschäfte aus den verschiedensten Gründen nicht in den Privatwohnungen der Angestellten erledigen lassen, sondern bedürfen dazu besonderer Büroräume. Diese Notwendigkeit ist um so größer, je größer die Organisationen und die damit verbundenen Geschäfte sind und je größer demzufolge die Zahl der zur Erleichterung der Geschäfte benötigten Personen ist. Ist damit noch, wie bei uns, der Versand einer Zeitung verknüpft, so sind besonders auch aus diesem Grunde geeignete Büroräume erforderlich.

So hat denn auch unser Verband seit seinem Bestehen zur Erleichterung seiner Verbandsarbeiten besondere Büroräume gehabt. Entsprechend der Größe des Verbandes und der Zahl der angestellten Personen waren diese Räume anfangs klein, so daß heute manche unserer Zweigvereine bessere und größere Büroräume haben als vor 15 Jahren der Verbandsvorstand. In zwei Zimmern einer Mietwohnung an Finkenplatz hatte schon in der Frühvereinszeit die „Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands“ ihr Domizil aufgeschlagen. Später siedelte sie nach der Zollvereinsniederlage in der Wilhelmstraße über, wo auch der Vorstand des 1891 gegründeten Zentralverbandes seine zwei aus Lagerräumen gebildeten Büroräume hatte. Als diese im Jahre 1894 ebenfalls zu klein wurden, mietete der Vorstand in der Brennerstraße eine Dreizimmerwohnung, deren Küche und Nebengänge als Lagerräume für die Verbandschriften und andere Materialien dienten. Bald waren auch diese Räume wieder zu klein, so daß sich der Vorstand, ebenfalls in der Brennerstraße, nach einer sechszimmerigen Wohnung mit den nötigen Nebengängen umschah. Im September 1905 wurden dann die Büroräume des Verbandsvorstandes und der Redaktion des „Grundstein“ nach Besenbinderhof 56 verlegt, wo zu diesem Zwecke ein kleines Häuschen mit Parterre und zwei Stockwerken auf fünf Jahre gemietet und für Bureauzwecke eingerichtet worden war.

Dieses Bureau ist sehr schön gelegen, aber praktisch ist es auch nicht, und außerdem wurde es bei dem starken Wachstum des Verbandes bald wieder zu klein. Insbesondere fehlen geeignete Räume zur Aufbewahrung der Verbandsmaterialien und Verbandschriften sowie zur Aufstellung der immer stärker werdenden Bibliothek und des Archivs. Auch der Raum für die Arbeitsplätze ist recht knapp. Da das Haus aber außerdem nach Ablauf der fünfjährigen Mietzeit abgeröckelt und durch ein neues ersetzt werden soll, so war für den Vorstand die Wohnungsfrage bald wieder akut. Nun war es aber nicht mehr leicht, passende Büroräume durch Miete zu erhalten. Das Bureau muß, besonders des „Grundstein“ wegen, in der Nähe der Hauptpost liegen, es muß sehr groß und möglichst hell sein, es muß ferner in seinem Parterre geeignete Räume für die Expedition haben und dem Fuhrmann die Möglichkeit bieten, ohne eine Verlehrsströmung zu bilden, längere Zeit auf die Verladung des „Grundstein“ zu warten.

Der Vorstand sah bald ein, daß die Beschaffung solcher Räume zu einem angemessenen Preis fast unmöglich sei, und deshalb unterbreitete er dem Verbandstage im Jahre 1908 den Vorschlag, ein eigenes Heim für den Verband zu bauen. Nach langer und äußerst lebhafter Debatte, in der insbesondere geltend gemacht wurde, daß durch die Erstellung eines eigenen Hauses

der Sitz des Verbandes auf Jahre hinaus in Hamburg festgelegt würde (viele Delegierte verlangten die Verlegung des Sitzes nach Berlin), wurde, nachdem die Sitzverlegung mit großer Mehrheit abgelehnt worden war, der Vorschlag des Vorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Nun entstanden aber neue Schwierigkeiten. Der Vorstand hatte bestimmt mit der Möglichkeit der Erwerbung eines in nächster Nähe der Hauptpost an der Berliner Bahn gelegenen staatlichen Platzes gerechnet, und dies dem Verbandstage unter Vorlegung eines Planes und der Kostenberechnung auch mitgeteilt. Später stellte sich dann heraus, daß der Staat diesen Platz nicht verkaufen wollte. Nun ging, da geeignete Mieträume nicht zu erhalten waren, das Suchen nach einem andern Platz los, aber keiner der in Betracht kommenden lag für uns so günstig wie der erste und außerdem waren auch die Preise bedeutend höher als die für den zuerst in Aussicht genommenen. So wurde z. B. ein Platz, der vom Hamburger Staat auf unsere Anregung zum Verkauf gestellt worden war, bei der öffentlichen Versteigerung von dem Grundstücksnachbar auf das Doppelte des dafür angelegten Preises hochgetrieben, so daß der Hamburger Staat durch unser Eingreifen zirka M. 80 000 verdiente. Für uns kam aber der Platz bei diesem hohen Preise nicht mehr in Betracht.

Inzwischen rückte der Ablauftermin unseres Mietvertrages immer näher, so daß sich die Beschaffung eines Platzes unter allen Umständen notwendig machte, um so mehr, da inzwischen auch die Vermietung mit dem Bauhilfsarbeiter so ziemlich zur Gewissheit geworden war. Schließlich gelang es durch die Vermittlung eines Maklers, in der Nähe des Berlinertor-Bahnhofs drei kleine Häuschen in schöner und für unsern Zweck durchaus geeigneter Lage zu erwerben. Der Platz liegt zwar nicht so nahe an der Hauptpost wie der zuerst in Aussicht genommene, diese ist aber immerhin in zehn Minuten bequem zu erreichen. Der Preis für die drei Häuser mit dem dazu gehörigen Platz beträgt rund M. 130 000.

Nachdem der Kauf perfekt war, wurde der Architekt Alb. Krüger, ein ehemaliges Mitglied unseres Verbandes, sofort mit der Anfertigung der Pläne und Zeichnungen beauftragt, so daß nach dem 15. Januar d. J., an welchem Tage die seitherigen Besitzer die Häuser geräumt haben mußten, sofort mit deren Abbruch und den Ausschachtungsarbeiten begonnen werden konnte. Diese sind nun so weit gediehen, daß dieser Tage die Grundsteinlegung erfolgen kann. Die Maurerarbeiten aller Art werden, entsprechend unsern allzeit vertretenen Grundrissen, vom Verbandsrat in eigener Regie ausgeführt. Bei der Vergebung der andern Arbeiten ließ sich der Verbandsvorstand von den Organisationen der in Frage kommenden Berufe je eine Anzahl leistungsfähiger Firmen vorschlagen, die erstens auf die Streifklausel verpflichtet und zweitens die Zurechnung der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen garantierten. Ueberdies wurde der Zuschlag nur solchen Unternehmern erteilt, die durchaus solide Ausführung der Arbeiten in jeder Beziehung gewährleisten. Dadurch, sowie durch die Ausführung der Maurerarbeiten in eigener Regie wird sich zwar die Erstellung des Hauses um einige Tausend Mark höher stellen, als wenn wir den ganzen Bau im Pauschalquantum vergeben hätten, auf solche Art kann aber der Verband natürlich nicht bauen.

Der Bau wird ein Eckbau, dessen an einem freien Platz liegende Hauptfront rund 23 m lang ist, während die andere 27,4 m mißt. Außer den Kellerräumen erhält der Bau ein Parterre, in dem die Expedition (Nachräume und Bureau) sowie eine Wohnung untergebracht werden. Die erste Etage wird neben einem Sitzungssaal die Bureau des Vorstandes und der

Redaktion des „Grundstein“ sowie eine Dreizimmerwohnung enthalten, die bei Bedarf sofort zu Büroräumen verwandelt werden kann. Drei weitere Etagen enthalten je zwei Vier- und zwei Dreizimmerwohnungen mit den dazu gehörigen Einrichtungen. Damit unsere Kollegen nicht auf den Gedanken kommen, es würden hier für die Verbandsangehörigen billige Wohnungen hergestellt, bemerken wir vorweg, daß außer einigen Kollegen — die aus praktischen Gründen am richtigsten im Verbandshause wohnen — schon wegen der Höhe des Mietpreises keine Angestellten des Verbandes im Verbandshause Wohnung nehmen werden.

Die Arbeit soll so forciert werden, daß der Bau Ende Juni unter Dach ist und am 1. Oktober bezogen werden kann. Die Fassade wird in der Hauptsache aus roten Backsteinen ausgeführt, nur der Sockel wird aus graubraunem Basalt hergestellt. Im Ganzen werden außer den Verblenden etwa 1 400 000 Ziegel zu vermauern sein, die zum größten Teil auf dem Wasserwege bis in die Nähe des Baues transportiert werden. Die Kosten des Baues werden sich auf etwa insgesamt M. 200 000 belaufen, so daß sich das ganze Objekt mit dem Platz usw. auf M. 330 000 stellen dürfte. Das ist zwar mehr als bei dem zuerst in Aussicht genommenen Platz vorgesehen war; da wir aber hier die doppelte Anzahl Wohnungen haben, so wird diese Mehrausgabe durch die Mehreinnahme an Miete wieder ausgeglichen.

Mehr wollen wir vorläufig über den Hausbau nicht sagen, weil wir die Absicht haben, nach Fertigstellung des Hauses eine nähere Schilderung seiner Einrichtungen und vielleicht auch eine Abbildung der Fassaden zu geben. Nur das wollen wir noch betonen, daß die für das Haus zu machenden Ausgaben nicht etwa, wie wahrscheinlich viele Kollegen annehmen werden, eine große Schwächung unserer Kasse bedeuten, weil ja der in das Haus gesteckte Wert jederzeit vorhanden ist und durch Aufnahme von Hypotheken wenigstens zum größten Teil wieder in Bargeld umgewandelt werden kann. Das vorhandene Verbandsvermögen wird durch den Hausbau nicht vermindert, sondern nur auf andere Weise eintragend angelegt. Es ist sogar zu erwarten, daß uns das so angelegte Kapital mehr Zinsen trägt, als wenn wir es bei irgend einer Sparkasse liegen ließen.

Möge nun die Arbeit an dem Bau, den die gesamte organisierte deutsche Maurerschaft erstellt, rüstig und ohne Zwischenfall vorwärts gehen. Er wird ein stolzes Zeichen unserer Kraft werden.

### Von den Verhandlungen.

Die zentralen Verhandlungen über das Tarifmuster sind am Mittwoch dieser Woche wieder aufgenommen worden. Wie die früheren Verhandlungen, so finden auch diese in Berlin statt. Ueber ihren Verlauf in der nächsten Nummer.

Es geht kaum noch eine Woche hin, ohne daß man genötigt ist, die tollsten Räuber geschichten über die Tarifbewegung in Auge zu werfen zu hören. Heute liegt uns eine Auslassung der „Dortmunder Zeitung“ vor, die allerdings schon einige Wochen alt ist. Daß wir sie trotzdem erwähnen, geschieht ihrer bisher unerreichten Dummheit wegen, die nur noch durch die böswillige Absicht des unbekanntem Verfägers übertroffen wird. Also die „Dortmunder Zeitung“ tut kund und zu wissen:

„Aus den großen Lohnbewegungen, die auf zahlreichen Gebieten angekündigt sind, wird nichts! Wie im Holzgewerbe der Reichsarbeiter zustande gekommen ist, so wird es auch in den andern Gewerben (Holz- und Bau-) ganz sicher nicht zu Streiks kommen. Man darf sich nicht an die höllischen Phrasen der Volksversammlungen halten, es wird hier von den kleinen Agitatoren immer mit dem Streik gedroht, obgleich sie dazu absolut keine Vollmacht haben. Aus den maßgebenden Kreisen der Bauarbeiter erfahren wir, daß die Einigung erzielt werden wird; das Feuerwerk in den Versammlungen ist eben notwendig, um gewissen Elementen den Mund zu stopfen.“

Die Klassen aller großen Zweige sind durch die Ausgaben für die Arbeitslosen derartig stark in Anspruch genommen, daß das „Streikpulver“ eine Vermehrung nicht erfahren konnte. Im übrigen sind die politischen Führer der Meinung, es würde der größte Fehler sein, vor den Reichstagswahlen, die sie im November 1911 erwarten, die Kraft der Massen durch Niesenlohnbewegungen zu schwächen und von dem Hauptziel, der Wahlagitator, abzuhalten. Wenn auch bestimmte Ordres nicht ergangen sind, so sind doch alle Gewerkschaftsführer indirekt sehr erjudet worden, sich nicht in Streiks zu stürzen, die nach der jetzigen Konjunktur und nach dem Verlaufe früherer Lohnkämpfe nur ein für die Arbeiter ungünstiges Ende hinhängen. Die Bergleute in den Kohlenrevieren haben ebenfalls Dämpfer von den Zentralen in Berlin erhalten, die sie waren viellecht auch gar nicht notwendig, da die Herren Sachse und Genossen genau wissen, daß sie nur wenige Knappen hinter sich haben. Es kostet uns etwas Ueberwindung, auf solches Weg zu antworten, aber um den betreffenden Einteilungs nicht Gelegenheit zu weiteren Expeditionen zu geben, sei kurz und bündig erklärt, daß es seinem politischen Führer der Arbeiter eingeleitet ist, die Bauarbeiterbewegung in irgend einer Weise zu beeinflussen. Die Hauptung des Dortmunder Kapitalistenblattes zeigt abermals, wie wenig diese Leute vom Wesen der Arbeiterbewegung kennen. Deswegen darf man sich auch nicht darüber wundern, daß das Blatt damit renommieren, den maßgebendsten Kreisen der Bauarbeiter unterrichtet worden zu sein. Seinen Lesern mag es das schon vordröhen können, Arbeiter lachen darüber; denn sie wissen ganz genau, wenn die „maßgebenden Kreise der Bauarbeiter“ das Bedürfnis haben, der Presse etwas mitzuteilen, so wenden sie sich an die Arbeiterblätter, die dazu da sind, den Arbeiterinteressen zu dienen, aber nicht an einen solch berufenen kapitalistischen Wapp, wie es dies Dortmunder Blatt ist.

Durch die Presse erhalten wir Kenntnis von einem Rundschreiben des Münchener Unternehmensverbandes. Es wird darin den Mitgliedern die auf der Bundesgeneralversammlung beschlossene Resolution bekanntgegeben. In einem Nachsatz dazu heißt es: Wir möchten nicht unterlassen, zu betonen, daß heute alles davon abhängt, daß die Zentralverbände der Arbeitnehmer sich zu einem Nachgeben verstehen werden. NB. Verfügen Sie nicht, in alle Bau- und Lieferungsverträge die Streiklausel aufzunehmen! Das ist die Weisheit des Herrn Kellermeister, der selbstverständlich ebenso gut wie alle Welt weiß, daß die „Arbeitnehmer“ gar nicht im Traume daran denken, sich zu einem Nachgeben verstehen zu wollen, soweit man darunter die Annahme der bekannten Abänderungsanträge der Unternehmer zum Vertragsmuster versteht. Wenn wirklich „alles davon abhängt“, daß die Arbeiter das schlußden, dann ist die Sache so klar wie der lichte Tag.

In einem „vertraulichen“ Rundschreiben des Leipziger Unternehmensbundes klingt es auch sehr kriegerisch. Herr Ende, der Referent auf der Straßburger Generalversammlung, sagt seinen Mitgliedern:

Wenn schon eine friedliche Lösung der Tariffrage allseitig dringend erwünscht ist und erhofft wird (?), so hat der Verlauf der Hauptversammlung doch gezeigt, daß die Möglichkeit eines Übergangs des deutschen Reiches zum friedlichen Kampfe durchaus nicht ausgeschlossen ist, sondern eher wahrscheinlich genannt werden muß, da die Spannung zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem, was die Arbeitgeber zur Erhaltung ihrer Autorität in ihren Betrieben für unumgänglich nötig halten, eine recht große ist.

Es ergab sich in Straßburg aber auch, daß man in allen Teilen des Reiches einmütig und fest entschlossen ist, sich durch die Verhandlungen keineswegs in demütigender Weise zurückdrängen zu lassen, sondern, wenn eine Möglichkeit, durch Verhandlung zum Frieden zu gelangen, nicht gegeben ist, in den Kampf einzutreten.

Wie nun auch die Entscheidung ausfallen möge — an uns ist es, alles zu unterlassen, was uns den ewigen Kampf erschweren oder unmöglich machen könnte.

Und aus diesem Grunde empfehlen wir vor allem, bei Verträgen und Abschlüssen die Möglichkeit eines Kampfes nicht außer acht zu lassen!

Es ist sehr schön von Herrn Ende, daß er dafür sorgt, daß die Bauarbeiter nicht hoffnungslos wird und nicht die nötigen Rüstungen unterläßt.

Im Gau Steintin haben einige örtliche Verhandlungen stattgefunden. In Arnstals wollten die Unternehmer den im Jahre 1908 abgeschlossenen Vertrag verlängern — unter Verzicht auf die Vergewaltigungsanträge —, da sie aber keine Lohnerhöhung gewähren wollten, so bezieht die Verhandlung ergebnislos. Einen ähnlichen Verlauf nahm die Verhandlung in Demmin. Auch hier waren die Unternehmer bereit, den Vertrag im Wortlaut von 1908 zu verlängern; sie forderten aber eine fünfjährige Vertragsdauer und boten auch nur ungenügende Lohnaufbesserungen. An der Lohnfrage ist dann auch hier die Einigung einstweilen gescheitert. Dieser gänzliche Verzicht auf die Vergewaltigungsanträge ist um so bemerkenswerter, als erst kürzlich der vornehmliche Bezugsverband der Unternehmer eine Versammlung abgehalten hat, die zur Tarifbewegung Stellung genommen hat.

Wie wir erfahren, ist die außerordentliche Generalversammlung des Bundes auf den 30. März festgesetzt worden.

### Im Dienste der Nation.

Der Wahlrechtskompromiß, des Zentrums mit den Konserbativen in Preußen, der die direkte und öffentliche Massenwahl des Regierungsentwurfs ersetzt durch die indirekte geheime Urwahl nach Klassen mit öffentlicher Abstimmung der Wahlmänner, bedeutet eine so offene Verschleierung der gegenwärtigen Zustände der Wahlrechtsreform, daß die ärgsten Reaktionen sich vor Verurteilen die Hände reiben, während die Wahlrechtsbewegung

an Umfang und Leidenschaftlichkeit von Tag zu Tag zunimmt. Im „Tag“ feingeknetet der freikonservative Abgeordnete v. Zedlitz das Kompromiß als taktisches Meisterstück und als einen großen Wurf der konservativen Parteileitung und erklärt: „Die Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner in öffentlicher Abstimmung beugt einer Verschlechterung ihrer Wahlausichten vor. Unter diesen Gesichtspunkten ist unjweifelhaft für sie das Wahlkompromiß vorzuziehen als die öffentliche und direkte Wahl nach der Regierungsvorlage. Daß es trotzdem den Anschein einer weitgehenden Konzeßion hat als diese, wird gleichfalls als ein Vorteil anzusehen sein.“ So stellt sich der Wahlrechtskompromiß des Zentrums im Effekt dar als eine neue Stütze des junkerlich-agrarischen Lebergewichts im preußischen Landtage, als dauernde Verankerung der ärgsten Reaktionen. Nicht um eine Reform handelt es sich, die den Übergang zum Reichstagswahlrecht anbahnt, sondern um eine Befestigung des Dreiklassenwahlrechts, das die Ärmsten entrechtet. Denn jede wirkliche Wahlrechtsreform müßte gegen die konservativen gemacht werden und konnte nur mit Hilfe der linken Parteien zustande kommen. Jeder Kompromiß mit den Konserbativen besorgt die Geschäfte der Junker und verschlechtert die Aussichten der Reformbewegung. Das Zentrum hat sich mit dieser konservativen Verdrängerung als ein Feind der Wahlrechtsreform, als Anhänger des Dreiklassenwahlrechts entpuppt; darüber helfen alle Veteuerungen von praktischer Reformarbeit nicht hinweg.

Das Ergebnis dieses Wahlrechtsjägers wird sein, daß die Arbeiter auf neue um das gleiche und direkte Wahlrecht betrogen werden und daß selbst das als Konzeßion gewährte geheime Wahlrecht der Urwähler entwertet wird durch die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner. Es werden alle Anoten derartig geschürt werden, daß nur die reaktionären Parteien beim Wahlsitzungserfolge haben. Ein Scheitler der Reichsten und Wohlhabendsten der Nation wird auch künftig die übrigen fünf Sechstel, die die Arbeit der Nation repräsentieren, entrechteten und beherrschten. Das ist das Los der Arbeit, jene gottgegebene Abhängigkeit, aus der sich, wie Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner Abgeordnetenhause Rede erklärte, unser ganzes Leben zusammensetzt — das wird ihr Los bleiben, solange die Nation der Arbeit sich nicht auf ihre Würde und Rechte besinnt und die Nation des Besitzes in die ihr nach Zahl und Verdienst gebührende Stellung zurückweilt.

Was leistet die entrechtete Arbeit im Dienste der Nation, und was leistet der Besitz? Das ist die Frage, die sich jedem in diesem Wahlrechtskampfe, angefaßt der von Konserbativen und Zentrum verteidigten Privilegien des Besitzes aufdrängt. Sind die Arbeiter, die Angestellten, die Kleinhandwerker und Kleinbauern wirklich nicht wert, gleichberechtigt im Staatswesen mitzuarbeiten, bloß weil sie weniger Steuern zahlen? Wer ist es denn anders, als die Nation der Arbeit, die den Klassen des Besitzes ihren Mammonschaft. Von 1900 bis 1908 hat sich in Preußen das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen von 63,8 auf 91,6 Milliarden Mark, also um 27,8 Milliarden Mark, vermehrt. Diese kolossale Steigerung, von der 20,2 Milliarden Mark auf die Städte und nur 7,8 Milliarden Mark auf das Land entfallen, ist in erster Linie der industriellen Arbeit zu danken, die die Grundlage des Nationalwohlstandes ist. Woher diese bedeutende Steigerung sich erklärt, zeigen uns die Ziffern der gewerblichen Wohnstatistik der Unfallversicherungsgesellschaften. Von 1900 bis 1908 stieg der Durchschnittslohn pro Hollarbeiter von 896,59 auf 1073,59 oder um 19,7 pZt. In der gleichen Zeit hob sich das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen von 70,042 auf 91,653 Milliarden Mark oder um 30,9 pZt. Die Steigerung der Lohnsumme der Arbeit blieb um ein volles Drittel hinter der Zunahme der ergänzungssteuerpflichtigen Vermögen zurück, das heißt die Arbeiterklasse hat nicht in gleichem Maße an der Hebung des Nationalwohlstandes Anteil nehmen können wie die besitzenden Klassen, die den Löwenanteil der Gewinne des Wirtschaftsaufschwunges an sich rissen. Dafür durfte indes die Arbeiterklasse die Opfer des Wirtschaftskampfes in vollem Umfange auf sich nehmen. Die Opfer der Besitzenden wiegen gering. Es finden wohl Vermögensverschönerungen zwischen den einzelnen Personen statt, aber die Klasse der Unternehmer als solche bringt keine Opfer, sie heimt nur die Gewinne der Volkswirtschaft ein. Den Arbeitern dagegenbürdet die nationale Wirtschaft gewaltige Opfer an Leben, Gesundheit und Entbehrungen auf, Opfer, die alles übersteigen, was die Nation jemals von ihrer Gesamtheit oder einer Klasse gefordert hat.

Der deutsch-französische Krieg kostete dem deutschen Volke 40 000 Tote und 129 000 Verwundete, ein Opfer, das der nationalen Sache gebracht wurde ohne Unter-

schied der Bevölkerungsklassen und das allein schon ausreichen sollte, alle Klassenunterschiede im politischen Staatsleben zu beseitigen. Aber das Jahr 1908 brachte der deutschen Arbeiterklasse auf dem wirtschaftlichen Schlachtfelde allein 662 321 Verletzte, davon 9 556 Tote und 1 429 665 Schwerverwundete, die länger als 13 Wochen erwerbsunfähig waren. 1160 bleiben lebenslang völlig erwerbsunfähig, also Krüppel im vollen Sinne des Wortes; 57 410 wurden zu teilweisen Invaliden, während 74 639 nach vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wiederhergestellt wurden. Ein einziges Wirtschaftsjahr liefert mehr als fünfmal so viel Verwundete, fünf Jahre ebenso viel Tote, wie der an Opfern so reiche Krieg von 1870/71. Seit dem Jahre 1886, seit Bestehen der deutschen Unfallstatistik, bis 1908, also in 23 Jahren, hat Deutschlands Arbeiterklasse 8% Millionen Unfälle, darunter 2 Millionen schwere und 168 000 tödliche Verletzungen auf sich nehmen müssen, und nur der kleinste Teil dieses Unglücks ist ihr durch die Unfallversicherung ersatzfähig worden. Seit 1895 sind für Unfallentschädigungen 1,4 Milliarden Mark aufgewendet; in derselben Zeit stieg das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen allein in Preußen von 1907 auf 1908 allein um das Sechsfache, um 1247 (von 60 597 751 auf 60 998). Hier steigende Opfer, dort steigende Reichtümer! Und die Vertreter der Reichstümer sollen für alle Zukunft privilegiert sein, Preußen zu regieren — die Repräsentanten der opfervollen Arbeit in alle Ewigkeit verdammt, entrechteten zu sein.

Aber die Unfallstatistik erschöpft bei weitem nicht die Opfer der Arbeit. Die deutsche Krankenversicherungsgesellschaft im Jahre 1908 allein 5,2 Millionen erkrankte Arbeiter mit 103,9 Millionen unterstützten Krankentagen und 85 594 Sterbefällen. Die Krankentagen entschädigen in der Regel nur die Hälfte des entgangenen Arbeitsverdienstes. Ein großer Teil dieser Erkrankungen steht mit der Erwerbsarbeit in ursächlichem Zusammenhang; das haben die deutschen Krankenversicherungsgesellschaften wiederholt bekundet. Von 1885 bis 1908, in 24 Jahren, betrug die Zahl der Erkrankungsfälle 74,5 Millionen, die der Erkrankungstage 1843,9 Millionen — die der Sterbefälle nahezu 1 1/2 Millionen. Wohl gemerkt, hier handelt es sich um die Klassenmitglieder selbst, also um Erwerbstätige im Dienste der nationalen Wirtschaftsweise.

Und hinzu treten weiter die Opfer der Invalidität! Im Jahre 1908 wurden insgesamt 139 789 Renten anerkannt — die Zahl der abgelehnten Rentenansprüche dürfte nicht viel kleiner sein! Von 1891 bis 1908 sind nahezu 2,2 Millionen Invaliden, Alters- und Krankenrenten anerkannt worden, im Jahresdurchschnitt über 120 000. Die Zahl wäre bei weitem größer (1908 waren es circa 175 000), wenn nicht seit Jahren auf eine Ersparnis an Renten hingearbeitet worden wäre.

662 321 Verunglückte, 139 789 Invalide und 5,2 Millionen Erkrankte, das sind die Opfer der Arbeiterklasse in einem einzigen Wirtschaftsjahr (1908)! Was wiegen die Opfer eines Kriegsjahres, und mag der Krieg noch so grauig gewesen sein, gegen die Ansummen von Leben und Unglück, die der Wirtschaftskampf der Nation seiner Arbeiterklasse auferlegt. Es ehrt das Reich, daß es durch Einführung der Arbeiterversicherung seine allernächste Pflicht gegen die Arbeiter wenigstens teilweise erfüllte. Aber sind die Arbeiter, die Leben und Gesundheit tagtäglich zur höheren Ehre der Nation in die Schanze schlagen, weniger würdig, mitzutun in der Volkvertretung, als die Besitzenden, die sich Opfer trifft und die lediglich Gewinne aus der Arbeit anderer einheimen? Sind die Arbeiter weniger würdig, als die Einjährigfreiwilligen, Reserveoffiziere und Militäranwärter, denen der Regierungsentwurf ein gehobenes Wahlrecht zuerkannt?

Und noch immer sind die Opfer der Arbeit nicht erschöpft. Zu den Erwerbsunfähigen kommt noch das große Heer der Arbeitslosen, denen die nationale Wirtschaftsweise immensen Verluste an Erwerbseinkünften aufnötigt. Eine Reichsarbeitslosenabklärung vom Jahre 1895 ergab an einem Dezemberstage 583 000 Arbeitslose — es war ein Jahr des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges und ein Tag mittlerer Arbeitslosigkeit. Das Krisenjahr 1907 dürfte reichlich den doppelten Tagesstand an Arbeitslosen ergeben haben. Die Summen, die die deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung herausgaben (1908: 9,3 Millionen Mark), geben nur einen schwachen Begriff dieser Opfer; es waren die Summen, die die Arbeiterklasse aus eigenen Mitteln aufbrachte, um die Opfer der Arbeitslosigkeit wenigstens nicht ganz im Gendebere zu lassen. Wer zählt die Opfer, die nicht unterzählt werden konnten, wer die Tränen, die ungestillt blieben, die Klagen, die niemand hörte?

Und während die Arbeiterklasse Tag für Tag und Jahr um Jahr Gut und Blut in den Dienst der Nation

opfert, während ihr Ruf nach Gleichberechtigung ungehört verhallt, währt der Nationalreichtum ins Riesenhafte und die Besitzenden schließen ihnen hohnlachend die Tür der Gesetzgebung vor der Nase zu. Aber will es ihnen, den Entrechteten, den wirklichen Schöpfern aller Werte, den eigentlichen Trägern des Staatswesens, herbenken, wenn sie ungehört an den Parlamentstören rütteln und die öffentliche Meinung wachrufen, um gleiches Recht für alle in Lande durchzusetzen? Man unterschätze nicht die Wirkung dieses Appells an das Volksgewissen! Es gibt keine Macht, die einem Volke widerstehen könnte, das kategorisch sein Recht verlangt. Die preussische Wahlrechtsbewegung repräsentiert bereits die Mehrheit des preussischen Volkes, sie ist der wahre Repräsentant der Nation. Sie wird nicht ruhen und rasten, ehe nicht die Gleichberechtigung aller Staatsbürger anerkannt und das Massenwahlrecht beseitigt ist!

**Verkehrslehre für Maurer in der Schweiz.**

Zu den vielen Unberücksichtigten der Unternehmer im Kampfe gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterkraft gehört auch der Bauarbeiter der beruflichen Untüchtigkeit und Unfähigkeit. Alle die schönen Willen und Paläste, Schulen und Kirchen, Wohnhäuser, Geschäftshäuser, Verwaltungsgebäude, Bahnhöfe, Rathhäuser, Fabriken usw. erstellen die Bauarbeiter; unter ihren Händen, geleitet vom denkenden und dirigierenden Geist, entstehen diese baulichen Kunstwerke zu den verschiedensten Zwecken des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, und in vielen Fällen bilden ihnen die bürgerliche Presse die eingehendste Schilderung und Würdigung, spendet sie Worte der Anerkennung den Architekten, Baumeistern und Arbeitern, die in der Regel auch berechtigt und wohlverdient sind. Aber da auf einmal ändert sich das Bild und es erscheint alles auf den Kopf gestellt. Die Bauarbeiter treten in eine Rohrbewegung ein, sie fordern Arbeitszeitverkürzung und Lohnserhöhung, die die Unternehmer ablehnen. Und nun liegt man in derselben bürgerlichen Presse, in der bisweilen kurz vorher ein neuerkletterter Bauwerf gelobt und gepriesen worden war, daß die in der Rohrbewegung eingetretenen Arbeiter nicht berechtigt sind, solche Ansprüche und Forderungen zu stellen, weil doch die meisten von ihnen nicht einmal eine richtige Lesart durchgemacht hätten und daher eigentlich nichts anderes als Handlanger, ungelernete Arbeiter seien, die mit den bestehenden Arbeitsbedingungen zufrieden sein müßten.

Diese bei allen Bauarbeiterkreisen in der Schweiz miederkehrenden Vorwürfe gegen die Arbeiter sind eine gewiß sehr starke Leistung. Stellen sich doch die Bauunternehmer damit selbst das denkbar schlechteste Zeugnis aus; erkennen sie doch selbst als Falscher und distinktionen sie damit ganz unüberlegt ihre Arbeiter und damit ihr ganzes Gewerbe beim Publikum als hinfällig und leistungsunfähig. Die Bourgeoisie nimmt allerdings dieses Gebahren nicht tragisch; sie kennt den "Fried", den sie ein andermal wieder in einem andern Gewerbe läßt, in der Überzeugung, daß die Unternehmervorgänger schon wissen, wie es gemeint ist. So heißt letzten Endes das kapitalistische Schicksal machen der Arbeiter, nur zu dem Zwecke, ihre Forderungen besänftigen und ablehnen zu können, unter dem stillen oder lauten Beifall der Unternehmer aller andern Gewerbe, die ja heute noch wie zu Adam Smiths Zeiten sich stets im Einverständnis miteinander darüber befinden, die Löhne nicht über ihre jeweilige Höhe steigen zu lassen.

Was die Frage der gewerblichen Berufsbildung an sich betrifft, so ist sich die organisierte Arbeiterkraft emig darin, daß in dieser Beziehung heute von Gemeinde und Staat viel zu wenig geschieht; daß das private Lehrlingswesen, das zur Lehrlingsbildung und Auszubereitertentart ist, seinerlei Erstlingsberechtigung mehr hat und daher die gewerbliche Berufsbildung ebenso in öffentlichen Fachschulen, Lehrwerkstätten usw. für alle vermittelt werden sollte, wie in den Gymnasien, Seminaren, Universitäten und Polytechniken usw. für die sogenannten gelehrten Berufe. Die Arbeiter haben auf die öffentliche Fürsorge für eine tüchtige Berufsbildung mindestens den gleichen berechtigten Anspruch wie die Bourgeoisie; die heute Mann für Mann dem Staate viele Tausende kostet, die für ihre Studien in Gestalt der Millionenlofen der höheren Bildungsanstalten aus den Steuergebern bestreiten werden, während die vielschätzigen Proletariatsjugend der Staat pflichtvergessen ihrem Schicksal überläßt, bezw. den Unternehmern als jugendliche Ausbeutungsobjekte überantwortet.

Wir wissen wohl, daß eine ganze Anzahl kommunaler oder staatlicher Lehrwerkstätten und Fachschulen in Deutschland wie in der Schweiz und andern Industrieländern vorhanden sind; aber ihre Zahl ist klein, so daß sie nur einen schwachen Anfang auf dem Gebiete der schulmäßigen gewerblichen Berufsbildung bedeuten. Außerdem dienen diese gewerblichen Bildungsanstalten heute mehr der Ausbildung von Meistern, Werkführern, Polierern usw. als der allgemeinen Berufsbildung der gesamten Arbeiterkraft.

In der Stadt Zürich hat man im Jahre 1907 mit einem Maaresfachkurs an der städtischen Gewerbeschule begonnen. Es wurde im Sommersemester ein besonderer Kursus für Maurerlehrlinge an zwei Nachmittagen von 2 bis 6 Uhr mit den Fächern Baumateriallehre und Fachzeichnen begonnen. Das Lehrprogramm bestand aus einem Kursusleiter, einem Maurerpolier und drei Maurern. Die Kursusdauer betrug 2 1/2 Monate mit täglich 8 1/2 Arbeitsstunden. Der Unterricht in den praktischen Arbeiten wurde vom Maurerpolier geleitet; jedem Maurer war eine Gruppe von circa zehn Knaben unterstellt, deren Arbeiten er zu überwachen hatte.

Das Lehrprogramm für den Winterkursus enthält:

- A. Theoretischer Unterricht (wie im Sommersemester).
- B. Praktischer Kursus:
  1. Vorzeigen und Erklären der verschiedenen Bindemittel, Sand- und Kiesarten, künstliche und natürliche Mauerfeinze, wie sie nachher sofort zur Verwendung gelangen.

2. Vorzeigen und Erklären der verschiedenen Mauerwerkzeuge.
3. Zubereiten der Mörtel (Mauers-, Verputz- und Abrieblmörtel) und Betone.
4. Abstecken und Ausgraben von kleinen Fundamentgräben, Ausbetonierung von solchen.
5. Erstellen einfacher, getaber Mauerpartien in verschiedenen Stärken aus Bad- und Zementsteinen.
6. Erstellen von Kaminmauerwerk aus Kaminsteinen.
7. Zurichten von Bruchsteinen aus Märlern, Bölliger- und Kalksteinen. Erstellen von Mauerpartien aus diesen Materialien als Fundamentmauerwerk, einhäuptiges und -doppelhäuptiges Mauerwerk.

Der Unterricht über die Erstellung in Badstein und Brechstein ist gegen Ende des Kursus dahin zu erweitern, daß von den Schülern gemeinsam die Umfassungen eines Zimmers abgemessen und aufzumauern sind.

8. Erstellen von Grundputz und Abtrieb in hydraulischem Kalk-, Weißkalk- und Zementmörtel, Schwellen von Weißkalk.
9. Erstellen einfacher Gerüste.

Als Unterrichtslokal wurde ein Kellerraum im Neubau des Kantonschulhauses zur Verfügung gestellt und mit dem Kursus Mitte Januar begonnen. Die Kosten des praktischen Kursus wurden auf Fr. 5000 veranschlagt, noch dazu die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung des Lokales kommen. Die Wohnung der Lehrlinge während des Kursus hatten die Baumeister übernommen.

Ein weiterer Kursus fand vom 11. Januar bis 20. Februar 1909 in den Kellerräumen unter der Tramitpöf der Bundesbahnen statt. Die 46 Schüler wurden in zwei Abteilungen von 27 und 19 Teilnehmern unterrichtet, und zwar unter der Oberleitung des Architekt Moser, dem ein Polier und fünf geübte Maurer zur Seite standen. Die Arbeiten verteilten sich auf Bruch- und Badsteinmauerwerk; es wurde dabei weniger auf die Quantität als auf die Qualität der auszuführenden Objekte gesehen, unter Beachtung einer strengen Ordnung an sämtlichen Baustellen.

Den theoretischen Kursus erhielten die Schüler an je einem Nachmittage (von 2 bis 6 Uhr) in der Woche, und zwar je zwei Stunden Materialkunde und Zeichnen. Der Besuch des Kursus war regelmäßig und die Disziplin gab zu keinen nennenswerten Klagen Anlaß. Ueber die erzielten Unterrichtserfolge sprach sich der Kursusleiter beifriedigt aus, und von den circa 40 Besuchern (Maurern, Batern, Baumeistern, Architekten und Polieren) wurden die Arbeiten geradezu als Musterleistungen bezeichnet.

Die Ausgaben für den Kursus betragen Fr. 3210,00, die Einnahmen (für zurückgegebenes Material und Gehälter sowie der Wert des vorhandenen Inventars) zusammen Fr. 2051,75, so daß reine Unkosten von Fr. 3158,25 verbleiben.

Natürlich bedeuten auch diese theoretisch-praktischen Fachkurse für Maurer, die überdies unseres Wissens einzig in der Stadt Zürich beantragt werden, nur einen Anfang der öffentlichen Fürsorge für die gewerbliche Berufsbildung der Maurer, namentlich auch im Hinblick darauf, daß sie nur eine Ergänzung der privaten Berufsbildung bedeuten und so die kapitalistische Ausbeutung der jungen Proletariat nicht verhindern, sondern sogar für die Unternehmer noch ergiebiger machen.

Das Ziel der Gewerkschaften muß sein: die völlige Abschaffung des privaten Lehrlingswesens mit seinem reinen Ausbeutungszweck und die Uebernahme der gewerblichen Berufsbildung durch Gemeinde und Staat.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

Die Geschäftsbilanz der Großbanken. — Kurschwankungen auf dem Markt der Kolonialwerte. — Die unbefriedigende Lage der obersteilischen Montanindustrie.

Daß die Großbanken im Jahre 1909 wieder günstigere finanzielle Ergebnisse als für 1908 erzielen würden, war bei der Entwidlung des Geldmarktes im vergangenen Jahre vorausgesetzt. Nicht nur konnten sie aus dem regeren Wörerbetrieb schon wieder größeren Nutzen ziehen, ihre Beteiligung an Emissionen wurde auch durch das nachdenkliche Anlehenbedürfnis von Staaten und Städten im In- und Auslande begünstigt. Dazu kam die wiedererwachende Unternehmungslust in Industrie und Handel, die merklich steigenden Umsätze auf dem Warenmarkt, namentlich die regeren Beziehungen zum Auslande. Alle diese Umstände erhöhten nicht nur den Geschäftserfolg bei den Banken, sondern ließen ihnen noch bei ihrem starken Einfluß auf die Regulierung der Diskontsätze reichlichen Nutzen. Einerseits hielten sie die Sätze für die Gelder, die sie zu verzinsen hatten, auf einem möglichst niedrigen Niveau, was bei dem zunehmenden Angebot am Geldmarkt relativ leicht durchführbar war, auf der andern Seite aber beeinflussten sie den Privatdiskont in einer Weise, die es der Reichsbank unmöglich machte, mit dem offiziellen Satze herunterzugehen. Aus dieser für die Banken günstigen Spannung der Zinssätze resultierte allein schon ein ansehnlicher Gewinn, der angehängt der großen Summen, die bei den Großbanken deponiert sind, entscheidend für die Gestaltung der finanziellen Ergebnisse im Jahre 1909 ins Gewicht fiel. So können denn für 1909 wesentlich höhere Reingewinne und Dividenden als für 1908 ausgeteilt werden. Freilich ist trotzdem nicht zu übersehen, daß für die Kapitalisten, die ihre Aktien zu den Kurzen, wie sie etwa seit Ende September notiert werden, erworben haben, die Verzinsung keineswegs immer so hoch ist, wie es nach der nominellen Höhe der Dividende ersieht. Für die Nationalbank, die 6,5 pZt. für 1909 verteilt, beträgt das Rendement auf den Kurswert vom Ultimo Dezember 4,98, für die Berliner Handelsgesellschaft, die 9,00 pZt. ausschüttet, 4,92 und für den Schaaffhausenschen Bankverein, der 7,5 pZt. Dividende gibt, 5,06 pZt. Viel erheblicher als die Gewinne der Aktionäre aus den Dividenden sind die Gewinne, die aus dem Handel mit Banaktien infolge der Kurssteigerungen zu realisieren waren. In dem reinen Effektenhandel liegt heute das größte Geschäft für größere Kapitalisten. Die Kurssteigerungen der Dividendenwerte, wie wir sie in der zweiten Hälfte des letzten Jahres beobachten konnten, haben einen Teil der geschäft-

operierenden Kapitalisten große Gewinne abgetrieben: die steigende Kursstunde, mag sie noch so begründet sein, wird alsbald ins Längeuere übertrieben, sobald erst die Masse der mittleren und kleinen Kapitalisten in die Bahnen dieser Kursstunde blindlings einsteigt. Dann wächst zunächst die Kaufkraft von Tag zu Tag, und die größeren Großkapitalisten verdienen an solchen Bewegungen weit mehr, als sie in langer Zeit durch eine angemessene Verzinsung erhalten würden. Es tritt dann immer die missliche Erscheinung ein, daß der höhere Wertstand die Direktoren der Aktiengesellschaften dazu treibt, die Dividende auf eine dem höheren Kursniveau entsprechende höhere Rate zu treiben — eine Politik, die für die Bemessung des Anteils der Arbeiter und Angestellten am Produktionsertrage höchst ungünstig ist und auch dem Gros der Kapitalisten nicht den mindesten Vorteil bringt. Es muß daher dahin getrachtet werden, die Kursbewegung in einer Weise zu beeinflussen, daß ungewisse Preissteigerungen und Preisrückgänge nach Möglichkeit vermieden werden.

Ein krasser Fall von extremen Preisveränderungen spielt sich seit längerer Zeit auf dem Markt für Kolonialwerte ab. Die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die im Laufe des vorigen Jahres eine so exorbitante Kurssteigerung bis zu 2000 und darüber erfahren hatten, aber im weiteren Verlaufe des Jahres wieder eine Entwertung durchzumachen hatten, sanken in jüngster Zeit ganz plötzlich wieder um 250 pZt. Glücklichlicherweise ist von Anbeginn an vor den Gefahren, die mit dem Erwerb dieser Anteile verbunden sind, gewarnt worden, so daß die rasche Preisrückgang nicht viel Schaden anrichten dürfte. Im allgemeinen ist an diesen Anteilen schon zu viel verdient worden, daß auch starke Rückgänge von den Hauptbeteiligten leicht getragen werden können. Soweit freilich einzelne Anteile zu den hohen Kurzen in den Besitz minder kapitalstarker Käufer gekommen sind, können diese sich jetzt den Schaden beschon, der ihnen aus ihrer leidenschaftlichen Beteiligung an dem tollen Spiel in Kolonialanteilen erwachsen ist.

Die Börse ist überhaupt augenblicklich in wenig ruhiger Stimmung. Immer mehr trittutage, daß die Kurssteigerung im vorigen Herbst, namentlich im September, weit über das Maß, das durch die wirtschaftliche Erholung begründet war, hinausgegangen ist. Man ist vor allem mit der Lage im Rohlenbergbau, vornehmlich in Obersteilern, unzufrieden. An sich ist die Ermattung des Rohlenmarktes in den ersten Monaten des Jahres keineswegs auffallend. Verfürt wurde sie dieses Jahr durch den erheblich geringeren Bedarf an Hausbrandkohle. Der milde Winter erspart den Konsumenten einen nicht unerheblichen Teil der Heizungskosten. Dieser Umstand drückt auf den Rohlenmarkt erheblich und führt teilweise zur Einlegung von Feiertagskäten. Damit ist nun allerdings die unbefriedigende Lage der obersteilischen Montanindustrie in Afrika keineswegs ausgeräumt, erstickt. Wenn es auch einem hohen Beobachter, der die Interna der geschäftlichen Politik der obersteilischen Großbetriebe nicht kennen kann, schwer ist, die Ursachen der noch immer fortwährenden Depression in Obersteilern genau zu bestimmen, so soll doch die Vermutung nicht verabschiedet werden, daß die Verunsicherung des Herrn Silber an die Spitze der Vereinigten Steins- und Braunkohle ein Mißgriff gewesen zu sein scheint. Ob man im Aufstichsakt dieses ersten Monatsberichtes Obersteilern nicht auch den gleichen Eindruck hat, wissen wir nicht, da in den Aufstichsaktungen, selbst wenn die Geister aufeinanderbehalten, doch eine persönliche Zustimmung der Gegenstände vermieden wird. Aber so ganz zufällig kann es doch nicht sein, daß seit der Generaldirektion Silbers die Steins- und Braunkohle nicht mehr in so blühender Verfassung sich befindet wie vordem. Wenn auch zweifellos die Gründe für den Rückgang des Unternehmens in den von dem jetzigen Generaldirektor wiederholt schon geschätzten Verhältnissen liegen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß diese Verhältnisse auch früher schon bestanden haben, ohne daß sie so nachteilig gewirkt haben wie jetzt. Was soll es zum Beispiel heißen, wenn jetzt die Württemberg in der Trägers gelangt werden, stillgelegt werden soll, um Reparaturen durchzuführen, die längere Zeit in Anspruch nehmen? Warum hat man denn nicht diese Reparaturen in die Zeit der gewerblichen Depression verlegt? Eine solche Maßnahme in der jetzigen Zeit spricht doch wenig für eine vorausschauende Geschäftspolitik, wie sie zum Beispiel die Direktoren des amerikanischen Stahlwerks behandel haben. Ein Generaldirektor eines so großen Unternehmens, wie die Braunkohle, muß eben doch mehr in Fühlung mit der allgemeinen Konjunktur zu bleiben suchen, als das anscheinend von Herrn Silber gesehen ist.

Berlin, am 27. Februar 1910. Rich. Salver.

**Politische Umschau.**

Die Stichwahl in Mühlheim-Wipperfürth. — Präsidentschaftswahl im Reichstage. — Eröffnung der zweiten Lesung des Staats für das Reichsamt des Innern. — Die Wahlrechtskommission im preussischen Dreiklassenparlament. — Fortgang der Wahlrechtsdemonstration. — Fünfzigtausend arbeitslose Tabakarbeiter. — Staatsarbeiter — Staatsflaven. — Der Staatsarbeiterkongress in Frankfurt. — Die Lage in Philadelphia.

Bei der am 28. Februar vollzogenen Stichwahl in Mühlheim-Wipperfürth hat, wie vorausgesehen war, der Zentrumskandidat Marx den Sieg davongetragen. Er erhielt 21 496, der sozialdemokratische Kandidat Dr. Erdmann 18 282 Stimmen. Die Nationalliberalen hatten die Parole ausgegeben: „Keine Stimme für das Zentrum“, und dieser Parole haben sie offenbar auch genügt. Das Zentrum hat nur 1170 Stimmen mehr erhalten als bei der Hauptwahl. Das läßt darauf schließen, daß nicht einmal sämtliche Christlichsozialen ihre Stimmen ihm zugehend hätten. Der Zuwachs von 2488 sozialdemokratischen Stimmen ist teils der Heranziehung

fämmiger Elemente; teils der Gruppe der Jungliberalen zu danken.

Die Präsidentenwahl im Reichstage ist am 1. März unter ganz eigenartigen Umständen vor sich gegangen. Bis zum Morgen dieses Tages bestand noch keine Gewissheit darüber, ob das Zentrum den ihm als der stärksten Partei nach parlamentarischen Brauch zustehenden Anspruch zur Besetzung der ersten Präsidentenstelle geltend machen werde. Erst in letzter Stunde ist eine Einigung innerhalb des schwarz-blauen Blocks dahin zustande gekommen, dem konservativen Abgeordneten Grafen Schwerin-Löwitz das Präsidentenamt zu übertragen, dessen Wahl dann auch auf Vorschlag des Zentrumsführers Freiherrn v. Hertling durch Abstimmung erfolgte. In parlamentarischen Kreisen mißt man dem Eintreten des Zentrums für den Grafen Schwerin die politische Bedeutung einer neuen wichtigen Konzeption der Ministerialen an die Konserwativen bei.

Der Reichstag setzte dann die zweite Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern fort, zu dem nicht weniger als 55 Resolutionen, meistens sozialpolitischen Charakters, vorlagen. Das ist des Guten wirklich gar zu viel. Diese Resolutionsflut erklärt sich daraus, daß das Zentrum, entgegen einer zwischen den Fraktionen getroffenen Abmachung, etwa anderthalb Duzend Resolutionen einbrachte, wodurch die andern Fraktionen genötigt wurden, ihre weitergehenden oder abweichenden Forderungen wenigstens teilweise nun auch in der Form von Resolutionen zu erheben. Daß unter diesen Umständen die Debatte einen viel weiteren Umfang gewann, als ursprünglich vorgesehen worden, ist erklärlich. Denn Resolutionen müssen natürlich auch begründet werden, und es knüpft sich daran weitere Für- und Gegenrede. Angenommen wurden u. a. die Resolutionen der Sozialdemokraten, der Nationalliberalen und des Zentrums auf Sicherung des Wahlgeheimnisses, Bestrafung der Verletzung des Wahlgeheimnisses und Einführung einheitlicher Wahlurnen; die Resolutionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Polen auf Regelung des Bergrechts durch Reichsgesetz und geheime Wahl der Knappschaftskassen; die politische Resolution auf baldige Vorlegung eines Gesetzes über das Wahlrecht der Landarbeiter; die Resolutionen der Sozialdemokraten, der Nationalliberalen und des Zentrums auf gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Privatbeamten in Bezug auf Versicherung, Arbeitszeit usw.; die nationalliberale Resolution auf Unterstellung der technischen Beamten unter die sozialen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches; die Zentrumresolution zugunsten der Tarifgemeinschaften; die Zentrumresolution auf Maßregeln zugunsten des kaufmännischen Mittelstandes; die Zentrumresolution auf Ausbau des Koalitionsrechts; die sozialdemokratische Resolution auf gänzliches Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tag; die Zentrumresolution auf Buziehung der Arbeiter zur Baukontrolle; die Zentrumresolution auf baldige Vorlegung eines Kartellgesetzes; die Resolution verschiedener Parteien auf Einführung der Versicherung der Privatbeamten; die nationalliberalen Resolutionen auf Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk und auf bessere Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk, sowie auf stärkere Berücksichtigung der einheimischen Schiffer bei Schiffsfrachten für das Reich; die konservative Resolution auf anderweitige Regelung der Arbeitszeit in Kolkereien.

Unter den abgelehnten Resolutionen befinden sich die der Sozialdemokraten auf reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftskassenwesens unter Vorzeichnung der dabei zu beobachtenden Richtlinien, auf Schutz der in Stein-, Braunkohlen-, Erz-, Kalk-, Schiefer- und Tonwerken beschäftigten Arbeiter sowie der Arbeiter der Großisenindustrie und der Arbeiter in Metallschleifereien und in den Glashütten, auf reichsgesetzliche Regelung der Betriebskassen unter Sicherung der Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung, auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs über Rechtsverhältnisse der Seeleute (Revison der Seemannsordnung, Reichsschiffahrtsamt, Seegerichtsbereiche, staatliche Beaufichtigung des ganzen Schiffsahrtbetriebes), auf Vorlegung eines Gesetzes über den Schutz der Bauarbeiter, ferner die Resolutionen der Polen auf Aufhebung des Sprachenparagrapphen des Verzinsgesetzes, auf die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise, auf Einführung eines Maximalarbeitstages für die Feuerarbeiter.

Alles in allem war die fünf Sitzungen von sehr langer Dauer ausfüllende Debatte ein buntes Potpourri über alle möglichen Fragen aus dem reichhaltigen Reffort des Staatssekretärs Delbrück. Durch zwei Sitzungen zog sich der in der Vorwoche begonnene Streit zwischen den

Agariern und den Nationalliberalen. Die feindlichen Brüder brachten einmal gründlich ihre parteipolitischen Anschauungen und Interessengegenständlichkeiten zum Austrag — eine für die Anbeteiligten allerdings höchst unzulässige, aber der Würde und den Aufgaben des Parlaments doch nicht entsprechende Komödie. Möge doch diese Gesellschaft, von der ein Teil genau soviel wert ist wie der andere, ihre Differenzen außerhalb des Reichstages erledigen, statt dessen kostbare Zeit in Anspruch zu nehmen, was, gerade heraus gesagt, eine Unschicklichkeit ist.

Aus der Debatte besonders hervorzuheben sind die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Regier zur Streikstatistik, die in der Hauptsache dahin gingen, daß auf diesem Gebiete die amtliche Statistik vollkommen falsch und unzureichend, wertlos und irreführend ist. Sie zählt seit 1906 weniger Streiks auf als die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften, obwohl diese doch nur die Streiks der Arbeiter nachweisen kann, die den an die Generalkommission angehörenden gewerkschaftlichen Organisationen angehören, dagegen nicht die der christlichen Organisationen, der Kirch- und Dunderischen Gewerbevereine, vor allem nicht die Streiks der unorganisierten Arbeiter. Regier vertrat energisch eine von seiner Fraktion beantragte Resolution, die fordert, daß sich das Statistische Amt zwecks Vervollständigung der amtlichen Statistik mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt. Diese Resolution wurde angenommen.

Im Verlaufe der Berichtswocde führte die Wahlrechtskommission des preussischen Reichstages, deren erste Seite infamer Wollstetrag ist, zu Ende. In zweiter Lesung wurde das reaktionäre Kompromiß der Konservativen und des Zentrums mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Was wird nun die Regierung tun angesichts der Tatsache, daß ihre Vorlage eine gründliche Abänderung erfahren hat? Sie legte Wert auf die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe und auf die Beibehaltung der indirekten Wahl. Die Kommission hat dagegen die indirekte Wahl beibehalten und die öffentliche Abstimmung, wenigstens bei den Urwahlen, durch die geheime ersetzt. Weiter hatte die Regierung eine Privilegierung gewisser Wählergruppen, der Militäranwärter zc., die sie als Stimmwähler für sich in Anspruch nehmen wollte, gefordert. Die Kommission hat die Privilegien gestrichen. Wird die Regierung sich diesen Beschlüssen fügen? Das Zentrum hat mit dem Kompromiß bewiesen, daß ihm seine programmatische Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nur dazu dient hat, die Masse seiner Anhänger, besonders die katholischen Arbeiter, zu täuschen. Daß es mit seinem schönen Verrat auf die Neueinteilung der Wahlkreise verhindert, versteht sich von selbst.

Der von konservativer Seite im preussischen Abgeordnetenhaus unternommene, gegen die kleine sozialdemokratische Fraktion gerichtete Versuch, in die Geschäftsordnung Bestimmungen zur Einschränkung der Redefreiheit hineinzubringen, ist als vorläufig gescheitert zu betrachten. Die Geschäftsordnungskommission hat den Maulkorbgesetzentwurf abgelehnt. Im Plenum des Hauses wird er dasselbe Schicksal haben, wenn das Zentrum und die Nationalliberalen fest bleiben, was freilich durchaus nicht sicher ist.

Die Wahlrechtsdemonstrationen nehmen ihren Fortgang. Auch die liberalen Parteien beteiligten sich an ihnen nunmehr lebhafter und energischer. In Berlin ahmten sie nach einer überfüllten Versammlung im Circus Wust, zu der sich freilich auch viele Sozialdemokraten eingefunden hatten, sogar das Beispiel der Straßendemonstrationen nach. Einen großartigen Verlauf nahm die gemeinsam von der Sozialdemokratie und den liberalen Parteien zu Frankfurt a. M. veranstaltete Massenfundgebung unter freiem Himmel. Etwa 50 000 Personen nahmen an ihr teil. Die Polizei suchte und fand deshalb auch diesmal keinen Grund zum Einschreiten. Am letzten Sonntag, 6. März, fehlte der von der Sozialdemokratie entfachte Volkssturm auf die Wahlrechtsdemonstration in ganz Preußen abermals mit gewaltiger Wucht ein. Die Haltung der Polizei bei dieser Gelegenheit war sehr verschieden. In einer Reihe von Städten und Ortschaften gestattete sie die Abhaltung von Massenversammlungen unter freiem Himmel, in andern verhinderte sie solche durch Verbote. So auch in der Reichshauptstadt, wo die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei eine Versammlung in den Trepptor Park berufen wollten unter Übernahme der Garantie für Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Berliner Polizeileitung ist so sehr in der gottgegebenen Abhängigkeit vom reaktionären Oberregiment, daß sie die Kundgebung verbot unter folgender seltsamen Begründung:

„Am 18. Februar d. J. haben 100 000 nach Schätzung des „Vorwärts“ 200 000 — Menschen in Berlin auf öffentlichen Straßen Aufzüge veranstaltet. Für diese

war eine Genehmigung der Polizeibehörde nicht nachgesucht, also auch nicht erteilt. Folglich handelten alle Teilnehmer gegenwärtig. Jetzt würde es sich im wesentlichen um die gleichen Teilnehmer handeln.

Da diese bewiesen haben, daß sie Gesetzwidrigkeit nicht scheuen, wäre Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.“

Das ist echte und rechte Polizeileitung. Der „Vorwärts“ antwortete darauf:

„Es ist alles dem Willen und dem Recht der Massenfundgebung für unsere politische Rechte vorbehalten, so protestieren wir auf andere Weise, die uns die Berliner Polizei nicht zu verbieten vermag und gegen die es keine denkbaren Gesetzesparagrapphen gibt. Der Möglichkeit, andere Formen der Massenfundgebung zu wählen, gibt es noch so viele. Wie kann zum Beispiel die Berliner Polizei verhindern, daß sich Hunderttausende von Wahlrechtsfreunden im Trepptor Park zu einem friedlichen Spaziergang einfinden? Will sie solche friedlichen Spaziergänge durch Polizeistatten aus einem zur Erhaltung bestimmter Vergnügungspark vertreten und dadurch noch mehr den klugen Sinn des ganzen gebildeten Auslandes herausfordern, das ohnehin über die preussischen Polizeizustände laßt?“

Was hat nun der Polizeipräsident? Er verbietet auch den Wahlrechtsparadise, den er als eine nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes genehmigungspflichtige Veranstaltung ansieht. Er erklärte dazu, daß die Polizeibehörde nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, von den zu ihrer Verfügung stehenden Machtmitteln den erforderlichen Gebrauch zu machen! Also Drohung mit Gewalt gegen eine friedliche Veranstaltung. Der verantwortliche Reakteur des „Vorwärts“ wurde zur gerichtlichen Vernehmung gezogen; er soll sich durch die oben mitgeteilten Ausführungen der Aufrechterhaltung zum Ungehörigsten gegen die Anordnung des Polizeipräsidenten schuldig gemacht und zu einer Umgehung des polizeilichen Verbots aufgefordert haben.

Verboten wurden die Versammlungen unter freiem Himmel auch im ganzen Kreis Hagen unter der Begründung, daß „im Hinblick auf die jetzigen unruhigen Zeiten Ausflüge in die Parks zu beschränken seien“. Dabei beobachtete die Polizei noch die besondere „Vorkehrung“, den Versammlungseineruerverstern zu eröffnen, daß, falls es zum Blutvergießen kommen sollte, die Schuld auf sie fallen würde! Es ist ja allerdings wahr, die jetzigen Zeiten sind unruhige, sehr unruhige sogar und sehr erregte, äußerst kritische vor allem für das arbeitende Volk. Das leidet schwer unter der schlimmen Miswirtschaft des reaktionären Regiments und der reaktionären Parteien. Man denke nur an die bösen Folgen der Zoll- und Steuerpolitik. In vorletzter Woche ist im deutschen Tabakgewerbe nach der „Süddeutschen Tabakzeitung“ wieder über 1000 Zigarrenarbeiter gekündigt worden. Weitere Entlassungen werden überall angekündigt. Mit diesen sind bis jetzt 54 000 arbeitslos und werden Staatsunterstützung bekommen. Man zählt diesen, wenn sie beweisen, daß gar keine andere Arbeit vorhanden ist, endlich zwei Drittel ihres im letzten Jahre verdienten Lohnes als Unterstützung.

Fünzigtausend Arbeitslose stellt die Tabakindustrie allein in die Reihen der Wahlrechtskämpfer. Und weil die herrschenden Gewalten und Parteien frecheln am Volkswohl, an der Arbeiterklasse, und weil die Millionen empört sind über das ihnen zugefügte Unrecht, deshalb erfordert es polizeilicher Ordnungsgeliste, sie an der energischen Bekämpfung ihrer Gefühle und ihrer Forderungen, am Kampfe für ihr Recht zu verhindern. Aber nur Geduld, dieser Geist wird auch noch erfahren, daß er nicht allmächtig ist.

Die Wahlrechtsbewegung hat am letzten Sonntage wieder zu mehreren großartigen Demonstrationen geführt. Die eigenartige Demonstration in Berlin war eine ganz besonders bedeutungsvolle Kundgebung. Der Polizeipräsident von Berlin hatte die von der Sozialdemokratischen Partei nachgesuchte Erlaubnis zu einer Massenversammlung in dem städtischen Trepptor Park verweigert. Die Parteileitung antwortete darauf mit der Aufforderung an alle Wahlrechtsfreunde, sich Sonntag Mittag zu einem Spaziergang im Trepptor Park dort einzufinden. Flugs hat der Polizeipräsident mit einer Bekanntmachung da, worin er den geplanten Spaziergang zu einer „Umgehung des Verbots“ stempelte und Maßregeln dagegen androhte. Die Partei ließ sich dadurch nicht schrecken, sondern forderte weiter zu dem „Wahlrechtsparadise“ auf. Darauf ließ der Polizeipräsident den Trepptor Park durch ein Schutzmannaufgebot von 700 Mann absperrern. Aber während diese Heeresmacht dort auf den Feind wartete, stand dieser im Tiergarten und hielt dort die schönste Wahlrechtsparade ab. Die Ruf der



Schuleberg 50 B à 35, 20 E à 50. Schliersee 200 A à 25, 30 E à 50, 10 E à 150. Saarmund 200 A à 25, 10 E à 50, 10 E à 150. Schleswig 100 B à 55. Satow 5 E à 50. Schönig 50 B à 55, 1000 K à 40. Sandow 20 E à 50. Seehausen Bangleben 10 E à 50. Schönewalde (Markt) 10 E à 50, 5 E à 150. Stenhamen 10 E à 50. Stablosendorf 50 A à 25. Swinemünde 1000 K à 10. Sühnehof 10 E à 50. Sülze 50 B à 40, 100 A à 25. Schwabach 300 A à 25. Sonnenburg a. N. 100 A à 25, 200 L à 10. Schladensleben 400 B à 40. Stendal 10 E à 150, 10 E à 300. Triebel 200 A à 25. Trachenberg 50 B à 30. Teufschenthal 75 K à 10, 50 A à 25. Trepow a. b. Rega 15 E à 50, 2 E à 300, 2 E à 150. Tucha 10 E à 50, 5 E à 150. Tangerhütte 50 A à 25. Tangermünde 100 A à 25. Tölz 100 B à 40, 100 K à 10, 50 A à 25. Uckermark 100 B à 40, 200 A à 25. Unterweißbach 50 A à 25. Werben 5 E à 300, 100 B à 50. Wegefeld 1200 L à 50. Wetzlar 50 B à 55. Wölfershausen 50 B à 45, 50 B à 50. Wittmund 100 B à 45, 400 L à 10. Warnitz 100 A à 25, 50 E à 50. Witten 300 L à 10. Witznau 10 E à 50. Werba 100 A à 25, 300 B à 45. Weida 100 A à 25. Würzburg 1200 A à 25. Wittlinger 10 E à 50. Wülffels 50 B à 45, 100 A à 25. Wolfenbüttel 500 A à 25. Wartin 2 E à 150. Wiesbaden 1000 A à 25. Weimar 300 L à 10. Wernigerode 300 A à 25. Wollungen 200 B à 45, 100 A à 25. Zerbst 100 B à 30, 10 E à 10, 5 E à 150. Zschillen 50 A à 25, 10 E à 50. Zwenkau 100 B à 50, 100 A à 25, 25 E à 50. Zinna 6 E à 50. Zittau 400 A à 25. Zersch 10 E à 50. Zittau 6 E à 50, 50 A à 25. Zschöck 10 E à 50. Zittau 1000 A à 25. Zittau 200 B à 40.

**Nur verloren gemeldet** sind uns die Mitgliedsbücher bzw. Karten der folgenden Karl-Markus-Dresden (Verbandsnummer 189 658), Aug. Hempel-Dresden (18 724), Rich. Helm-Dresden (329 744), H. Schade-Dresden (18 726), Bruno Herzog-Dresden (134 679), Max Fabel-Dresden (134 202), G. Peterhaniel-Dresden (18 088), Fern. Wöhmer-Dresden (18 528), Guft. Franz-Dresden (18 693), Arth. Gildob-Dresden (134 667), Csw. Franz-Plauen (326 560), Franz Jolly-Seydenberg (160 632), Guft. Dürr-Sirachburg i. C. (302 430), Ernst Otto-Leipzig (36 996), Aug. Kölling-Vocholt (201 915), Wilh. Bräuge-Wittenberge (107 956), Joh. Smigalski-Gerst (121 098), H. Hartmann-Grünna (141 217), Th. Dorn-Nürnberg (151 558), Friedr. Vasse-Silbesheim (153 123), Albert Katschig-Cöln (184 3 9), Jul. Herrmann-Natidor (280 621), Franz Konrad-Grossen (273 798), Joh. Werf-München (276 927), Hrb. Marjolle-Hamburg (292 844), Joh. Friesenbahn-Düren (293 747), Joh. Schmidt-Deutsch-Wissa (312 674), Joh. Fiedler-Regensburg (366 159), Andr. Dofner-Regensburg (324 433), Ludw. Loy-Walzig (341 725), Ludw. Hänck-Berlin (343 050), W. Bretschneider-Zittau (357 545), Konrad Löwer-Spöde (361 173), Alb. Gensow-Golmar (377 080), Wilh. Wolf-Leipzig (383 777), St. Dreßel-Zwida (399 956), Joh. Niessing-Kattowitz (442 821), Jul. Heinrich-Remmersdorf (462 735), Feinr. Wolf-Hamburg (26 799); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Jul. Lösch-Chemnitz (030 102); Paul Wöbner-Debetan (026 236), Hugo Ehrlich-Erfurt (6086), Karl Ehrhart-Soi (022 414), Peter Gozji-Bochum (024 370), Ost. Weiffel-Danzig (03075), St. Walgerkewig-Gommern (10 611), Feinr. Schmidt-Saarbrücken (12 247), Feinr. Boonkammer-Varmer (31 610), Ernst Romberg-Dresden (042 500).

**Zur Beachtung für die Aussteller der Reiseunterstützung.** Geöffnet sind Mitgliedskarte und Reisekarte des am 28. April 1888 zu Schwarzenau geborenen Kollegen Stanislaus Walgerkewig (Verb.-Nr. 10 611). Beide Karten sind anzuhalten und uns zuzuführen. Dagegen sind Buch und Karte, auf den Namen Curt Winckel lautend, anzuhalten und dem Zweigverein Naugem einzuführen. Der Vorzeiger der Karte ist der streckbrieflich verlorliche Maurer Joh. Niesch. Buch und Karte tragen die Nummer 361 711.  
**Der Vorstand.**

**Bekanntmachung der Gauvorstände. Jahresabrechnungen. Gau Berlin.**

Einnahme.	
Raffensbestand vom 1. Januar 1909	M. 7072,40
Beiträge (§ 4 des Statuts) vom Vorstand erhalten	" 13919,07
Beiträge der Zweigvereine	" 5222,15
Sonstige Einnahmen:	
a) Protokolle der zehnten Konferenz	" 93,50
b) Durch Silberknecht und Schulz zurückgehalten	" 666,25
c) Für gelieferte Druckfaden zurück	" 59,—
d) Zinsen 1908 und 1909	" 158,65
<b>Summa</b>	<b>M. 26591,02</b>
Ausgabe.	
Beamtenehalt	M. 5438,50
Entgangener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	" 2222,40
Diäten	" 4264,20
Fahrtgeld	" 3461,90
Druckfaden	" 344,25
Porto und Schreibmaterial, Bestellgeld, Strafporto usw.	" 603,68
Vorschuß an Vertrauensleute zur Agitation	" 73,—
Bureauante, Einrichtung, Reinigung, Licht und Heizung	" 1646,24
Vericherung der Angehörigen	" 230,29
Zeitungssubskription, Bücher und Zeitschriften	" 167,84
Revisionen und Sitzungen des Vorstandes	" 68,—
Sonstige Ausgaben (Kranke für Steningf, Schwarz, Eßlinge)	" 39,—
<b>Summa</b>	<b>M. 18559,40</b>
Ab schluß.	
Einnahme	M. 26591,02
Ausgabe	" 18559,40
<b>Raffensbestand</b>	<b>M. 8031,62</b>
Davon per Bank belegt M. 6732,26	
Berlin, den 22. Januar 1910.	
Die Revisoren:	
Wilhelm Lemm, Rich. Marks, Wilhelm Kersten.	

**Gau Bremen.**

**Einnahme.**

Raffensbestand am 1. Januar 1909	M. 4042,31
Vom Verbandsvorstand erhalten laut § 4 des Statuts	" 3194,26
Beiträge der Zweigvereine	" 1085,—
Sonstiges	" 25,95
Für Streifleitung zurück	" 23,60
Zinsen	" 121,25
<b>Summa</b>	<b>M. 8492,36</b>
Ausgabe.	
Beamtenehalt	M. 2500,—
Entgangener Arbeitsverdienst an Kollegen	" 13,90
Diäten	" 948,—
Fahrtgeld	" 777,95
Diäten an andere Kollegen	" 179,—
Fahrtgeld an andere Kollegen	" 138,—
Porto und Schreibmaterial	" 133,81
Druckfaden	" 39,84
Bureauante, Reinigung, Licht und Heizung	" 384,73
Bureauante, Heizung	" 30,—
Vorstandssitzungen und sonstiges	" 81,63
Entschädigung des Kassierers	" 50,—
Vericherung des Beamten	" 45,36
<b>Summa</b>	<b>M. 6321,71</b>
Ab schluß.	
Einnahme	M. 8492,36
Ausgabe	" 6321,71
<b>Raffensbestand am 1. Januar 1910.</b>	<b>M. 3170,65</b>
Davon per Sparkasse belegt M. 2924,45	
C. Hildebrand, Vorsitzender. Guft. Fuhrmann, Kassierer.	
Die Revisoren:	
C. Frösching, P. Grauman, C. Lehn.	

**Gau Danzig.**

**Einnahme.**

Raffensbestand vom Jahre 1908	M. 33,74
An Beiträgen auf Grund des Statuts	" 2818,71
Zufuß	" 2290,19
Von den Auslagen für die Streifleitung zurück	" 81,90
Beiträge der Zweigvereine	" 1185,50
Sonstige Einnahmen	" 42,50
<b>Summa</b>	<b>M. 6452,54</b>
Ausgabe.	
Beamtenehalt	M. 2500,—
Entgangener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	" 23,—
Diäten	" 1432,65
Fahrtgeld	" 5321,71
Bureauante, Heizung, Reinigung, Licht und Utensilien	" 1869,81
Utensilien	" 191,75
Druckfaden	" 90,80
Porto und Schreibmaterialien	" 164,74
Sonstiges	" 39,—
Entschädigung an den Kassierer	" 20,—
Revision	" 8,—
Zeitung	" 32,32
Vericherung (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung)	" 50,58
Sitzungen	" 19,50
<b>Summa</b>	<b>M. 5932,15</b>
Ab schluß.	
Einnahme	M. 6452,54
Ausgabe	" 5932,15
<b>Raffensbestand</b>	<b>M. 520,39</b>

\* In den Posten "Fahrtgeld" und "Diäten" sind die Ausgaben für die Agitation enthalten, die im Auftrag des Gauvorstandes Kollegen einiger Zweigvereine in der Zeit vom 3. bis 10. Oktober 1909 betrieben haben.  
Danzig, den 3. Dezember 1910.  
Z. Gehl, Vorsitzender. S. Malikowski, Kassierer.  
Die Revisoren:  
Karl Drowatzki, F. Freytag, C. Pafke.

**Gau Dortmund.**

**Einnahme.**

Bestand vom vierten Quartal 1908	M. 5462,22
Vom Verbandsvorstand erhalten auf Grund des Statuts	" 4566,87
Beiträge der Zweigvereine	" 1644,30
Für Streifleitung zurück	" 52,90
Druckfaden	" 423,72
Agitation zurück	" 740,14
Zinsen	" 144,05
<b>Summa</b>	<b>M. 12824,20</b>
Ausgabe.	
Beamtenehalt	M. 2500,—
Entgangener Arbeitsverdienst	" 211,19
Diäten	" 1845,85
Fahrtgeld	" 1008,15
Bureauante, Heizung, Reinigung, Utensilien	" 232,66
Druckfaden	" 231,15
Porto und Schreibmaterialien	" 157,17
Entschädigung für Kassierer und Revisoren	" 41,50
Zeitung und Bücher	" 71,02
Vericherungsbetrag	" 50,45
Agitationszuzuschuß für Büdenscheid	" 150,—
Kranke	" 24,—
Bauarbeiterzuschuß	" 30,—
Verhandlungen der Fliesenleger 1908	" 62,90
Strafe	" 3,25
<b>Summa</b>	<b>M. 6404,19</b>
Ab schluß.	
Einnahme	M. 12824,20
Ausgabe	" 6404,19
<b>Raffensbestand</b>	<b>M. 6420,01</b>
Dortmund, den 14. Januar 1910.	
Der Vorstand: F. Kahl.	
Die Revisoren: Gustav Fuß, Ludwig Wolf.	

**Gau Frankfurt a. M.**

**Einnahme.**

Raffensbestand vom Jahre 1908	M. 289,34
Vom Verbandsvorstand erhalten:	
An Beiträgen laut Statut	" 7012,67
Zufuß	" 1785,67
Auslagen für Streifleitung zurück	" 116,60
Beiträge der Zweigvereine	" 2387,—
Druckfaden	" 831,89
Sonstige Einnahmen	" 54,86
<b>Summa</b>	<b>M. 12428,08</b>
Ausgabe:	
Beamtenehalt	M. 2660,—
Entgangener Arbeitsverdienst	" 2703,89
Diäten	" 2199,10
Fahrtgeld	" 1651,85
Bureauante und Bureauanteinstellen	" 549,80
Druckfaden	" 948,25
Porto und Schreibmaterial	" 419,70
Sitzungen und Versammlungen	" 174,18
Revision der Kaufasse	" 55,88
Bücher und Zeitungen	" 163,76
Vericherung	" 62,49
Entschädigung des Gaukassierers	" 50,—
Verchiedene Ausgaben	" 81,07
<b>Summa</b>	<b>M. 11718,85</b>
Ab schluß.	
Einnahme	M. 12428,08
Ausgabe	" 11718,85
<b>Raffensbestand</b>	<b>M. 709,18</b>

Frankfurt a. M., den 18. Januar 1910.  
Güttmann, Vorsitzender. Karl Seib, Kassierer.  
Die Revisoren:  
Theodor Moos, Wilhelm Goldacker, Wilhelm Antk.

**Gau Görtlich.**

**Einnahme.**

Raffensbestand vom Jahre 1908	M. 585,96
Beiträge auf Grund des Statuts	" 2806,39
Zufuß	" 672,09
Beiträge der Zweigvereine	" 1027,40
<b>Summa</b>	<b>M. 5091,84</b>
Ausgabe.	
Beamtenehalt	M. 2250,—
Entgangener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	" 70,12
Diäten	" 1180,20
Fahrtgeld	" 954,90
Bureauante, Heizung und Heizung	" 136,13
Druckfaden und Buchbindarbeiten	" 18,60
Porto und Schreibmaterialien	" 70,77
Zeitung	" 31,80
Vericherungsbetrag	" 36,—
Entschädigung des Kassierers	" 50,—
Sitzungsgelder	" 24,—
Vertretung auf der Konferenz in Bodenbach	" 9,40
<b>Summa</b>	<b>M. 4781,42</b>
Ab schluß.	
Einnahme	M. 5091,84
Ausgabe	" 4781,42
<b>Raffensbestand</b>	<b>M. 310,42</b>

Görtlich, den 1. Januar 1910.  
Die Revisoren: Gustav Pohl, Wilh. Höer, Bruno Wähöb.  
Der Kassierer: Walbert Deckmorth.  
R. Kupke, Vorsitzender.

**Berichte.**

Frankfurt a. M. (Jahresbericht.) Am 27. Februar tagte im Gewerkschaftshause die Jahresgeneralversammlung des Zweigvereins, an der zwei Gauvorstände und sechs Ausschußmitglieder, zwei Revisoren, 98 Delegierte aus 91 Zählstellen, drei Vertreter der Sektionen und zwei Arbeitsortvertrauensmänner aus Friedberg-Naheim und Offenbach teilnahmen. Der Vorsitzende Wilhelm Schneider gab den Geschäftsbericht, dem folgendes zu entnehmen ist. Der wirtschaftliche Tiefstand im Jahre 1908 hatte in unsern Kollegentreifen sehr deprimierend gewirkt. Nicht nur die Kollegen waren mitschuldig, sondern auch die Zählstellenverwaltungspersonen waren in ihrer Tätigkeit etwas erschlämmt. Dies zu beheben, mußte die erste Aufgabe des Zweigvereinsauschusses sein. In zehn Bezirkskonferenzen, die im Januar stattfanden und an denen 253 Kollegen aus den Zählstellenverwaltungen teilnahmen, wurde die erste Anregung gegeben, die auch ihre Wirkung nicht verfehlte. Die ersten Versammlungen im Frühjahr waren allerdings noch schwach besucht, als wir jedoch im Sommer 4- bis 5-Berzessammlungen abhielten, waren unsere Kollegen wieder auf dem Posten. Auch die Herbstversammlungen waren durchweg gut besucht. Das Vereinsleben in den Zählstellen läßt leider sehr viel zu wünschen übrig. Dies mag eine Ursache teilweise in dem häufigen Wechsel der Verwaltungspersonen haben, der im Interesse der Organisation vermieden werden sollte. Einen Hebel für die von der Leitung des Zweigvereins zu bewältigende Agitationsstätigkeit gewinnt man aus nachfolgenden Zahlen. Es fanden statt: 122 Versammlungen, 61 Sitzungen und Besprechungen, 144 Protokolle und Revisionen, 10 Gau- und Zweigvereinsvorstandssitzungen, 4 Generalversammlungen, 10 Bezirkskonferenzen der Zählstellenvorstände und 298 Agitationsreisen. Die Autätigkeit besterzte sich in allen Orten des Zweigvereins. Eine im Juni vorgenommene allgemeine Statistik ergab allein in Frankfurt, Offenbach, Genua und Höchst rund 800 beschäftigte Kollegen mehr als im Vorjahre. In Friedberg-Naheim und Homburg blieb es das ganze Jahr hindurch still, in Höchst flaute die Autätigkeit im Herbst sehr stark ab. Einen guten Ausblick brachte eine Anzahl kleinerer Orte, in denen gut gebaut wurde, so in Klein-Naheim, Groß- und Klein-Steinheim, Langen, Evenden

singen, Bergen-Enzheim und Eschersheim-Gebbernheim. In Königstein und Kronberg ließ die Baukonjunktur gegen das Vorjahr stark zuwinken übrig. Hierfür brachten Oberursel und Nüppersheim unsern Kollegen dieser Gegend Erfolg an Beschäftigung; denn in beiden Orten wurde recht lebhaft gebaut. Auch von Rödelheim kann man sagen, daß eine Belebung der Bautätigkeit eingetreten und die Höhe des Vorjahres überschritten wurde. In den Vororten Preungesheim, Eckenheim und Seelbach ist eine Belebung noch nicht eingetreten. In Gelnhausen, wo im Vorjahre die Bautätigkeit vollkommen darniederlag, belebte sich diese wieder durch die Errichtung einer Fabrik und einer größeren Anzahl Wohnhäuser. In Büdingen wirkten der Baustrich und der Eingang der Glasfabrik noch merklich auf die Bautätigkeit ein, doch brachte der Bau einer größeren Schule etwas Belebung in die ständige Baumluft. Auch in Groß- und Klein-Enzheim ist noch keine Belebung eingetreten, außer einer Kirche wurde im Verhältnis gegen die Jahre 1904 bis 1907 recht wenig gebaut. Aus nachstehender Aufstellung über den Beschäftigungsgrad der Kollegen in den einzelnen Jahren kann man die eingangs geschilderte Belebung in 1909 leicht erkennen:

Orte	Beschäftigte Personen					
	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Frankfurt a. M. ....	2428	2976	2513	2199	1109	1523 + 414
Friedberg-Rauheim ..	71	167	164	178	145	127 - 18
Griesheim-Nied. ....	102	221	98	108	82	92 - 10
Hanau .....	151	173	285	207	113	236 - 123
Höchst-Untereberbach	147	306	180	334	164	202 + 38
Homburg d. b. G. ....	155	102	84	96	80	46 - 4
Offenbach .....	895	453	536	714	273	486 - 212
Summa .....	3449	4398	3860	3836	1966	2741

Über die statgefundenen Lohnbewegungen ist bereits in den früheren Generalversammlungen ausführlich berichtet worden. Durch den bestehenden Bezugsvertrag für den Maingau waren nur in kleineren Orten Lohnbewegungen möglich; es wurden von den Kollegen in Offenbach, Niederforst und Rorsbach i. T. Forderungen gestellt und ohne Arbeitseinstellung Lohnerbhöhungen durchgeführt, und zwar in Offenbach 5 %, in Niederforst 4 % und in Rorsbach 3 %, pro Stunde. Außerdem wurden für die Betonarbeiten in Hanau, Offenbach und Bad Nauheim namhafte Erfolge erzielt. Der Tarif für Kanal- und Kaminmänner konnte trotz mehrmaliger Verhandlungen nicht erneuert werden. Im übrigen gab es circa 20 ernsthafte und eine ganze Menge kleinerer Differenzen, wo sich Unternehmer weigerten, den bestehenden Tarif anzuerkennen und durchzuführen. Es ist aber in den meisten Fällen gelungen, die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen entweder durch Eingreifen der Schlichtungsmitteln oder direkt durch den Zweigvereinsauschuss herbeizuführen. Leider gibt es aber auch immer wieder Kollegen, die sich an die strikte Durchführung der Tarife noch nicht gewöhnen wollen. Dies zu beseitigen, muß eine unserer wichtigsten Aufgaben sein. Den Kassensbericht erstattete Kollege Karl Schneider. Zunächst berichtete er vom vierten Quartal 1909. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen M 27 297,45. Für die Nebenkasse ist die Einnahme inklusive Kassenbestand M 92 224, die Ausgabe M 9896,18 und der Kassenbestand M 82 327,18. Davon sind per Bank belegt M 77 500. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 5710. Karten wurden insgesamt 59 480 verkauft. — Aus dem Jahresbericht geht folgendes hervor: Die Gesamteinnahme und Ausgabe beträgt M 201 558,61. Für die Hauptkasse beträgt die Einnahme und Ausgabe M 96 846,70. Die Einnahme für die Zweigvereinskasse inklusive Kassenbestand beträgt M 122 811,32, die Ausgabe M 40 484,04, bleibt Kassenbestand M 82 327,18. In den Hauptstellen verblieben an Prozenten M 13 088,09. Der Gesamtmarkenumsatz beträgt 208 252 oder pro Mitglied 37,04 im Jahresdurchschnitt. Arbeitslosentlohn entfiel auf das Mitglied 1908 durchschnittlich 4 und 1909 noch 3,08; daraus ergibt sich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahre 1909. Die Korrespondenz des Zweigvereins hat sich in diesem Jahre wieder vermehrt. Eingegangen sind 2130 und ausgegangen 20 224 Postkarten, das sind rund 6000 mehr als im Vorjahre. Bei Beurteilung der Kassenverhältnisse des Zweigvereins ist nachfolgendes ganz besonders zu beachten. Die Einnahmen des Zweigvereins betragen insgesamt M 37 277,79, gegenüber 1908 ein Minus von M 194,28. Bei den Anteilen ist ein Mehr von M 196,07, bei „An sonstigen Einnahmen“ ein solches von M 410,35 zu verzeichnen. An lokalen Zuschlagsbeiträgen wurden M 585,10 und an Projizieren M 215,60 weniger eingenommen. Der Kassenbestand hat sich um M 535,45 auf M 82 327,18 erhöht. Die Ausgaben sind um M 3388,31 auf M 81 924,84 gestiegen. Die Verbrauchsbeile ist durch die Unterstellung des Generalstreiks in Schweden mit M 3000 und die Bezahlung von Arbeitslosentlohn vom Zweigverein mit M 1108,75 entfallen. Hieraus erklärt sich auch die höhere Durchschnittsausgabe auf pro Mitglied und Jahr von M 4,55 auf M 5,67. Relativ sind die Ausgaben noch um M 768,44 geringer, als im Vorjahre. Zurückgegangen sind für Projizieren um M 1019,90, für Agitation um M 443,54, für Einnahmen um M 629,74. Gestiegen sind bei der sachlichen Verwaltung um M 1575,63, bei der persönlichen Verwaltung um M 286,49 und bei der Bautenkontrolle und Ausschüsse um M 385,84. Die Ausgabe für Delegation zu den Generalversammlungen beträgt M 2499,85, ein Weniger gegenüber 1908 von M 816,74. Die große Fikulation, die in unserm Zweigverein ein notwendiges Übel darstellt, mit dem wir uns abfinden müssen, zeigt folgende Zusammenstellung: Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 1908 5901 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden 629, zugereist sind resp. angeweiht haben sich 193, abgereist sind 388, gestorben 24, ausgeschliffen 19, angetreten 170, zum Militär eingezogen 120. Wegen richtiger Beiträge getriden 178, dem Zweigverein fudba angegliedert in drei Hauptstellen 114 Kollegen. Die absolute Mitgliederzahl beträgt am Schlusse 1909 5710, die durchschnittliche 5623. Die Zahl der Mitgliederzahlen, die im vorigen Jahre 115 betrug, hat sich durch das Wegbleiben obenangenannter drei Hauptstellen auf 112 vermindert. Die Hauptstelle Büdingen mußte aufgehoben werden. Neu gegründet wurde die Hauptstelle Großhaußen v. d. G. Redner weist dann auf eine Reihe Mängel hin, die sich immer wieder in den Hauptstellen ergeben, und ergeht in Zu-

kunft für deren Beseitigung Sorge zu tragen. Besonders müsse mehr Wert auf die genaueren Budungen der empfangenen Karten gelegt werden; denn daraus ergeben sich immer Differenzen. Auch bei Auszahlung der Krankentunterstützung ergeben sich Unregelmäßigkeiten, diese dürfe nur nach vorheriger Anweisung ausgezahlt werden. Zu tabeln sei auch, daß bei der Sammlung für die schwedischen Kämpfer einige Hauptstellen lange auf die Einfindung der gesammelten Gelder sowie der Listen warten ließen; in solchen Fällen sei rasches Handeln notwendig. — Für die Revisionen berichtete K. Schneider, der erklärte, alles in Ordnung befunden zu haben; in den Hauptstellen sei aber noch sehr viel zu verbessern. Er beantragte, dem Ausschuss Delegation zu erteilen. In der Diskussion beteiligten sich zwölf Kollegen, die teils Anfragen stellten, teils Einzelfälle von Mifständen schilderten. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, den Geschäftsbericht mindestens eine Woche vor der Generalversammlung den Delegierten zugutellen, worüber aufzufriedenstellende Zusagen gemacht wurden. In seinem Schlußwort gab Kollege W. Schneider unter allgemeiner Zustimmung folgende Erklärung ab: Es ist mir von Kollegen privatim mitgeteilt worden, daß der Genosse Bernhardt, Leiter des Frankfurter Konsumvereins, ausgesprochen habe, wir legten unser Geld bei bürgerlichen Institutionen an. Hierzu ist zu erklären: Wir haben bei der Volksstimme hier M 40 000, dem Gewerkschaftshaus M 20 000 angelegt; das übrige Geld befindet sich bei der Frankfurter Sparkasse, um jederzeit eine gewisse Summe verfügen zu können. Dagegen wird wohl kein vernünftiger Mensch etwas einwenden können. Genosse Bernhardt soll geäußert haben: „Es sind aber Mauerer.“ Gegen diese Behauptung müssen wir entschieden Verwahrung einlegen. Die Aussagen des Genossen Bernhardt rühren anscheinend daher, weil wir einem Versuch des Konsumvereins, ihm eine gewisse Summe für Baugeld zur Verfügung zu stellen, unter Hinweis auf obige Verwendung unseres Geldes nicht entsprechen konnten. — Beim Punkt Lohnbewegung und Bezahlung dieser Frage wurde dem Verbandstage. Er betonte, daß die feierliche Kasse als richtig anerkannt worden sei, unter keinen Umständen könnten wir dem Vertragsunternehmer unsere Zustimmung geben. Die Vertragsbeziehung von 10 % für alle Mitglieder sei notwendig, und es sei die Pflicht der Delegierten, für die strikte Durchführung des Beschlusses in ihren Hauptstellen einzutreten. Bei der Berichterstattung müsse die Sache so geschildert werden, wie sie tatsächlich liegt, dann werde der Beschluß leicht durchgeführt werden. In der Diskussion wurde zu zwei Anträgen, deren einer den Rückzug auf 5 % herabsetzen, der andere denselben überhaupt beseitigen wollte, um dadurch die Vertragsbeziehung abzulösen, bezw. unfähig zu machen, Stellung genommen und die Anträge entschieden bekämpft und zum einstimmig abgelehnt. Somit war der Beschluß der Vertragsbeziehung aufgehoben. — Zum Punkt „Agitation und Organisation“ betonte Kollege Zimmer, daß wir noch in einer ganzen Reihe von Orten nichtorganisierte Kollegen haben, was uns veranlassen müsse, immer wieder einzugehen, um sie für uns zu gewinnen. Wie gefährlich die Nichtorganisierten werden können, ergibt sich, wenn man die Orte Gelnhausen, Langen und Sprendlingen vergleicht. In Sprendlingen haben es uns eine Anzahl Nichtorganisierte unmöglich gemacht, die Löhne auf die Höhe der anderen Orte zu bringen. Wenn es jemals notwendig war, energisch an die Arbeit zu gehen, so ist uns die Unternehmung am brutalsten aufgetreten und dabei die Unterstützung der Behörden finden. Ganz besonders lebhaft müsse die Bautenagitation betrieben werden, damit wir die Nichtorganisierten gehörig dezimieren. Ein Antrag will, daß die Arbeitslosentlohn, die laut Beschluß der Generalversammlung vom 7. März 1909 im Jahre 1909 aus der Zweigvereinskasse bezahlt wurden, in diesem Jahre nicht bezahlt werden sollen. Schneider erklärte, der Ausschuss schließe sich diesem Antrage an, da die Sache von einer Anzahl Hauptstellenverwaltungen falsch verstanden und von Kollegen mißbraucht worden sei. Eine Reihe Redner sprachen für den Antrag, andere dagegen, worauf mit 60 gegen 45 Stimmen beschloffen wurde, die Arbeitslosentlohn in diesem Jahre nicht aus der Zweigvereinskasse zu bezahlen. Beschlossen wurde, zum Waisenfonds 20 % Beitrag zu erheben. Bei der Wahl des Ausschusses wurden sämtliche Kollegen wiederergewählt.

**Meine.** Zurzeit ist man in Altsenheime bei Meine mit der Fertigstellung der Kanalschleuse beschäftigt. Wir mußten schon verschiedene Male die künftige Kanalverwaltung darauf aufmerksam machen, daß es notwendig sei, auch etwas für Leben und Gesundheit der dort beschäftigten Arbeiter zu tun. Auch mit der Kanalverwaltung steht die Kanalverwaltung hinter den Privatunternehmern zurück; denn obgleich der Tariflohn im Lohnbezirk Meine auf 46 bis 47 % festgesetzt ist, zahlte man an der Schleuse den Maurern 40 bis 42 % und sogar 33 % Stundenlohn. Ein Kollege, der im Auftrage mehrerer bei dem Bauhilfer vorstellig wurde, wurde scharf abgetwiefen mit der Motivierung, am 1. April laufe sich vielleicht darüber reden. Unser Kollege ließ sich aber nicht beäoren, sondern ging zum Regierungsbaumeister Besse, den er fragte, ob er den Tarif nicht kenne. Die Antwort war: Wir erkennen Ihren Tarif nicht an. Es ist aber notwendig, daß unsere Kollegen dort unter allen Umständen die Bezahlung des Tariflohnes verlangen.

**Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.**

Berlin. Wir machen die Kollegen hierdurch nochmals auf die Baukontrolle aufmerksam, die am Dienstag, 15. März, durch Umfrage in den Wohnungen der Kollegen vorgenommen wird. Da am 2. November einzelne Kollegen unter recht wichtigen Gründen sich weigerten, den Fragebogen auszufüllen, ersuchen wir alle Kollegen, die Fragen richtigerweise und wahrheitsgetreu zu beantworten, da dies im Interesse der Organisation unbedingt notwendig ist.

Zur Beachtung für die Zweigvereine Stargard, Poryk und Bahn teilt der Zweigverein Jeserich mit: Im Zweigverein Jeserich beträgt der Stundenlohn 50 %. Hierzu gehören die Ortschaften: Buchholz, Balfow, Grantenhofenwalde, Carovienhorst, Colbat, Dolberpuhl, Weiblers-

hof, Glien, Hofbamm, Heiden, Hohenburg, Kurlant, Wühlensberg, Marienfelde, Neumark, Spaldingsfelde, Seelow und Ratow. — In Ralberg sprachen nach der Verlesung der erstatteten Kollegen lange alle Redner für die Verbandsstagesbeschlüsse. Auch die Erhöhung des Beitrages lag auf keinen Widerstand, obwohl man noch in der vorigen Versammlung allgemein dagegen war. Damals glaubten die Kollegen immer noch, es käme nicht zum Kampf. Nachdem aber unter dem Vorsitz des Maurermeisters Helm-Stein in den Verhandlungen alle unsere Verbesserungsvorschläge abgelehnt wurden, kamen sie zu anderer Ansicht. Da sich in Kollegentreifen das Gerücht verbreitete, die Unternehmer hätten die Absicht, die Fuß- und Maurerarbeiten in Altsdorf zu vergeben, so schlug der Vorstand der Versammlung folgenden Antrag vor: „Sogleich die Arbeit vor und während der Lohnbewegung ist bei Strafe des Ausschlusses verboten.“ Dieser Antrag wurde mit großem Beifall einstimmig angenommen. — Die Maurer und Bauhilfsarbeiter in Poryk haben, die bereits am 1. März die Verschmelzung vollzogen haben (nur die Klassen sollen vorläufig noch getrennt geführt werden), gingen, nachdem Bernhardt den Bericht von den Verbandstagen erstattet hatte, noch über den Verbandsstagesbeschlüsse hinaus, indem sie einstimmig beschloffen, anstatt 75 % 80 % Beitrag zu zahlen. Die Ausdehnung der Krankentunterstützung auf den Winter wurde aber scharf kritisiert (auch von den Bauhilfsarbeitern), weil man diese Ausdehnung als den ersten Schritt zur Arbeitslosenunterstützung und damit zur Umwandlung der Kampforganisation zur Unterhaltungsorganisation ansieht. Es herrschte nur eine Meinung, nämlich, daß man bereit sei, zur Abwehr der schamlosen Unternehmervorgängen jedes Opfer zu bringen. — Einen, soweit wir bis jetzt erfahren konnten, einzigartigen und geradezu beschämenden Standpunkt nahm eine Versammlung des Zweigvereins Potsdam ein. Nach erregter Debatte, in der man hauptsächlich dem Delegierten Borntrufe machte, weil auch er auf dem Verbandstage unter dem Zwange der Verhältnisse der Vertragsbeziehung zugestimmt hatte, nahm man eine Resolution an, in der man die Vertragsbeziehung und die Neuregelung der Streitunterstützung verurteilte. Wenn solche Ansichten und eine solche Stimmung in einer größeren Zahl von Zweigvereinen herrschten, dann könnten wir uns mit unserer Bewegung begraben lassen. — Aus Gelsenkirchen teilt man uns mit, daß der Wirt Nöcker in Gladbach den freien Gewerkschaften und der Partei kein Lokal entgegen hat, so daß auch unsere Kollegen wieder obdachlos sind. Das Gewerkschaftsamt hat deshalb alle das Lokal den Boykott verhängt. Wer auf Arbeiterere hat, wird das Lokal so lange meiden, bis der Inhaber wieder zu besserer Einsicht kommt. — In Dranienburg scheinen sich die Kollegen nach einigen traurigen Jahren auch wieder auf ihr Menschentum zu befinden. Nach einem Defekt von Otto Lehmann-Berlin traten in einer öffentlichen Versammlung am 27. Februar 20 Kollegen dem Verband bei. — Im Zweigverein Gießen-Wehlar erstattete Kollege Schupp in einer Reihe von Hauptstellen den Bericht vom Verbandstage. In Wehlar stimmten die Kollegen in einer überfüllten Versammlung den Beschlüssen des Verbandstages und der Vertragsbeziehung einstimmig zu und auch in den anderen Hauptstellen waren nur einzelne Kollegen dagegen. — In allen Versammlungen, die im Laufe der letzten Woche im Zweigverein Altsenheime stattfanden, erklärten sich die Kollegen mit den Beschlüssen des Verbandstages einstimmig einverstanden. Der Besuch war allenthalben sehr gut, die Stimmung ausgezeichnet. Ein Antrag in Altsenheime über die Erhöhung des Lokalbeitrages wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Die Versammlungen hatten den Beschluß, Mitglieder, die im Jahre keine sechs Versammlungsstunden einbringen, verlieren die Rechte an die lokalen Unterhaltungs-einrichtungen. — Die Arbeitslogelegenheit ist besser als im Vorjahre. In Galtze a. d. W. traten in der letzten Versammlung sechs Kollegen dem Verbands bei. Auch hier geht es wieder flott aufwärts.

**Unternehmerübermut.**

Aus Galle schreibt man uns: Die Stimmen aus dem Unternehmerlager, die der Arbeiterschaft bei jeder Gelegenheit Kampf bis auf's Messer aufgaben, mehren sich. Namentlich sind es jetzt die Bauunternehmer, die ihre Verlogenheit vor dem, was kommt, durch übermütige Herausforderungen zu verdeutlichen suchen. Kürzlich fuhr hier der Maurermeister Weber, der in der Reichstraße einen Bau ausführt, mit der elektrischen Bahn. Zu ihm gestellte sich der Polizeikommissar B. Doffow. Beide unterhielten sich dann über die gegenwärtige Tarifbewegung im Baugewerbe. Der Beamte fragte, wie es denn zum 1. April werden würde. Herr Weber erzählte hierauf, daß die Arbeiter den ihnen vom Arbeitgeberverband vorgelegten Tarif (der eine Verhöhung der Arbeiterschaft bedeutet) nicht annehmen wollten. Grob sprecherisch setzte er hinzu: Wir haben beschloffen, die Gesellschaft hier zehn Tage auszubauern, dann werden wir wieder arbeiten. Herr D. Doffow fragte hierauf, ob man denn auch wieder Halbesee heranziehen würde (eine sehr wichtige Frage für die Polizei); das Gepräch wurde jedoch abgebrochen, weil im nächtlichen Augenblick mehrere Arbeiter den Wagen betraten. Aus dieser Unterhaltung ist mehreres von Interesse. Zunächst einmal ist der liebevolle Sorgfalt zu gedenken, mit der die Polizei alle Phasen der Arbeiterbewegung verfolgt. Es geht daraus hervor, daß sie auch für die rein wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft auf ihre Art Vorbereitungen trifft. Da wir wissen, daß sie niemals ruft, sondern stets gegen die Arbeiter auftritt, haben wir darin einen Beweis, für die Natur der Polizei als Herrschaftsinstrument der privilegierten Klassen. Ebenso wertvoll ist, was der schamlosmachende Herr Weber zur Sache zu sagen wußte. Er glaubt es aus, daß das Unternehmertum einig distanziert ist, den Kampf um die Macht zu beginnen und die Organisationen der Arbeiter im Baugewerbe zu gerättern. Aber diese Organisationen werden schon dafür sorgen, daß die Dämme des streitfertigen Unternehmertums nicht in den Himmel wachsen. Wenn übrigens sich die Polizei so sehr für die Zustände im Baugewerbe interessiert, warum muß sie erst durch Anzeige darauf aufmerksam gemacht werden, daß just im Neubau des Herrn Weber die Arbeiterschutzbestimmungen umgangen werden? Wir erinnern da nur an die jetzt erst im Schneidentoppe vor sich gehende Abbedeckung der Kellereiege. Als der diese Arbeit anordnende Polizeist Herr Weber erklärte, daß er auf Veranstaltung eines Organisationsleiters käme, sagte der feine Unternehmer: „Wau-

ja ein Stiel von der Arbeiterkommission kommt, habe ich ihn mit dem Knüttel aus dem Bau!" Dem Wäme soll auch sonst die Aufklärung des Kräftes Buch über den Umgang mit Menschen sehr zu empfehlen sein. Man nimmt solche Beurteilungen nicht allzu tragisch, aber immerhin bezeichnen sie den Bildungsgang der Klasse, die sich annimmt, der Arbeiterschaft ihre Arbeitsbedingungen vorzuschreiben.

**Der „gelernte, tüchtige Maurergeselle.“**

Das Adjektiv „tüchtig“ hat es den Unternehmern neben dem Worte „gelernt“ besonders angetan. Was mögen sie nur darunter verstehen? Im gewöhnlichen Leben bedeutet man damit als tüchtig, der sein Fach gut versteht, der solide und brauchbare Arbeit liefert. Die Qualität des Produktes ist es in erster Linie, die seinem Erzeuger dieses Adjektiv verschafft. Die Erfahrung lehrt nun aber, daß es den Bauunternehmern viel weniger auf die Qualität als auf die Quantität ankommt. Nicht der wird im allgemeinen von ihnen als „tüchtiger“ Geselle bevorzugt, der sich weigert, der Verkaufswürdigen Arbeit hinzustellen und der in jeder Beziehung auf seine Kunst etwas hält, sondern der, der am weitesten vorkommt und dadurch für die Unternehmer einen möglichst großen Profit herausbringt, ohne sich um die Qualität der Arbeit auch nur im geringsten zu kümmern. Würde nun ein Durchschnitts- und Stachellohn eingeführt, so würden ja nicht die wirklich tüchtigen Gesellen den höchsten Profit herausbekommen. Die Folge davon wäre, daß das Heben und Jagen bei der Arbeit noch geheizter und die Qualität der Arbeit noch verschlechtert würde. Unfälle und Bauverfälle würden noch häufiger, als sie jetzt schon waren, und die sachgemäße Auszubildung des Nachwuchses würde vernachlässigt werden. Eine weitere Folge wäre die Steigerung der Verwundbarkeiten und eine starke Verletzung der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften. Anstatt die Einführung der Klassen- und Stachellohne anzustreben, sollten die Unternehmer lieber für eine bessere Lehrlingsausbildung sorgen; denn durch ihr jetziges Verhalten geben sie selbst zu, daß sie bis jetzt als Lehrling nicht getan haben.

**Konventionalfraße.**

Man schreibt uns: Es wird öfter bei uns angefragt, ob eine verbotene Konventionalfraße zu zahlen ist, wenn die Abmachungen wider die Bestimmungen der bestehenden Gesetze verstoßen. In den jetzt vorliegenden Fällen handelt es sich vorwiegend um Unternehmern, die jetzt einsehen, daß sie sich in ruhigen Zeiten dem Arbeitgeberbund auf Gnade und Ungnade überlassen haben, ohne sich die Konsequenzen zu überlegen. Die Abmachungen gehen dahin, daß ein Mitglied erst nach einjähriger Abmündung seine Mitgliedschaft aufheben kann und bis dahin verpflichtet ist, alle Beiträge der Organisation zu bezahlen. Bei Mißbefolgung tritt eine Konventionalfraße (in der Regel von 4.1000 in Kraft, die durch einen hinterlegten Wechsel eingetrieben wird. Der Absatz 1 des § 152 der Reichsgewerbeordnung sagt aber: „Jedem Teilnehmer steht der Austritt von solchen Vereinigungen und Verbindungen frei, und es findet aus letzteren weder Klagen noch Sühnde statt.“ Die e-Vernehmung, glauben wir, ist für jeden klar genug, um seine Handlungen nach seiner Überzeugung einrichten zu können.

**Die diesjährige Winteragitation in Italien.**

So mancher Kollege mag, als er in unserm Organ von meiner Entsendung nach Italien zur Winteragitation las, gebadelt haben: Er kennt doch Giliotti, der verheiratet ist, den Winter im sonnigen Süden, wo „frieren“ ein unbekanntes Wort ist. Aber die Sache ist nicht so. In den Gegenden, in denen ich tätig war, verpufft man zur Winterzeit verdammt wenig von dem vielgerühmten sonnigen Himmel Italiens; im Gegenteil: in den schledhten Heizenrichtungen, wie sie dort beinahe überall bestehen, fühlt man die Kälte viel mehr als in Deutschland. Und es war in der ersten Hälfte des Dezember im Hochgebirge, das den größten Teil der Provinzen Veltino und Udine bildet, sehr kalt. Dann noch die anderen „Annehmlichkeiten“, als da sind: vereiste Straßen, auf denen man nur mit Steigeisen oder mit Stoffschuhen vorwärts kommt, siebenmal in der Woche auf dem Kopf Gebratenes, nicht zu mageres Schweinefleisch als Mittagessen, und das allerachteste: die mehrstündigen Reisen in den Postkutschen, die zum Teil ein mehr als ehrwürdiges Alter aufweisen. Wenn man da bei 12 bis 15 Grad Kälte zwischen ein paar alten Weibern eingeklemmt ist, von denen die eine aus dem Stranzenhause zurückkehrt und lieblich nach Lyol duftet, während die andere einen riesigen Stroh auf dem Schoße hält, der anscheinend alle Herringe der Provinz enthält, als vis-à-vis einen Vertreter der Geisteslichter, der ungläubliche Mengen eines noch ungläublicheren Schnupftabaks konsumiert, und ein paar betrunkene Bauern, da fällt es einem wirklich schwer, zu glauben, daß man sich in dem posticumobenen Italien befindet. Ein total verdorrter Anzug nebst Liebergscher sowie ein nicht weniger verdorrter Magen bilden die Trophäen dieses Winterfeldzuges.

Der Agitation ging eine Konferenz in Mailand voraus, an der die Vertreter Oesterreichs, Italiens, der Schweiz und Deutschlands teilnahmen, und auf der das Programm festgesetzt wurde, nach dem die Agitation betrieben werden sollte. Für die ersten zwei Wochen wurde mir, wie im letzten Jahre, ein Teil der Provinz Veltino zugewiesen, und ich sprach da meistens in Orten, die ich schon einmal besucht hatte, weshalb es sich erübrigte, nochmals Schilderung von ihnen zu geben. Erwähnen möchte ich nur, daß hier der Genossenschaftsgedanke sehr entwickelt ist. Beinahe in jedem Orte besteht ein Konsumverein, manchmal sogar zwei, wovon dann aber der eine ein „katholischer“ ist, gewöhnlich gegründet von Hochwürden, um den Ansturz zu bekämpfen. Das Unangenehme dabei ist, daß in solchen Fällen meist keiner der zwei Vereine gedeiht, aber die Gläubigen haben doch wenigstens katholischen Käse und katholische Stiefelkäse, und das ist auch etwas wert. Von den im vorigen Jahre gegründeten Sektionen des italienischen Bauarbeiterverbandes haben einige überaus gut funktioniert, während ein anderer Teil überhaupt nicht über die Geburtsstunde hinausgekommen ist. Doch sei hier konstatiert, daß, mit einer Ausnahme, überall das überhandte Material vollständig vorhanden war. Getriebe kein schlechtes Zeichen. Im Gegensatz zum letzten Jahre erstreckte sich diesmal die Versammlungen der liebevollen Aufmerksamkeit der Carabinieri

(Gendarmen), aber ohne daß ich irgendwie belästigt worden wäre. In einem Orte nahe der österreichischen Grenze habe ich im Kreise einiger organisierten Kollegen, die im Nebenamt die Schmuggelerei betreiben, ein paar verregnete Stunden verbracht. Es war wirklich ein Genuss, zuzuhören, in welcher seltener Weise sie mandant die höchstschöne Verbindung an der Warte heraufführen. Jeder endet der Spieß mandant auf tragliche Weise, indem der eine oder andere abführt oder durch eine Kugel bei der Brust niedergestreckt wird. Im allgemeinen waren der Versammlungsbetrieb und die Stimmung befriedigend. Es schien mir, als ob von gewisser Seite schon vorher gegen uns „gearbeitet“ worden wäre, und es ist leicht zu erraten, was dahinter steckt. Allerdings waren die Versammlungen ja auch in der Weihnachts- und Neujahrsperiode, also in einer Zeit, die für diese Zwecke nicht gerade sehr geeignet ist. Andererseits beginnt sich eine Wandlung zur völligen Insofern, als die Auswanderer anfangen, sich mehr und mehr nach Nordamerika zu wenden und deshalb den Vorgängen in den europäischen Ländern weniger Interesse entgegenbringen.

Ein weit erfreulicherer Bild bot sich mir im zweiten Teil meiner Reise, die mich in die Provinz Udine führte, und zwar in den Teil, der unter dem Namen Carnia bekannt ist. Dieser Landkreis lieferte jeherzeit einen Teil der berüchtigten Streifbrotgebirgsbrot und vor allen Dingen jene gewöhnlichen Partieführer, denen die meiste Schuld daran beizumessen ist, daß in der Vergangenheit die Italiener sich so oft als Streifbrotträger gebrauchen ließen. Heute ist hierin eine vollständige Veränderung eingetreten, und ich möchte es keinem Agenten raten, hier Streifbrot zu erwerben zu wollen. Er würde, wie man zu sagen pflegt, „gejagt“, daß er die Schlappen verliere“. Die einseitigen Streifbrotagenten bleiben jetzt teilweise zu Hause und rufen auf ihren Vorberben, d. h. auf ihrem erwiderten und erprehen Gelde, aus, oder sie gehen nach Ländern, wo ihnen keine Organisation etwas in den Weg legt. Ich habe hier eine sehr große Anzahl Kollegen gefunden, hauptsächlich Maurer, die schon vier bis fünf Jahre organisiert sind und die Bestimmungen des internationalen Kartellvertrages gewissenhaft einhalten. Es gibt da Sektionen, deren Verwaltungsgeschäfte in einer Weise geführt werden, die mehr als einem unserer Zweigvereine als Muster dienen könnte. Die Zahl der Organisierten wäre noch viel größer, wenn man schon früher dazu übergegangen wäre, so wie jetzt. Sektionen des italienischen Verbandes zu gründen. Einige Tausend, und zwar die besten Elemente, blieben infolge der Nachrichten über die in Deutschland herrschende Krise seit dem Frühjahr 1908 aus und suchten sich neue Arbeitsplätze in den Ballanstaaten, wo sie keine Organisation vorfanden und deshalb ihre Mitgliedschaft verloren. Eine Westätigung dieser Tatsache finden wir auch darin, daß vor 1908 und 1909 von unserm italienischen Organ, dem „Operaio Italiano“, für die beiden Bauarbeiterverbände einige tausend Exemplare weniger brauchten als 1907. In noch weit höherem Maße als in Veltino ist hier die Konsumvereinsbewegung entwickelt. Sie hat hier schon einen guten Schritt vorwärts gemacht, indem sich eine größere Zahl Vereine zum gemeinsamen Einkauf der Waren zusammenschloß. Eine Genossenschaftsbank in Tolmezzo, am Ufer der Zentralleitung, bildet die finanzielle Basis des großartigen und blühenden Unternehmens. Und auch der dritte Zweig der modernen Arbeiterbewegung, die politische Organisation, steht auf einer sehr hohen Stufe. Ich hatte Gelegenheit, in Ampezzo einer Konferenz der sozialistischen Vereine des Bezirkes beizuwohnen und war überrascht von den klaren Ansichten und dem hohen Idealismus der Teilnehmer, lauter einfachen Arbeiter, ohne die sonst in Italien unheimlich üblichen Advokaten und Professoren. Einer von ihnen vertritt die Meinung, daß dieser Landkreis immer noch fortgeschrittenen in Italien ist, und es ist eigentlich bedauerlich, daß die Wehrzahl der Kollegen nicht mehr zu uns kommt. Wir könnten ruhig dafür einige Tausend jener italienischen Prahlhähne und Konsummader einlaufen, wie sie sich hauptsächlich in Elag-Völkern kreitkamen. Nur eins hat mir mißfallen, und zwar der ungemessene Genuß von Spirituosen, an dem selbst die Frauen und Mädchen teilnehmen. Aber auch in diesem Punkte, so wurde mir versichert, macht sich mit der fortschreitenden Auffklärung eine Besserung bemerkbar. Andererseits muß ich hervorheben, daß ich während der acht Tage, die ich hier zubradete, von den Kollegen nicht einen Augenblick allein gelassen wurde. Von Dorf zu Dorf hatte ich meine Ehrenbesuche, selbst wenn es sich um eine mehrstündige Fußwanderung handelte.

Auf Tag fünf Nacht. So konnte ich auch sagen in bezug auf den dritten Teil meiner Tour, in deren Verlauf ich eine Anzahl Dörfer besuchte, die auf der rechten Seite des Tagliamento am Abhange des Gebirges liegen. In den ersten vier Orten, Venzona, Uffesio, Trassaghis und Ojoppo, sitzen die Auswanderer, die vorzugsweise nach Württemberg gehen. Hier findet man noch eine ungebührliche Verstandlosigkeit für alles, was nicht auf Gelderwerb Bezug hat, und im Gegensatz zu anderen Gebieten verhalten sich hier die gebildeteren Kreise durchaus gleichgültig gegenüber der Lage der Auswanderer. Es wurden zwar im letzten Jahre ein paar Sektionen gebildet, aber sie stehen nur mit drei bis fünf Mitgliedern zu Buch. Allerdings hält es auch überaus schwer, die geeigneten Personen für die Verwaltung zu finden, da sich ja die dazu fähigen Kreise um nichts kümmern und die übrigen Leute alle auswandern. In Uffesio, dem Heimatorte der Kollegen, die letztes Jahr in Heilbronn arbeiteten, spielte sich ein charakteristischer Vorgang ab. Der Pfarrer hatte einige der Versammlungsplätze abgeriffen mit den Worten: „Die Krantheit selbste gerade noch.“ Der Erfolg war allerdings der entgegengesetzte; denn die Versammlung war außerordentlich gut besucht, und auch Hochwürden hatte sich eingefunden, nahm aber trotz Aufforderung nicht das Wort. Ich traf in diesem Dorfe auch eine ganze Anzahl Kollegen, die früher mit mir gearbeitet hatten, und es schien, als ob wir da eine blühende Zählstelle bekommen würden. Dieser Tage erhielt ich aber einen Brief, wonach der Erfolg sehr wenig den Erwartungen entsprach, weil der fanatische Pfarrer von Haus zu Haus gegangen ist und mit allerhand Drohungen die Leute wieder umstimmt. Die Heilbronner Kollegen werden ja wissen, wie sie sich in diesem Falle zu verhalten haben. Die letzten sechs Versammlungen hielt ich im Bezirk von St. Daniele in Dörfern à la Dieburg

(wenigstens trugen sie noch vor wenigen Jahren diesen Charakter) ab. Jetzt findet man aber doch schon in jedem Orte einzelne, die bei uns organisiert sind und die sogar als Sauerreisig wirken. Ich traf bei Reute, die ganz nach erzählen, wo sie überall schon als Streifbrotträger gearbeitet haben, und wie es ihnen da manchmal ergangen ist, zum Beispiel bei dem Wande der Parade in Alet. Ich habe es herausgefunden, daß die meisten dieser ehemaligen Streifbrotträger vor allen Dingen durch die schlagende Bewusstseinsführung unserer Kollegen von der Verwerflichkeit ihres Tuns überzeugt worden sind. Im übrigen war die Aufnahme besser, als ich erwartet hatte. Der Einfluß der Partieführer auf die Leute beginnt langsam zu weichen. Die Auswanderer haben in der Vergangenheit so oft zu ihrem Schaden erfahren, in welcher unangenehme Lage sie durch diese Geselnerkäufer gebracht wurden. Selbst die deutschen Unternehmer sollten uns dankbar dafür sein, daß durch unsere Tätigkeit diese Charaktere beseitigt werden. Man muß diese Gelde zu Hause hören, wenn sie hochlachend erzählen, wie sie den oder jenen Unternehmer in Deutschland oder Oesterreich hineingelegt haben.

Gleich im ersten Orte wurde einer dieser Sklavenhändler, als er mir in der Diskussion entgegengetreten wollte, von den Auswanderern mit Eleganz an die frische Luft befördert. Die Bewohner dreier Dörfer in dieser Gegend gehen alle nach den schüringischen Ländern als Maurer. Sie wollten mir versichern, dort beständen keine Zählstellen unserer Verbände. Ich weiß nicht, wie die Verhältnisse in Schüring liegen, möchte aber die dortigen Kollegen dringend erlöhen, diese Leute von ihrem Glauben zu befreien; denn wenn in Deutschland während der Saison nicht nachgeholfen wird, sind unsere Bemühungen im Winter wenig erfolgreich. Die ganze Gegend ist am besten geeignet, um Studien über den Charakter der italienischen Auswanderer zu machen. Wir in Deutschland können ja immer nicht verstehen, warum die hier arbeitenden Italiener der Organisation trotz der unaußersöhnlichen Agitation meist gleichgültig gegenüberstehen. Der Grund liegt aber in der ganzen Charakteranlage der Leute und in dem eigenartigen Weltanschauungen in ihrer Heimat. Die Italiener sind im allgemeinen und die unteren Volksklassen in besonders, wie alle lateinischen Völker, sehr spirituell veranlagt. Sie glauben nichts, als was sie mit den Händen greifen können, und daraus erklärt sich die geringe Bereitwilligkeit der Auswanderer, da u e r n d organisiert zu sein; denn es fällt ihnen schwer, zu glauben, daß der Unternehmer die vereinbarten Bedingungen bloß einhält, wenn ihm die Organisation auf die Finger sieht. Dann auch das bei den Italienern besonders ausgeprägte Parteilichkeit für das, was morgen kommt. Eine weitere Charaktereigenschaft des Italiener, die ihn von der Organisation zurückhält, ist das ihm angeborene Mißtrauen gegen alle jene Institutionen, die von ihm Geld verlangen. Auch das ist begründet in den Zuständen seiner engeren Heimat. Die paar reichen Leute haben in den Gemeindeverwaltungen das Heft in der Hand und nützen ihre Stellung für alles zu ihrem Privatvorteil aus. Man verzeugsichtige sich ein paar von den schon erwähnten Streifbrotagenten als die Verwalter des Gemeindevermögens (in nicht wenigen Orten sind es diese Elemente). Der arme Knecht von Auswanderer, der in dieser Korruption ohnmächtig gegenübersteht, verarmt gemindert das und sieht deshalb in den Organisationen nur Intrigue, die sein Geld wollen. Auch die Stellung der Frauen in den Auswanderergewerben spielt dabei eine gewisse Rolle. „Diesen armen Geschöpfen liegt während der Abwesenheit der Männer die Versorgung der Landwirtschaft ab, und auch im Winter sieht man die Männer meistens beim Karten- oder Kegelspiel, anstatt daß sie den armen Frauen einen Teil ihrer harten Arbeit abnehmen.“ Es fordert geradezu das Mitleid heraus, wenn man sieht, wie die letzteren mit Störben auf dem Rücken den Dung auf die heißen Berggänge tragen oder Holz und Heu zu Tal schleppen. Aber dadurch, daß die Frauen eigentlich am meisten zum Unterhalt der Familie beitragen, stehen sie zu den Männern in einem ganz andern Verhältnis. Diese müssen in allen Dingen auf die Frauen die weitestgehende Rücksicht nehmen und ihren Wünschen Rechnung tragen. Die Frauen haben außerdem als Kraft in ihrem freudlosen Dasein nur die Religion, oder besser gesagt, was man so in Italien unter Religion versteht. Dadurch sind sie ganz und gar unter dem Einfluß des Alerus, der in seinen untersten Schichten in der Wehrzeit aus unglücklich unzufrieden und fanatischen Elementen zusammengesetzt ist, die natürlich nichts unversucht lassen, um in den Köpfen der Frauen und damit auch bei den Männern die Organisation als Teufelswerk erscheinen zu lassen. Ich habe in Italien Männer kennen gelernt, die im Privatgespräch sich so gaben, als verzehrten sie jeden Tag zum Frühstück einen Pfaffen. Im nächsten Augenblick fielen sie aber beinahe in die Arnie, wenn einer der eben noch so Gesinnungen vorüberging. Auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, was die stereotype Antwort: „Wir müssen das so machen mit Rücksicht auf die Frauen.“ Wir italienischen Parteigenossen haben in dieser Hinsicht meiner Ansicht nach in der Vergangenheit nicht den richtigen Weg gewählt, um die Frauen auf ihre Seite zu bringen. Anstatt sie in ruhiger Weise aufzuklären, wurde nur mächtig auf die „Pfaffen“ geschimpft. Diese haben natürlich auch nicht untätig zu sein, sondern stimmten ihre Altwahr auf den gleichen Ton.

Im allgemeinen kann als feststehend gelten, daß dieses Jahr die italienischen Auswanderer, mögen sie herkommen, wo sie wollen, von den Vorgängen im deutschen Bauarbeiter unterrichtet sind; denn selbst einzelne Regierungsbedobten des italienischen Staates, Fabrikinspektoren usw. waren durch Zirkulare die Auswanderer, vor Beendigung der Lohnbewegungen nach Deutschland zu gehen. Es soll hier auch gern anerkannt werden, daß das von Herfalle Seite in Udine errichtete Auswanderersekretariat in seinen Agitationsversammlungen ebenfalls vor der Einwanderung in die mutmaßlichen Streifgebiete warnte, ebenso die bekannte „Patria“.

Ausreden, wie: „Ich habe es nicht gewagt“ usw., gelten in diesem Jahre nicht, ebensowenig wie die Italiener vorzuweisen können, sie hätten noch nie etwas von Organisation gehört. Hoffentlich kommen wir aber nicht in die Lage,

eine Neuauflage der italienischen Streikbrecheri in diesem Jahre erleben zu müssen. Ich wenigstens habe diese Bestimmung nicht.

**Fliesenleger.**

**Berlin.** (Zahresbericht.) In der Versammlung am 18. Februar gab der Vorsitzende Waldheim den Jahresbericht, dem folgendes zu entnehmen ist. Das Kriegsjahr 1909 begann für uns mit einer Arbeitslosigkeit, wie sie bis dahin noch nicht zu verzeichnen war. Zu Beginn des Jahres hatten wir in der Sektion 132 arbeitslose Kollegen. Gerade um diese Zeit fanden in andern Jahren die Kollegen fast ausnahmslos in Arbeit. Von der christlichen Organisation und der freien Vereinigung waren leider keine Angaben zu erhalten; es kann aber ohne Uebertreibung angenommen werden, daß beide Organisationen mindestens die gleiche Zahl Arbeitsloser hatten. Zu dem allgemeinen Arbeitsmangel, gestellte sich noch ein außerordentlich strenger Winter, der es unmöglich machte, etwa vorhandene Arbeiter auszuführen. Bis Ende April verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 40, und Mitte Mai waren fast keine Arbeitslosen mehr vorhanden. Die Saisonjahre hob sich dann so, daß es im Juni und Juli nicht möglich war, die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen. Wir waren in der angenehmen Lage, eine große Zahl ausgesperrter Hamburger Kollegen in Arbeit bringen zu können. Die gute Arbeitslage hielt das ganze Jahr hindurch an. Im letzten Vierteljahr wurde eine Arbeitslosigkeit von 8 bis 6 pzt. festgestellt, woran alle drei Organisationen beteiligt sind. Der im Anschluß an die Bewegung gegen die Subunternehmer geschaffene Arbeitsnachweis der drei Organisationen bietet einen genauen Lebensbild, weil er fast ausnahmslos von allen Arbeitslosen passiert wird. Nach den Erfahrungen der vorausgegangenen Jahre sah sich der Vorstand gezwungen, beim Eintritt seines Amtes die Kollegen zu erfragen, Mißstände und Beschwerden in größerer Maße als bisher zur Meldung beim Sektionsvorstand zu bringen. Diesem Wunsche kamen die Kollegen auch in weitestgehendem Maße nach, so daß es nicht immer möglich war, allen Wünschen Rechnung zu tragen und nur die dringlichsten Sachen erledigt werden konnten. Bei den eingelaufenen Beschwerden handelte es sich zunächst um Tarifliche Fragen (Vorenhaltung oder nicht volle Bezahlung des Fahrgeldes, Nichtzahlung des Tariflohnes, Abschluß von Sonderverträgen usw.). Die meisten Beschwerden richteten sich aber gegen das Ausbeutungssystem der Subunternehmer. In den meisten Fällen war es möglich, die Beschwerden zur Zufriedenheit der Kollegen zu regeln. Die Zahl der Beschwerden war ein Beweis dafür, daß Mißstände auch im Jahre 1909 vorhanden waren, aber nur in einzelnen Fällen gemeldet wurden. Die Kollegen müssen von Zeit zu Zeit an die Pflicht, Mißstände aufzudecken, erinnert werden; aus sich selbst heraus tun sie dies leider nur in geringem Maße. Bei der Bewegung gegen die Subunternehmer war nicht die Lohnzahlung, sondern die immer härtere forcierte Leistung in der Arbeit die Ursache zur Stellungnahme gegen diese. Die Subunternehmer gälten nicht nur den Tariflosen, sondern darüber hinaus; wegen der Lohnhöhe ist nur bei einem Subunternehmer Beschwerde geführt worden. — Unsere Stellung gegenüber den Subunternehmern im allgemeinen, im Gegensatz zu der Stellung des Hauptvorstandes in dieser Frage, ist in den Berichten im „Grundstein“ so oft präzisiert worden, daß es sich erübrigt, hierzu lange Ausführungen zu machen. Befehlshaber gegen die von unserer Bewegung gegen die Subunternehmer werden, was noch von allgemeinem Interesse ist. Das Ausbeutungssystem dieser Unternehmer verbunden mit der guten Konjunktur, führte dazu, daß in dieser Frage unter allen Kollegen eine seltene Einmütigkeit und Kampfeslust vorhanden war. Mit dem Beschluß, bei den Subunternehmern nur in Accord, und zwar nach dem Akkordtarif zu arbeiten, traf man das Uebel an der Wurzel. Die Unternehmer waren, weil sie selbst erheblich niedrigere Sätze, als die ihrer Tarif vorgesehene, für die Arbeiter erhielten, nicht in der Lage, unsere Forderungen zu bewilligen. Die Folge waren Arbeitsbeeinträchtigungen, die ihren Abschluß darin fanden, daß mit den Geschäften, die bis dahin Subunternehmer beschäftigt hatten, ein Vertrag abgeschlossen wurde, der besagte, daß in diesen Geschäften bis zum Ablauf des Gesamtvertrages nur in Accord gearbeitet wird und die bisherigen Subunternehmer weder als Verächter noch als Fliesenleger beschäftigt werden dürfen. Eine Ausnahme war die Firma Rosenfeld & Co. Hier war es, weil dem Unternehmer Döbner von der Firma Arbeitswillige gestellt wurden und die übrigen im größten Geschäft Berlins beschäftigten Kollegen wohl den Wunsch hatten, den Subunternehmer zu befestigen, aber nicht den Mut fanden, ihr fünf- bis funfundzwanzigjähriges Arbeitsverhältnis zu unterbrechen, nicht möglich, auf den ersten Hieb einen vollen Erfolg zu erzielen. Aber auch Döbner wurde kaltgestellt; die dort vor der Bewegung beschäftigten Kollegen legten zum größten Teil die Arbeit nieder, und Döbner mußte, um mit den nun angelegerten arbeitswilligen Mauern und Hilfsarbeitern zurechtzukommen, zeitweise selbst mitarbeiten. Heute, nach Abschluß des Vertrages, kommt Döbner als Subunternehmer nicht mehr in Betracht, er wird als Werführer beschäftigt; also auch in diesem Falle hat die Bewegung im Sommer einen Erfolg gehabt. — Von den 24 Subunternehmern waren nach der Bewegung nicht verschunden, sechs ältere Vertragsmitglieder hatten auf diesen Beruf verzichtet, die übrigen wurden so kaltgestellt, daß sie weder leben noch sterben konnten. Bei der Sperrung auf der Tagelohnseite bei der Firma Schachtel & Mellin, über die im „Grundstein“ schon berichtet wurde, fanden sich folgende Kaltgestellte in trauriger Harmonie zusammen: Hofbach, Christoffel, Behme und Döbner. Letzterer hat, trotzdem er sonst Wert darauf legte, mit seinen Hamburgern noch niemals Verbindnis getan zu haben, sich in unglücklicher Weise an unserer Bewegung gerächt, indem er der Firma Kaufmännischer zur Verfügung stellte. In welcher Weise bei den Subunternehmern gearbeitet wurde und welchen Vorteil diese aus den Knochen ihrer früheren Kollegen herauszuwickeln verstanden, beweisen folgende Zahlen. Bei den Subunternehmern waren vor der Bewegung circa 140 Kollegen in den Ge-

schäften, die vorher Subunternehmer beschäftigt, nach der Bewegung circa 300 Kollegen beschäftigt, ein Beweis dafür, wie es diese Schöpfung verstanden haben, in ihrer Blütezeit mindestens 60 pzt. der Fliesenleger von der Arbeit auszuschließen. Nach Abschluß der Bewegung wurde einstimmig beschlossen, einen Vertrag nur zustande kommen zu lassen, wenn die Subunternehmer endgültig ausgeschlossen würden. Die beabsichtigte Bewegung bot eine Gewähr für die Durchführung dieses Willens. Als die Agitation zur neuen Lohnbewegung einsetzte, hatten wir den Erfolg, daß ein großer Teil der abgeleiteten Kollegen sich organisierte und andere ihren Verpflichtungen nachkam. Am 15. Oktober wurden unsere Forderungen dem Zweigvereinsvorstande zur Weitergabe an den Hauptvorstand unterbreitet, um die Lohnbewegung anzumelden. Am 2. Dezember wurden die Unternehmer zu Verhandlungen aufgefordert; es bedurfte aber einer nachmaligen Aufforderung, die dazu dahin beantwortet wurde, daß am 31. Dezember Verhandlungen stattfinden. Diese waren nur von kurzer Dauer und führten dazu, daß der Vertrag bis zum 15. Januar verlängert wurde, an welchem Tage dann wieder Verhandlungen stattfanden. Inzwischen überfanden uns die Unternehmer ihre Verschläge. Der Lohnstarif war eine Abschrift des über bekannten Mustervertrages, und der Akkordtarif strebte die ebenfalls über bekannten Hamburger Verhältnisse an. Unter andern sollten wir für eine geringe Entschädigung (25 % für das Quadratmeter) den Hilfsarbeiter selbst bezahlen, was darauf hinauslief, die Hilfsarbeiter auf 75 pzt. aus dem Berufe auszuschließen. Eine überaus gut besuchte öffentliche Versammlung erklärte die Vorlage für nicht diskutabel und verlangte Verhandlungen auf der Grundlage des alten Vertrages in Verbindung mit unsern Forderungen. In der Verhandlung am 15. Januar forderten die Unternehmer einen fünfjährigen Vertrag ohne jede Lohnhöhung. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen erklärten sie, für das erste Jahr (1910) unter keinen Umständen einer Lohnhöhung zustimmen zu können, selbst wenn sie wollten. Sie ständen mit dem Arbeitgeberverband für das Bauverbe in Kartellverhältnis und wären hierdurch gebunden. Die Lohnfrage wurde zurückgestellt und vorerst andere Fragen erledigt. Das Gesamtergebnis der Verhandlungen am 15. Januar war ein dreijähriger Vertrag (bis 31. Dezember 1912). Neu in den Vertrag aufgenommen wurde das Wort „geübte“ Fliesenleger; der Lohn beträgt 90 % pro Stunde. Sonst abends wird bis 4 Uhr gearbeitet. Für Arbeiten, die zwischen dem Radius Spittelmarkt-Blüppfstraße und der Ringbahn liegen, wird eine Viertelstunde vergütet, wenn am Sonnabend bis 4 Uhr gearbeitet wird; vor früher zu arbeiten aufhört, dem wird eine Stunde vom Lohn in Abzug gebracht. Für Junggefehlen werden 80 % pro Stunde gezahlt; bei altersschwachen und invaliden Kollegen unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird ausgeschlossen; bei Materialmangel und beim Ausgehen wegen Witterungsverhältnisse usw. kann kein Lohn beansprucht werden. Das Agitieren während der Arbeitszeit ist verboten. Das Zusammenarbeiten mit Anders- oder Nichtorganisierten darf nicht bestanden werden. Fremden ist der Zutritt zur Arbeitsstelle ohne Genehmigung des Unternehmers verboten. Wie Differenzen tritt die Interkommission, bestehend aus je einem Arbeiter und einem Unternehmer, in Funktion. Für das Jahr 1911 tritt von 1. April an eine Zulage von 3 % für die Stunde in Kraft. Erreichen die Arbeiter für das Jahr 1910 eine Lohnhöhung, so verpflichten sich die Unternehmer, diese auch den Fliesenlegern in gleicher Höhe schon für dieses Jahr zu zahlen. Beim Akkordtarif tritt eine Änderung in Kraft, die besagt, daß für Räume, die größer als 20 qm sind, 80 % für das Meter Fußboden gezahlt. In einer acht Tage später stattfindenden Sitzung sollte dann noch ausschließlich die Subunternehmerfrage geregelt werden. Eine Versammlung beauftragte die Kommission, unter allen Umständen schon für dieses Jahr eine Lohnhöhung zu fordern; bei der Verhandlung gaben die Unternehmer zu bedenken, daß Subunternehmer nicht beschäftigt werden dürfen. Der Berichterstatter sagte hierbei, daß die Kommission und speziell ihm persönlich harte Beweise gemacht worden seien, weil der Vertrag in seiner oben skizzierten Gestalt zur Annahme empfohlen und alles getan worden sei, um die Versammlung zur Annahme des Vertrages zu bewegen. Nehner erklärte, daß auch die und der Kommission dieser Vertrag nicht gefalle; wie die Dinge aber lagen, sei nicht mehr zu erreichen gewesen. Außerdem habe ein Umstand mitgepreden, der ausschlaggebend für die Empfehlung der Annahme des Vertrages gewesen sei. Hierbei wurde Nehner durch erregte Zurufe aufgefordert, diesen Umstand zu nennen; er sagte dies aber mit dem Hinweis auf die Anwesenheit des Zweigvereinsvorsitzenden, der jedenfalls Auskunft darüber geben werde, ab. Er gab kurz noch einige Zahlen, die die Wichtigkeit des Vorstandes ausweisen, bekannt. Davon ist von Bedeutung, daß die Zahl der Mitglieder 24 beträgt. Am Schluß seiner Ausführungen meinte Waldheim, es sei bedauerlich, wenn es so weit gekommen sei, daß er, der er glaube, in den letzten zwei Jahren voll seine Schuldigkeit getan zu haben, sowie andere Vorstandmitglieder als Vertreter an der Arbeitertage öffentlich, sogar auf den Bahnhöfen, angegriffen werden. In der folgenden Debatte wurde auf den Jahresbericht nur insoweit eingegangen, als er den Tarifabschluß betrifft. Hierbei kam zur Sprache, daß die Annahme des Vertrages unter allen Umständen nur aus dem Grunde empfohlen wurde, weil der Hauptvorstand in letzter Minute die Streikgenehmigung verweigert habe, obwohl alle Vorbedingungen des Streikreglements erfüllt waren. Wenn man die Gründe, die den Hauptvorstand dazu bewegen haben, die Genehmigung zu verweigern, auch anerkennen wollte, so behaupte das, was getan wurde, doch eine Nichtachtung ohnehin, wenn man behaupte, daß eine andere Kartell hätte eingeschlagen werden können, wenn man rechtzeitig die Pflicht des Hauptvorstandes erfahren hätte. In den schärfsten Ausdrücken wurde die Handlungsweise des Hauptvorstandes verurteilt. Kollege Hanke vom Zweigvereinsvorstand suchte

den Hauptvorstand in seiner Maßnahme und gegenüber zu rechtfertigen. Folgende Resolution gelangte, nachdem in der Diskussion ihre schärfere Fassung gewünscht worden war, zur einstimmigen Annahme: „Die am 18. Februar tagende Generalversammlung der Sektion der Fliesenleger nimmt Kenntnis von der Handlungsweise des Hauptvorstandes, der der Sektion der Berliner Fliesenleger die Genehmigung zum Streik verweigert hat und dem Vorstand der Sektion erst einige Stunden vor der Versammlung den abweichenden Beschluß mitbrachte. In diesem Verhalten des Hauptvorstandes erklären die Fliesenleger der Sektion eine Agitation ihres Rechtes als Mitglieder des Verbandes und sprechen dem Hauptvorstande für diese Handlungsweise ihren schärfsten Tadel aus. Sie erwarten, daß sich solches in Zukunft nicht wiederholt.“ (Die Berliner Fliesenleger scheinen über die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder und des Vorstandes nicht genau informiert zu sein, sonst könnten sie die vorstehende Resolution nicht beschließen haben. Wenn man ganz abgesehen von dem formellen Rechte des Hauptvorstandes, so erforderte aber im vorliegenden Falle seine Pflicht gebieterisch die Verfassung der Streikgenehmigung. Wenn der Vorstand diesen Beschluß erst in letzter Stunde an die zuständige Stelle in Berlin richtete, so hat auch das seinen guten Grund. Die Red. d. „Grundstein“.)

**Isolierer und Steinholzleger.**  
**Frankfurt a. M.** Am 26. Februar fand im Lokale von F. Garter, Ludwigsland 2, eine gute besuchte Versammlung der Isolierer statt. Nach Eröffnung der Versammlung wurden zunächst die ohne Entschädigung fehlenden Kollegen bekanntgegeben. Da es die eigenartigen Verhältnisse in unserem Berufe mit sich bringen, daß sehr viele Mitglieder oft monatelang vom Orte ihrer Niederlassung fernbleiben müssen, wodurch sich große Liebeslöhne ergeben, indem diese Kollegen die Fällung mit den übrigen Kollegen beizutragen und zuletzt die Organisation vernachlässigen, wurde auf Antrag des Kollegen Thoma ein Beschluß gefaßt, der es jedem Mitglied zur unbedingten Pflicht macht, mit dem Vorstande stets in schriftlichem Verkehr zu bleiben, damit dieser weiß, wo die Kollegen sind und aus welchem Grunde sie nicht an der Versammlung teilnehmen können. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: erster Vorsitzender Thoma, zweiter A. Müller, erster Schriftleiter S. Gert, zweiter A. Weid, Kassierer P. Neul. Neujahrs-Geld und W. Müller. Ferner wurde beschlossen, den wöchentlichen Beitrag um 5 % zu erhöhen, und zwar rückwirkend vom 1. Januar 1910 an. Die nächste Generalversammlung findet am 28. März, nachmittags 3 Uhr, statt, so daß auch das jetzt auf Montage arbeitenden Kollegen Gelegenheit gegeben ist, an der Versammlung teilzunehmen.

**Internationale Maurerbewegung.**  
**Schweiz.**  
Unbank ist der Welt Lohn! Die Wahrheit dieses Sprichwortes bekennen die Baumeister in Winterthur gegenwärtig besonders stark zu fühlen. Die paar Streikbrecher, die sie mit großem Aufwand an Geld und Zeit da und dort vor Bortpfegelung falscher Tatsachen auftreten konnten und überwinterten, um mit dieser Patriotenarbeit im Frühling die Streikenden zu bezügel, nehmten nun trotz der Einlassungsverluste der „Bäcker in Christo“ von den Baumeistern Abschied. Zweck machen die Streikbrecher gewöhnlich ein paar Tage blau und verursachen Stände auf den Bauten, bei denen gelegentlich die Maurerhammer und Pfasterellen nur so in der Luft herumfliegen, oder sie verprügeln, wie dies in letzter Zeit öfters vorgekommen ist. Wirte, die ihnen keinen Kredit mehr gewähren. Die profitwilligen Baumeister geben den Streikbrechern trotz der Judasrolle, die ihnen zugebracht ist, nicht einmal so viel Lohn, daß diese auch nur ein halbwegs menschenwürdiges Dasein kriechen können. Was man sich da wundert, wenn diesen bedauernswerten Opfern kapitalistischer Ausbeutungslust alle Raster der Unterdrückten und Unfreien anhaften und diese dem Alkoholen in die Arme fallen, mußte Trübsalgele veranlassen und so die Bevölkerung in länderige Aufregung versetzen? Die Streikbrecher laufen in ihrer Mehrzahl in geklumpten Kleidern oder in betrunkenem Zustand auf den Straßen Winterthurs herum. Die trostlose Wirtschaftslage, in der sie sich befinden, wird glänzend illustriert durch die Tatsache, daß kirchlich eine Anzahl Betten von Streikbrechern der Firma Locher & Co. verbrannt werden mußten, weil sie voll Käse und Ungeziefer waren. Als die Flammen emporschoß, glaubten die Bewohner der betreffenden Gegend, es werde das Fest der Sonnenwende gefeiert, nachträglich stellte es sich heraus, daß der Hygiene ein Opfer dargebracht wurde. Man ersieht hieraus, wie sehr die profitwilligen Unternehmer um das leibliche und geistige Wohl der Arbeiterklasse in der sogenannten freien Alpenrepublik besorgt sind. Einem Teile der Streikbrecher gehen aber gerade dadurch die Augen auf, sie wollen sich nicht mehr länger von den Baumeistern und ihren Trabanten mißbrauchen lassen und verlassen deshalb diese. Die Hoffnung, die Streikenden diesen Winter auszuhalten zu können, ist an der internationalen Arbeiterkollektivität ebenfalls gescheitert. Der Schaden, den die Baumeister erleiden, ist groß, eine Baufirma hat bereits ihre Zahlungen eingestellt, der Pleitegeier holt diese also trotz der „Solidarität“ des Schweizerischen Baumeisterverbandes. Bezug von Bauarbeitern ist nach wie vor ferngehalten.

**Nordamerika.**  
Es scheint doch, als wenn sich unser Briefschreiber aus San Francisco stark geirrt hätte. Nachdem erst Kollege C. B. in sehr sachkundigen Ausführungen dagegen polemisiert hat, wird uns jetzt von einem Freunde ein Brief eines deutschen Bauers aus Chicago zur Verfügung gestellt, der ebenfalls der Schilderung des ersten Briefschreibers entgegentritt. Allerdings nur in Bezug auf die dort behauptete Arbeitslosigkeit; im übrigen ist sein Urteil über die amerikanischen Gewerkschaften ebenfalls hart absprechend. Er schreibt unter anderem: „Zwischen den deutschen und amerikanischen Gewerkschaften besteht ein gewaltiger Unterschied. Während die deutschen

mit der Sozialdemokratie Hand in Hand gehen, ist es hier gerade umgekehrt; die Verwaltungen gehen bei jeder Wahl noch immer die Parole aus, für einen Anhänger der Arbeiterpartei zu stimmen. Es gibt wohl viele Kollegen, die damit nicht zufrieden sind, aber sie sind in der Minorität und können nichts ausrichten. Der Beitrag beträgt hier in Chicago 2½ Dollar für drei Monate (also etwa 75 % der Woche) und fallen werden 100 Dollar (M. 425) Sterbegeld gezahlt. Nach dem Statut soll auch eine Unterstützung in Krankheitsfällen gewährt werden, d. h. in den Fällen, wo einer bei der Arbeit krank wird; aber wenn der Kassenbestand niedrig ist, so gibt es diese Unterstützung nicht" (sie ist eine fakultative, örtliche Einrichtung). Der Verfasser macht dann bittere Bemerkungen über die Verwaltung der Gewerkschaften, er bezweifelt die Redlichkeit der Beamten; wir gehen darüber hinweg, da der Briefschreiber selbst anscheinend nichts Sicheres weiß. Ueber die Arbeitsleistung schreibt er: "Da muß dem Kollegen in St. Francisco ein Irrtum unterlaufen sein; er muß die Steine von beiden Seiten gegafft haben. Ich war selbst noch nicht in St. Francisco, habe aber von Kollegen, die jetzt dort gearbeitet haben, erfahren, daß die Arbeitsweise dort etwas schärfer ist als im übrigen Amerika, aber über eine Tagesleistung von 2000 Steinen kommt dort sicherlich keiner. Ich habe, nachdem ich von jenem Brief erfahren hatte, auf meiner Arbeitsstelle Beobachtungen gemacht und habe dabei eine Tagesleistung von 1060 Steinen ermittelt. Man kann aber auch diese Leistung nicht mit eurer vergleichen, denn die Arbeitsweise ist hier doch anders. Den Arbeitern braucht man nicht aufzuarbeiten, die Fensterzerren werden von Zimmerern ausgeführt, man braucht die Fensterzerren nicht zu loten, die Steine werden gut zur Hand gefehrt; es ist also nur die halbe Arbeit. Der Lohn ist Einheitslohn; wer für einen geringeren Lohn arbeitet, wird aus der Union ausgeschlossen. Aber die Schutzvorrichtung ist es allerdings schlecht bestellt; denn in Amerika gibt man nicht viel auf ein Menschenleben. Ueber die Firmenabdeckung ist sehr gut und die Gerüste werden nicht überlastet. Die Baubuden sind nur klein; sie bieten nur der Garderobe und dem Geschirr Platz. An größeren Bauten hat man auch Aborte und Verbandmaterial, aber nicht überall. Der Willfür der Unternehmer sind wir hier nicht mehr ausgeföhrt als in anderen Ländern mit guter Organisation. Ueber die Lebensmittel ist zu sagen, daß hier im allgemeinen nichts teurer, eher noch billiger ist als in Deutschland. Es kostet z. B. 1 kg Zucker (in deutscher Wägung) nach den Angaben übertragen) 47 ¢, 1 kg Weizenmehl 30 ¢, 1 kg Butter 30 ¢, Meis 80 ¢, 1 kg Ochsenfleisch 68 bis 102 ¢, Rindfleisch 110 ¢, Schafbratenfleisch 150 ¢, Schweinefleisch je nach der Güte 100 bis 130 ¢, Rindfleisch 136 bis 152 ¢, Salz 13 ¢, Kaffee 64 bis 80 ¢, Milch, das Liter 28 ¢, Hartkase pro Liter 170 ¢, Karoloffen pro Liter 8 ¢. Das sind die Preise, die wir im Steineinfuhr haben."

Zur Vervollständigung unserer Kenntnis von den Arbeits- und Existenzbedingungen unserer amerikanischen Berufs-Kollegen wird auch dieser Brief geeignet sein.

### Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 27. Februar bis 5. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Midford M. 1500, Sandburg 500, Oranienburg 400, Wittenberg 300, Berlin 300, Ludenwalde 150, Neuzelle 140, Oberkro 100, Frankfurt a. d. O. 100, Schierlein 50. Summa M. 3540.

Zusätzlich erhielten: Mel. A. 500, Danzig 300, Heidelberg 200, Wittenberg 200, Schramberg 200, Senzab 100, Wombach 100, Gurgaben 100, Priester 190, Niederbreisig 60, Wiesbaden 50, Sagen 50, Mäurer (Oberland) 50. Summa M. 2010.

Altona, 5. März 1910.  
Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Vereinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

**Altona.** Am Samstagsmorgen, wo gegenwärtig über der Wandelhalle vor den Bahnhöfen ein neues Dach hergestellt wird, stürzte am 4. März durch den Bruch eines Balkens eines der Gerüste mit fünf darauf befindlichen Leuten 20 m hoch auf den steinernen Fußboden ab, wobei die Abgesicherten schwer verletzt wurden. Wäre die Stelle unter dem Gerüst für Passagiere nicht gesperrt gewesen, so wäre das Unglück noch viel größer geworden.

**Wraunschweig.** Am Neubau der Mäurer Mühle stürzte am 28. Februar der Vorarbeiter Wille aus Lüdtringen und der Bauarbeiter Terpe aus Wraunschweig, letzterer Vater von vier Kindern, aus der dritten Etage im Fachlufthochhaus herunter, weil ein mit Steinen beladener eiserner Transportstapel zu stark auf das Durchloß (ein Kammsloß von 12 cm) auftrieb, das dadurch brach. Beide erlitten schwere Verletzungen, Terpe derartige, daß er am andern Tage starb. Die Berufsgenossenschaft, die nach Aussage des ersten Politers sofort Kenntnis von dem Unfall erhalten hatte, hielt es nicht für nötig, innerhalb der nächsten drei Tage einen Beamten zur Untersuchung an die Unfallstelle zu schicken. Nach fast drei Tagen hat ein Gendarmer den Totbestand aufgenommen.

**Burg b. Magdeburg.** Am 4. März stürzte der 39 Jahre alte Schornsteinfeger Wilhelm Förs aus Wraunschweig, der den Dampfboiler einer Fabrik ausbessern wollte, ab. Als er den Schornstein eben besetzen hatte, löste sich ein Teil des Schornsteinkopfes und riß den Unglücklichen mit in die Tiefe. Er erlitt einen mehrmaligen Verdrück und durch die nachstürzenden Steineinnfall wurde ihm das Genick gebrochen, so daß der Tod sofort eintrat. Förs hinterläßt eine Frau mit drei Kindern.

**Samburg.** Der Abbrucharbeiter Kapfisch stürzte am 2. März an der Ecke Spalburgstraße und Heidenkampsweg von einem Abbruchgebäude aus in eine im angrenzenden Kanal liegende Schute und trug schwere Verletzungen davon.

Er wurde in bestimmungslosen Zustände nach dem St. Georgs Krankenhaus gebracht.

**Soden.** Am Neubau der Unternehrer Chr. Buchardt und Heinrich Gerlein an der Rosenstraße stürzte am 2. März aus der Höhe von 14 m der beim Bauen beschäftigte Maurer Heinrich Wändel ab. Er erlitt schwere Verletzungen und wurde mit dem Sanitätswagen nach seiner Wohnung befördert. Der Unfall entstand dadurch, daß ein Querbalken brach und auch die Brustwehr löste.

**Wolgast.** Am Neubau des Unternehmers Jacob Peters brach das Gerüst, wodurch der Maurer Wilhelm Martin so unglücklich abstürzte, daß er nach zwei Tagen starb. Der Maurer Wähl hielt sich an der Wand und blieb dort hängen, so daß er mit dem Schrecken davon kam. Es fehlt hier immer noch an Schutzbordungen.

#### \* Die Strohblechkatastrophe in Görtzig vor Gericht.

Am 9. Mai 1908 stürzte in Görtzig das aus Beton und einer Eisenkonstruktion bestehende Dach der fast vollendeten Stadthalle in sich zusammen, wobei fünf Stukfaktoren und Arbeiter den Tod fanden, während drei schwer und acht weitere leicht verletzt wurden. Das Zementdach ruhte auf den den Festsaal umflossenden 22,5 m breiten und insgesamt 49,5 m langen Umfassungsmauern, in denen sich große Fensteröffnungen befanden. Zur Zeit des Einsturzes arbeiteten gegen 20 Stukfaktoren auf Leitergerüsten im Saale und etwa 40 Maurer und Bauarbeiter in den inneren Nebenräumen. Der obere Teil der einen Mauer, soweit er stehen blieb, war so erschüttert und gerissen, daß er aus sicherheitspolizeilichen Gründen von den Bauinsurern niedergelassen werden mußte. Nach dem Einsturz wurden der Erbauer der Stadthalle, Architekt Bernhart Schering in Charlottenburg, sowie sein Vertreter, der leitende Bauinsur Karl N. A. m. a. n. n. in Hof genommen, und Stellung einer Kaution oder wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch der Fabrikant der eisernen Dachkonstruktion, Paul Martini in Söbau, der später ebenfalls in Hof genommen worden war, wurde gegen Stellung einer Kaution wieder freigelassen.

In Laufe der Untersuchung wurde das Straferfahren gegen den Baumeister Schering eingeleitet, weil sich der Staatsanwalt selbst von seiner Unschuld überzeugt hatte. Gegen N. A. m. a. n. n. und Martini dagegen wurde Anklage erhoben, die vom 23. Februar bis 2. März vor dem Schöffengericht in Görtzig zur Verhandlung kam. Dem Angeklagten Martini wurde zur Last gelegt, gegen die allgemein anerkannten Bauregeln verstoßen zu haben, daß daraus Gefahren für andere entstanden seien. Weiden Angeklagten wurde vorgeworfen, durch ihre Fahrlässigkeit die Körperverletzung und den Tod von Menschen herbeigeführt zu haben. Nach während der Verhandlung an der 100 Zeugen und Sachverständige teilnehmend, ließ der Staatsanwalt auch gegen N. A. m. a. n. n. die Anklage fallen, weil nach den Auslagen der meisten Sachverständigen Mängel der Dachkonstruktion die Ursache des Einsturzes waren. Als Fehler wurde bezeichnet, daß die Knotenlöcher der Dachkonstruktion keine Verriegelung hatten. Die Sachverständigen sprachen der Baupolizei die Hauptschuld zu. Diese hätte bei der Nachprüfung den Fehler bemerken müssen. Das dies nicht bemerkt wurde, sei, so sagte ein Sachverständiger, ein Zeichen ungenügender Überlässigkeit. Bezeichnend ist folgende Stelle in den Akten des Stadtsanitätsrats Mel, der als solcher auch Baupolizeibeamter war: Eine Prüfung erübrig ist, da der Baueinrichter die Anklage gegen den Staatsanwalt gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Baupolizei Schuld an dem Tode der Arbeiter trage. Das Urteil des Gerichts lautete gegen Martini auf drei Monate Gefängnis. N. A. m. a. n. n. wurde freigesprochen.

#### \* Ueber die Lage im Baugewerbe schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ am 11. März:

Im Hinblick auf die noch immer nicht beigelegten Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern verharzt das Baugewerbe in auffälliger Zurückhaltung. Die Unternehmungslust wagt sich wenig hervor. Die Weibung, die das Herannahen der Frühjahrssaison sonst bringt, macht sich nur schwach bemerkbar; nur wenige größere Neugründungen resp. Kapitalerhöhungen sind zu registrieren. Vordringlich wird erst eine Entscheidung abgewartet, ehe auf weiter hinaus die Unternehmungslust sich beigtigt. Es wurden im Februar d. J. nur 2,8 Millionen Mark in Untenehmlichkeiten und Gesellschaften m. b. H., die dem Baugewerbe zugehören, neu investiert, gegen 7,1 Millionen im Vorjahr und 8,6 Millionen im Februar 1908. Auch die Aufträge auf Lieferung von Baumaterialien werden zurückgehalten, um während einer eventuellen Stöckung nicht mit den Zahlungen in Unlegenheit zu kommen. Denn die Baumeister in eigentlichen Sinne, seien es nun Baugesellschafter, Unternehmer oder auch Privatleute, müssen damit rechnen, daß sich die Fertigstellung und die Vereinigung der Neubauten durch eine Arbeitsruhe erheblich verzögern, während andererseits die Baumaterialien, ihre vereinbarte Bezahlung erfordern. Durch besondere Abmachungen, Streikmaßnahmen usw. wird doch immerhin ein Teil der Baumeisternehmer gedeckt, und dies geschieht auch nur in der Weise, daß der eventuelle Schaden von dem einen Teil der Kontrahenten möglichst auf den anderen abgewälzt wird. Nicht zuletzt macht sich endlich am Arbeitsmarkt im Baugewerbe eine Einwirkung der Tarifverhältnisse bemerkbar. Bei derartig günstigen Wetter und solcher Geldfülligkeit, wie sie in diesem Jahre besteht, wäre schon eine stärkere Weibung der Bauwirtschaft zu erwarten gewesen. So aber ist die Beschäftigung noch nicht belet genug und nur vereinzelt bemerkt man schon eine höhere Tätigkeit. Im Januar ist sogar eine sätzliche Ermattung selbst gegen 1909 eingetreten. Der Andrang am Arbeitsmarkt betrug nämlich im Vergleichsmonat des Jahres 1908, 1907 und 1906. Es kamen demnach im Januar dieses Jahres auf je 100 offene Stellen durchschnittlich rund 280 mehr Arbeitsuchende als 1906. In den verschiedenen Berufsarten des Baugewerbes gestaltete sich das Verhältnis von Angebot- und Nachfrage wie folgt:

	1909	1910
Maurer, Pauer usw.	322,4	477,2
Zimmerer, Treppenzimmerer usw.	504,4	384,9
Maler, Anstreicher	799,8	986,9
Gleiser aller Art.	474,1	295,0
Uebliche einschlägige Berufe.	359,8	342,0
Bauartgelföhner, Erdbarbeiter	257,1	225,0

Bei den Maurern und Malern war die Verschlechterung der Arbeitsbedingung gegenüber dem Vorjahre so groß, daß die Weibung in anderen Berufsarten dahinter verschwand. Von den verschiedenen Landesteilen weisen insbesondere Ostpreußen, Posen, Provinz Sachsen, Hannover, sodann das Großherzogtum Hessen, Braunschweig, Bremen, Sandburg und Glatz-Bohmen eine fast durchweg sehr starke Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre auf. Von den Landesstellen, in denen der Andrang hinter dem vorjährigen zurückblieb, sind vornehmlich in Berlin, das sörige Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein, Rheinland-Westfalen, Hessen-Nassau, ferner die Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg, Baden und Württemberg zu nennen. In Berlin kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 274,8 Arbeitsuchende gegen 336,5 im Vorjahre, in Schlesien 336,8 gegen 390,5, in Westfalen 746,4 gegen 1079,6, in Rheinland 389,2 gegen 417,8 und im Königreich Sachsen 752,9 gegen 935,9.

### Die Bautätigkeit im Jahre 1909.

#### Gau Breslau.

Wenn der Gau Breslau, mit Ausnahme des Vorortes Breslau selbst, von der wirtschaftlichen Krise nicht allzu stark mitgenommen wurde, so ist dafür aber auch im verflochtenen Jahre von einem Aufschwung nicht viel zu merken gewesen. Mittelmäßige Bautätigkeit war vorhanden im Badenburger Kohlenrevier, in Bries, Freiburg, Bissa, Militsch, Reife, Neumarkt, Neurobe, Oppeln, Neidenbach, Schweidnitz und Trebnitz, während man nur in Kreuzburg-Pitschen, Dels, Schemau und Striegau von einer guten Arbeitsbedingung sprechen kann. Direkt schiebt war die Konjunktur in Gotschesberg, Langenbissau, Ohlau, Kamnitz und Striegau. Im sordwestlichen Teile des Gaues herrschte in der ersten Hälfte des Jahres ebenfalls Arbeitslosigkeit, in der zweiten Hälfte trat eine Wendung zum Besseren ein. In Breslau waren im Durchschnitt 1600 bis 1800 Kollegen beschäftigt, das sind etwa 400 bis 500 mehr als im Jahre 1908, aber immer noch weniger als zu normalen Zeiten, wo gegen 2600 Maurer in Breslau arbeiteten. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ging hier von 6037 auf 6089 zurück, in Prozenten ausgedrückt von 4,6 auf 3,8. Wenn man auch von einer Wohnungsnot nicht reden kann, so ist doch bereits ein recht sühlpbarer Mangel an Zweigimnerwohnungen vorhanden. Die Weibungsummenge betrug im Jahre 1909 8356 Personen, was einen Mehrbedarf von circa 2200 Wohnungen bedingt. Da aber nur circa 1200 neue Wohnungen hinzugekommen sind, so steht zu erwarten, daß in der nächsten Zeit etwas leichter gebaut werden wird. Eine offensbare Wohnungsnot ist in Schemau, Dels, Oppeln und Döromo vorhanden, während in Gotschesberg und Langenbissau durch den Abzug Hunderte von Familien nach dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier viele Wohnungen leer stehen. Die Aussichten für die Zukunft sind im allgemeinen nicht sühlich, jedoch fällt man mit der Inangriffnahme neuer Bauobjekte aus leicht ersichtlichen Gründen zurück.

#### Gau Dresden.

Schlecht war im Frühjahr die Bautätigkeit in den Gebieten Söhländ, Neutritz und Nossen, mittelmäßig in Altendberg, Dresden, Lauenstein, Königstein, Meissen, Neustadt, Pirna, Schandau, Stolpen und Söbta, gut in Freiberg, Großenhain, Wilschdorf, Dippoldiswarde, Großschönau, Königshain, Ramers, Radeberg, Radeburg, Riesa, Sebnitz und Wilsdruff. Fast im ganzen Gaugebiet war im Frühjahr die Bautätigkeit besser als im vorausgegangenem Jahre, eine Ausnahme davon bilden die Gebiete Neutritz-Söhländ, Neustadt, Lauenstein, Königstein, Schandau. Im Herbst stante die Bautätigkeit, wie dies in den ländlichen Gebieten fast immer der Fall ist, ab, und zwar in den Gebieten Großenhain, Freiberg, Ramers, Lauenstein, Ronnau, Neustadt, Meissen, Pirna und Sebnitz. Dagegen wurde sie im Herbst lebhafter in den Bezirken Wilschdorf, Söhländ, Königstein-Schandau, Nossen, Pulsnitz und Söhländ. Eine Besserung gegen das Jahr 1908 wies die Herbstkonjunktur auf in den Bezirken Dresden, Freiberg, Wilschdorf, Söhländ, Nossen, Radeberg, Radeburg, Riesa und Söhländ. Im August 1909, also im Hochsommer, wurden im Gau Dresden 6547 Maurer gezählt, gegenüber 6168 in der gleichen Zeit des Jahres 1908. Das sind rund 1400 oder 26 pZt. mehr. Von dieser Zunahme kommen auf die Stadt Dresden allein rund 700 mehr beschäftigte Maurer. Im Jahre 1905 wurden im Gau Dresden 5758 Maurer gezählt, also ebenfalls weniger als 1909. Diese Zahlen können natürlich nur als Vergleichszahlen angesehen werden; aber als solche können sie dienen, weil stets dieselbe Methode angewandt wurde. Tatsächlich sind stets mehr Maurer beschäftigt gewesen als gezählt wurden, weil niemals alle beschäftigten Maurer bei diesen Zählungen aufgefunden werden.

Ueber die Aussichten im Jahre 1910 kann man nur mit allen Vorbehalten reden. Wenn man die verschiedenen Einflüsse berücksichtigt, die die Bautätigkeit hemmen oder beleben, so muß man auf die Lieberzeugung kommen, daß die Bautätigkeit 1910 zum mindesten nicht schlechter werden wird als sie im Berichtsjahre war. Das Geld ist wieder leichter zu bekommen als 1908, obgleich in Dresden selbst immer noch der Baufrack von 1900 wie ein Alp auf dem ganzen Baugewerbe lastet. Zu dieser Geldfülligkeit kommt hinzu, daß in mehreren Orten die Zahl der leerstehenden Wohnungen recht niedrig ist. In Nossen be müßt sich sogar der Bürgermeister, eine Baugenossenschaft ins Leben zu rufen, um der Wohnungsnot zu steuern. In Riesa sind zwei große Fabriken gebaut, die Leute haben müssen, denen es schwer fallen wird, Wohnungen zu bekommen. In Miesitz, Freiberg und Sebnitz fehlt es auch hauptsächlich an kleinen Wohnungen. In Dresden selbst haben es sich Rat und Stadtbekanntem angelegen sein lassen, die an und für sich schon schwache Baukraft durch ihre Maßnahmen noch zu heumen, so daß wir nun bereits von Wohnungsnot sprechen können. Leerstehende Wohnungen wurden gezählt an:

12. Oktober 1904	9605	= 7,58 pZt.
12. " 1905	9135	= 7,08
12. " 1906	7842	= 5,79
12. " 1907	6179	= 3,80
12. " 1908	6517	= 2,57
12. " 1909	2648	= 1,92

Die Hauswirte haben sich dies bereits zu nuge gemacht und haben die Mieten gehöhert. Je mehr Nachfrage nach Wohnungen ist, desto mehr werden die Hausbesitzer ihre Schwächen ins Erdre-bringen, aber um so mehr muß dann auch die Baukraft angeregt werden. Es fragt sich nun, ob das Geld

zur Sicherung der Bauvorhaben vorläufig einen schätzenden Einblick auf die Entwicklung der Bautätigkeit ausüben wird. Gegenwärtig streitet man sich in Dresden über das, ob der Teil 9 in Dresden-Gesefeldern erhalten soll oder nicht. Wenn aber erst das Großprofil die Gemisheit hat, daß auf dem Baumarkt Geld zu verdienen ist, dann wird auch dies Gegend für Hindernis bilden. Bereits im Jahre 1909 sollte in allen Häusern die Wasserleitung der Aborte durchgeführt sein. Das ist aber noch nicht geschehen; so daß der Erdwinter auf den 21. Dezember 1912 verfallen ist. Man wird nun aber jedenfalls keinen Aufschwung beim Rat wieder durchsetzen können, so daß man damit nun etwas schneller arbeiten muß, wodurch auch etwas Arbeit geschaffen wird. Es sprechen also mehrere Anzeichen dafür, daß wir im Jahre 1910 eine ebenbürtige, wenn nicht eine bessere Bautätigkeit zu erwarten haben, als im abgelaufenen Jahre.

**Gau Erfurt.**

In unserem Gau kann man kaum von einer bemerkenswerten Besserung der Bautätigkeit reden. Wohl haben wir den Tiefstand überwunden, aber von einem Aufwärts ist bisher sehr wenig zu spüren. Die Zertils-, Porzellan- und Spielwarenindustrie hat zwar hier und da über einen leisen Aufschwung berichten können, aber für das Baugewerbe war der Tisch noch nicht wieder gedeckt. Die Bautätigkeit begann infolge des ungewöhnlich langen Winters erst in der zweiten Hälfte des März. Man kann sie als mittelmäßig für das ganze Jahr bezeichnen. Ueber eine gute Bautätigkeit konnten von 55 Vereinen berichten; im I. Quartal 13, im II. Quartal 14, im III. Quartal fünf und im IV. Quartal acht. Uns unterer vierteljährlicher Statistik geht hervor, daß der Beschäftigungsgrad an den einzelnen Orten nicht erheblich über den des Jahres 1908 stand. Im dritten Quartal schon wurde allgemein ein starker Rückgang der Beschäftigungsziffer beobachtet. Der Prozentsatz der Arbeitslosen erhöhte sich von 8,10 im Juni auf 7,97 im September. Die Bautätigkeit war zum größten Teil privater Natur und erstreckte sich vorwiegend auf den Bau von Wohnhäusern oder auf Umbauten, die ziemlich zahlreich vorgenommen wurden! Zu den Vereinen, die das ganze Jahr über eine gute Konjunktur berichten konnten, gehörten Jena, Coburg, Mühlhausen, Neustadt, Weida, Weimar und Böttfisch. In Jena, wo die Bautätigkeit auch im Jahre 1908 reger war, wurde auch im Berichtsjahre wieder lebhaft gebaut, namentlich Wohnhäuser und Villen. In Coburg waren es die Sanftkation der Stadt und der große Umbau der Feste Coburg, die den Arbeitsmarkt günstig beeinflussten. Im Zweigereinsgebiet Böttfisch wurde die gute Arbeitsgelegenheit geschaffen durch die Anlage eines Ertragsleistungslagers bei Ohrdruff. Von den anderen größeren Vereinen hatte Erfurt eine etwas höhere Beschäftigungsziffer als im Jahre 1908. Die Errichtung einer neuen Kanalarbeiterkammer besetzte zeitweilig die Arbeitsgelegenheit. Der Wohnungsbau war hier matt, weil er größtenteils in den Händen der Spekulanten liegt und der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen geringer ist. Durch den Umbau der Bahnhalle Erfurt-Neudorf in eine viergleisige Strecke, die zahlreiche Vorbereitungen der Ober- und Unterführungen nötig machte, wurde einige Arbeitsgelegenheit geboten. In Gotha und Eisenach trat eine nur unbedeutende Besserung ein. In Nordhausen ist eine etwas bessere Konjunktur auf die Erbauung von Genossenschaftswohnhäusern und die Errichtung einer Provinzialfließorgankanal zurückzuführen. Im Vereinsgebiet Camburg brachte die Errichtung einer Zementfabrik in Steinung die Arbeitsgelegenheit. Ueber den Wohnungsbau stand im Gaugebiet kaum man keine genauen Angaben machen, da die hiesigen Städte und Dörfer hierüber keine Statistik führen oder sie nicht veröffentlicht. Bei einer Umfrage an die Zweigereinsverbände über den Wohnungsstand wurde nirgends von vielen leerstehenden Wohnungen berichtet. Aus 14 zum Teil größeren Zweigereinsverbänden wurde von einer Wohnungsnote berichtet. In Erfurt, der größten Stadt des Gauces, beträgt der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen 2,12 pZt. Die leerstehenden Wohnungen sind meistens größer; von den Wohnungen mit mehr als zwei heizbaren Räumen (ohne Küche) fanden 2,71 pZt, und von den Wohnungen mit ein bis zwei heizbaren Räumen (ohne Küche) nur 1,68 pZt. Demnach ist für die kommende Zeit eine Vebelung des Wohnungsbauwesens zu erwarten, vorausgesetzt, daß die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage andauert. Dazu kommt im Jahre 1910 eine Anzahl größerer öffentlicher Bauten zur Ausführung. Davon in Erfurt ein Volkshaus, Krankenhaus-erweiterungsbauten, Zentralbühnen- und Schlachthof (drei Millionen Mark); in Rudolstadt ein Rathausneubau; in Arnstadt, Weimar, Meiningen und Weida stehen Schulbauten in Aussicht. In Eisenach ist die Erweiterung des Postgebäudes und der Gasanstalt geplant; in Jena werden Wohnkammerwohnhäuser und städtische Bauten errichtet werden. Auch im preussischen Eisenbahnetat sind größere Summen für Baugewerke für 1910 eingeleitet. In Arnstadt sind eine Straßenummerführung (M. 1500000) in Mühlhausen und Waltershausen Erweiterung der Bahnhöfe je M. 100000; in Meiningen Erbauung einer Hauptwerkstatt (M. 400000); in Gotha Neubau einer Reparaturwerkstatt (M. 100000). Für den auf drei Millionen Mark veranschlagten gänzlichen Umbau des Bahnhofs in Weimar ist die erste Rate eingeleitet. Demnach wird auch die öffentliche Bautätigkeit zweifellos stärker sein als im Berichtsjahre, so daß auf vermehrte Arbeitsgelegenheit gerechnet werden kann.

**Gau Götting.**

Nachdem der langanhaltende strenge Winter sein Ende erreicht hatte, begann überall eine recht rege Bautätigkeit. Bauarbeiten aller Art gelangten zur Ausführung. Diese Tätigkeit so gut einziehende Bautätigkeit im ersten Halbjahre war wohl eine Folge des langen Winters; denn in der Mitte des Sommers trat in mehreren Orten ein erheblicher Rückgang ein, der jedoch nur von kurzer Dauer war. Im Sommer wies die Statistik die Konjunktur so, daß sie mit wenigen Ausnahmen als gut bezeichnet werden konnte. In einigen Fällen konnten mangelnde Arbeitskräfte nicht in genügender Anzahl beschafft werden. Diese Konjunktur hat bis zum Eintritt des Winters angehalten. Selbst jetzt im Winter wird aus einigen Orten die Bautätigkeit noch als mittelmäßig bezeichnet. Am bestverworrensten an dem geteilteren Beschäftigungsgrad des zweiten Halbjahres waren beteiligt die Orte: Bautzen, Bunsau, Bernsdorf, Glogau, Görtitz, Goytau, Jauer, Miegitz, Köbau, Köbenberg, Müllau, Neugersdorf, Briesau, Hirschberg, Renssdorf und Zittau. Wie sich die Bautätigkeit im Jahre 1910 gestalten wird, läßt sich jetzt noch nicht mit Bestimmtheit sagen, aber vermuthlich

wird sie allgemein gut werden. Was jetzt an Ausführung umfangreicher Bauten feststeht, ist die bereits begonnene Anlage eines Brückenwerks an der Eisenbahnstation Wietzitz bei Bernsdorf i. d. B.-S., um etwa 20 Arbeiterwohnhäuser für je zwei bis sechs Familien gebaut werden müssen. Desgleichen ist ein Bergwerk angelegt worden in Böhmen bei Briesau, wo mehr als 20 Familienhäuser gebaut werden sollen. In Köbau, Neugersdorf, Glogau, Köben, Miegitz, Zittau, Sprottau und noch in einigen anderen Orten sind sichere Aussichten auf gute Bautätigkeit vorhanden. In Görtitz macht sich ein Mangel an Wohnungen aller Art bemerkbar. Die Mietpreise werden fast allgemein und zum Teil enorm gehöhert. Ein hier bestehender Bauverein erwirbt im Stadtgebiet hauseigenes Terrain zur Bebauung mit Wohnhäusern. Auf einem größeren Platz mit gartenstadtähnlicher Anlage sollen bis 150 Einfamilienhäuser villenartig gebaut werden, wonit in diesem Jahre der Anfang gemacht werden soll. Ferner müssen in allen Straßen der Stadt, in denen die neue Schwemmkantalkation bereits fertig ist, alle Kanalarbeiterkammer hergestellt werden, an welcher Arbeit die Maurer sehr stark beteiligt sind. In Bernsdorf im Meißengau werden etwa 1000 Arbeiterwohnhäuser niedergelegt und als Umbau für eine Villenkolonie herbeigeführt. Der Anfang zur Bebauung soll sobald wie möglich gemacht werden.

**Gau Leipzig.**

Die Konjunktur war wesentlich besser als im Jahre 1908. Zu einer Anzahl von Städten war die Bautätigkeit sehr gut. Die Zahl der beschäftigten Maurer betrug im Juni 1908 21133, im Monat August 1909 waren jedoch 24900 Maurer in Tätigkeit. In Leipzig waren gegen 5000 Maurer beschäftigt, so daß die bisher höchste Beschäftigungszahl vom Jahre 1904 übertroffen wurde. Die stotie Bautätigkeit in Leipzig hielt aber nicht bis Ende des Jahres an, sondern konnte bereits schon im September wieder etwas ab. Es wurden besonders viel öffentliche Bauten ausgeführt. Die Stadt errichtete ein großes Elektrizitätswerk mit sechs Unterstationen, mehrere Schulen und Verwaltungsgebäude. Die private Bautätigkeit erstreckte sich in der Hauptsache auf Fabrikgebäude und Geschäftshäuser. Der Wohnungsbau zeigte noch keine Vebelung. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen betrug im Jahre 1908 1557, sie verminderte sich im Jahre 1909 auf 1448. Der Prozentsatz der leeren Wohnungen betrug 1908 1,25 pZt., im Jahre 1909 1,18 pZt. In den 26 umliegenden Vorortsgemeinden ist die Situation nicht besser. Hier fanden im Jahre 1908 543 Wohnungen leer; sie verminderten sich im Jahre 1909 auf 514. Für die arbeitende Bevölkerung besteht tatsächlich eine Wohnungsnot. Die Herstellung von Wohnhäusern erfolgte in der Hauptsache von vier gemeinnützigen Baugesellschaften, die ihre Hypotheken von der Landesversicherungsanstalt erhalten und zwar zu 8 pZt. Für Privathypotheken sind für erstklassige Hypotheken 4½ bis 4½ pZt. Zinsen aufzunehmen. Für zweiklassige Hypotheken müssen 5 pZt. Zinsen gezahlt werden. Die Stadt G. e. m. i. g. hatte auch eine gute Bautätigkeit aufzuweisen, die ebenfalls durch eine Anzahl öffentlicher Bauten verursacht wurde. Errichtet wurden Wohnsofobauten, Rathhaus und mehrere Schulgebäude. Die private Bautätigkeit erstreckte sich in der Hauptsache auf den Bau von Fabrikgebäuden und Geschäftshäusern. Die Herstellung von Wohnhäusern löst ebenfalls zu wünschen übrig. Im Jahre 1908 waren 1052 leere Wohnungen vorhanden; sie vermehrten sich im Jahre 1909 auf 1102. Der Prozentsatz der leeren Wohnungen betrug 1908 1,55 und im Jahre 1909 1,57. Seit dem Jahre 1908 hat die Zahl der leeren Wohnungen nun nicht weniger als 607 abgenommen. In Halle herrscht die Wohnungsnot nicht viel schlimmer; hier fehlen Wohnungen für die Arbeiterbevölkerung gänzlich. Die Bautätigkeit war während der Sommermonate gut, konnte aber mit Beginn des Herbstes ab. Errichtet wurden 185 Gebäude, darunter 117 Wohngebäude. Der Prozentsatz der leeren Wohnungen betrug 1908 0,63; im Jahre 1909 hob er sich auf 1,01. Die Zahl der leeren Wohnungen liegt bei 289 auf 435. Magdeburg hatte im Jahre 1909 eine noch schwächere Bautätigkeit als im Jahre 1908. Die Zahl der nachgeschulten Bauarbeiter betrug 20 weniger als im Jahre 1908. Ausgeführt wurden 4 Fabriken, 39 Milchleibgebäude, 86 Schuppen, 81 Vergrößerungen und 376 Veränderungsbauten. Im Jahre 1908 gab es in Plauen 6 pZt. leerstehende Wohnungen, sie gingen im Jahre 1909 auf 6 pZt. zurück. In Zwickau waren gegen das vorige Jahr 8 pZt. Maurer weniger beschäftigt. Statistiken über die Zahl der hergestellten Neu- und Umbauten waren von den Behörden trotz mehrmaligen Ertrudens nicht zu erlangen. Auch über den Wohnungsstand waren keine Unterlagen zu beschaffen. In Aitendburg war im Frühjahr die Bautätigkeit schwach, besserte sich im Monat Mai und war bis Mitte September sogar gut, konnte aber dann ab. Von 10 095 Wohnungen standen 256 leer, wovon ein erheblicher Teil überhaupt nicht bewohnbar sein soll. Auch hier besteht für die arbeitende Bevölkerung eine Wohnungsnot. In Gera war die Bautätigkeit sehr gut. Errichtet wurden Wohnsofobauten und Kaufmannshäuser. Die private Bautätigkeit erstreckte sich auf Geschäftshäuser und Wohngebäude. Für die arbeitende Bevölkerung besteht auch hier Wohnungsnot. Von den vorhandenen Wohnungen steht nur ein Prozent leer. In Weichenbach, Werda, Greiz, Crimmitschau, Limbach, Yurgstädt, Glaucha, Zeitz, Delitzsch, Zeitznig, Döblich, Falkenberg, Bengelnsfeld, Aue und Schneeburg war gute Bautätigkeit vorhanden. In Weissenfels, Raumburg, Erdborn, Markranstädt, Auerfurt, Döbeln, Hofweim, Waldheim, Wittweida und Franzenberg war die Konjunktur schwach. Im Merseburger Lothgebirge war die Bautätigkeit sehr gut, hier konnte eine Anzahl Mitglieder aus Weissenfels Arbeit erhalten. Errichtet wurden mehrere Briefkastenfabriken. In den rein ländlichen Distrikten war die Bautätigkeit allgemein schwach. Allgemein ist festzustellen, daß fast in allen angeführten Städten Wohnungsnot besteht, so daß eigentlich für das Baugewerbe die Bedingungen für eine gute Konjunktur auch im Jahre 1910 gegeben sind.

**Gau Magdeburg.**

Die Bautätigkeit im Gaugebiet war im allgemeinen lebhafter als im Jahre 1908, nur die im Anhaltischen liegenden Orte machten eine Ausnahme. Einen ziemlich energischen Aufschwung nahm die Bautätigkeit in Magdeburg. Das zeigen sich die Mitgliederzahlen der Distriktskassen für Maurer und Zimmerer. Dort waren derselben im Durchschnitt der Jahre 1907: 2875, 1908: 2922, 1909: 2861. Ein weiterer Beleg dafür ist die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen. In Magdeburg wurden Genehmigungen erteilt im Jahre 1907: 1245, 1908: 1296, 1909: 1630. Die Zahl der Neubauten für behördliche und industrielle Zwecke ist zwar im Jahre 1909 kleiner als im vorangegangenen Jahre, dafür haben sich aber die Wohnhausbauten, Nebengebäude und Ums- und Umbauten erheblich vermehrt. Wohnhäuser wurden 3 W. im Jahre 1908 nur 68, im Jahre 1909 aber 139 genehmigt. Im Wohnbau abgenommen wurden 115 Wohnhäuser, während es im Jahre 1908 nur 72 waren. Es ist darauf zu hoffen, daß sich dieser lebhaftige Aufschwung auch in diesem Jahre fortsetzen wird. Wie in so mancher Großstadt, so besteht auch in Magdeburg ein sichtbarer Wohnungsmangel. Am 1. November 1909 betrug die Zahl der leerstehenden Wohnungen nur 1244 oder 1,9 pZt. Von 10 570 g. bezogen die städtische Haushalte 136 Baugenehmigungen, von 10 719; leider ist nicht zu sehen, ob sich die Bautätigkeit gehoben oder verschlechtert hat. In Dessau trug die Konjunktur das Gepräge der fast völlig stillstehenden Bebauungsarbeiten, die Zahl der Neubauten ist in den letzten zehn Jahren ständig gesunken, im Berichtsjahre betrug sie nur noch 80. Auch einige preussische Orte zeigten eine unbedeutende Bautätigkeit, so Tangermünde, wo 18 Wohnhäuser baupolizeilich genehmigt wurden, während es im Jahre zuvor 39 gewesen waren. In Wittenberge wurden 14 Baugenehmigungen erteilt, wovon 11 auf neue Wohnhäuser, 8 auf Wirtschaftsgebäude und 52 auf Ums- und Umbauten entfielen. In den meisten Orten dagegen war die Konjunktur gut. In Neudorf wurde besonders im ersten Halbjahre lebhaft gebaut, doch trat später ein starker Rückschlag ein. In Neuhardenberg war die Konjunktur sehr günstig. Auch in den kleineren Orten des Gauces war die Konjunktur mit wenigen Ausnahmen besser als im Jahre 1908, was besonders für das altmärkische Nebengewinnungsgebiet gilt.

**Gewerkschaftliches.**

Eine verheißungsvolle Perspektive hat der Redakteur des Buchdruckerzangs, Ludwig Fischer, der deutschen Arbeiterbewegung eröffnet, indem er das Erscheinen einer Subskription gegen die Sozialdemokratie in Aussicht stellte. Wir dürfen voraussetzen, daß unser Kollegen die eigenartige Stellung Fischer's zur politischen Arbeiterbewegung bekannt ist, sie hat ja schon oft ein höchst unerwartliches Aussehen erregt. In den früheren Kampsalgeräten ist auch Fischer's manchmal Unrecht geschehen, und man hat ihm darum manchen nachgesehen, was sonst härtesten Tadel verdient hätte. Bei seinem letzten Konflikt jedoch mit dem geschäftlichen Leiter des "Vorwärts"-betriebs, dem Genossen Richard Fischer, der zu einem gerichtlichen Austritt führte, hatte sich Fischer's solche Mühen gegeben, daß jeder demütig denkende Gewerkschafter von ihm absehen mußte. Die damalige moralische Niederlage war ihm sehr genant worden, weshalb er gütlich nach einer Gelegenheit suchte, um sich zu rehabilitieren. Genosse Fischer bot sie ihm in einer Polemik, die er im Reichstage gegen einen national-liberalen Reichsverband führte. In seiner Verteidigung der Geschäftlichen Interessen des "Vorwärts"-betriebs ließ Fischer auch einige Worte gegen Fischer's fallen. Wohlwollend antwortete dieser mit einer wütenden Schimpfmonade, die in der Drohung gipfelte, er werde außerhalb des von ihm redigierten Blattes eine gründliche Abrechnung nicht nur mit Fischer und dem von diesem geleiteten Betrieb, sondern auch mit der sozialdemokratischen Partei halten. Das bedeutet also, daß Fischer's zu einem ähnlichen Wert rüht, wie es die alte Subskription des Reichsmachers Fischer oder "Der rote Sumpf" des Rade ist. Diese Drohung zeigt, daß Fischer's in einen Zustand geraten ist, der es ihm unmöglich macht, sich Rechenschaft von der Moral seines Tuns zu geben. Sein Haß hat ihn völlig blind gemacht. Wäre es anders, so hätte er für die Antwort von Fischer's Angriffen wenigstens nicht eine so herausfordernde Form gewählt. Ausgerechnet an dem Tage, wo die ganze übrige Arbeiterpresse Artikel mit der Überschrift "August Bebel" brachte, kam der "Korrespondent" mit dem Schimpfartikel "Richard Fischer" heraus. Wenn Fischer's noch etwas guten Nates zugänglich ist, so mag er sich gefast nicht lassen, daß es jetzt endlich mehr als genug ist. Die ihm lange unbedeutend zu sein gewordene Nachsicht war ihm hoffentlich, auch mit jenen neuesten Stück durchzuführen; aber der einmütige Protest in der Arbeiterpresse, dem wir uns hiermit anschließen, wird ihm zeigen, daß alles ein Ende hat, auch die Nachsicht der Arbeiter einem Untertanen gegenüber.

**\* Fassung der Gewerkschaften für Boykottkaden.**

Lange Zeit hat sich das Reichsgericht des Ansehens, gegen den Boykott straf- und zivilrechtlich vorzugehen, erwehrt. Schließlich hat der letzte Zivilsenat des Reichsgerichts aber doch der Entscheidung getroffen, daß die Art der Durchführung ihn zum unbilligen Mittel der Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen des Gegners beabsichtigt ist. Das festzustellen, liegt in der Hand der Gerichte, die mit der freien Beweiswürdigung einen fast unbegrenzten Spielraum haben. In einem Prozeß des Wädernmeisters Lube-Werlin gegen die Genossen Heßholz und Schneider und der Passfelle Berlin des Wädernverbandes, war der Boykott zum unbilligen Kampfmittel gestempelt worden. Lube hatte im Wädernstreik 1904 die Forderungen der Gesellen anerkannt, dann aber sein Ehrenwort gebrochen und wieder die alten hartbestimmten Einrichtungen eingeführt. Es wurden dann im März 1905 zwei Flugblätter verbreitet, deren unbillige Zwecke die Gerichte in folgenden Stellen erkannte: "Der Lube scheint auch das Verweilen eines Wortbruches zu bestehen, denn er verstockt sich hinter allerhand Drohungen gegen uns. In die Bevölkerung setzen wir das Vertrauen, daß sie uns unterstützt."

In einem anderen Prozeß des Flugblattes war über die Ehrenhaftigkeit und Wahrheitsliebe Lubes und über die Reinlichkeit seines Betriebes einiges gesagt worden. Diese Stellen des Flugblattes sollen nach dem Erkenntnis der Gerichte den Boykott zum unbilligen Kampfmittel gemacht haben. Lube verlangte einen Schadenersatz von M. 6000 für Gewinnausfall und Entwertung seines Geschäftes. Lube und Kammergericht haben unsere Gerichte verurteilt. Die Gerichte haben angenommen, daß der Rückgang des Geschäftes tatsächlich erheblich auf die Flugblätter zurückzuführen sei. Bergbeil machte unsere Genossen darauf aufmerksam, daß auch mit anderen Mitteln als

den beiden Flugblättern geknüpft worden ist. Das Reichsgericht hielt sich an die Feststellung des Stadtschreibers gebunden und verzweifelt die Revision des Bäderverbandes.

Generalversammlungen.

Der Verband der Mäler hielt vom 20. bis 22. Februar eine außerordentliche Generalversammlung im Volkshaus zu Dresden ab. Veranlaßt war diese Tagung durch die Einführung des Reichstarifvertrages. Dieser brachte bekanntlich eine Arbeitszeitverkürzung nur dort, wo die tägliche Arbeitsdauer zehn Stunden übersteigt; außerdem steht der Reichstarif Mindestlöhne nur vom zweiten Gesehensjahre ab fest und überläßt das erste Jahr der freien Vereinbarung. Gegen diese Bestimmungen wandte sich besonders die Hamburger Zunftstelle, da dort seither ein Mindestlohn auch für diese Leute bestand. Von dieser Seite wurden auch die Leistungszeichne des neuen Vertrages bekämpft und statt dessen Einheitslöhne gefordert. Außerdem hatte aber auch die Unterabstimmung über die Annahme des Reichstarifs eine erhebliche Minderheit gegen die Annahme ergeben, so daß sich eine außerordentliche Generalversammlung notwendig machte. Die Stimmung in den Mitgliederkreisen wurde noch verärgert durch das Vorgehen der Unternehmer, die mit der Einführung der tariflichen Verbesserungen noch vielfach im Rückstand sind. Die Filialen Hamburg und Garburg hatten nun von der Generalversammlung die Ungültigkeitserklärung des vom Vorstande auf Grund der Arbeitszeitverkürzung bereits anerkannten Reichstarifs verlangt. Garburg wünschte sogar, daß die Mitglieder des Hauptvorstandes ihre Ämter niederlegen sollten. Nach eingehender Diskussion wurden jedoch alle diese Anträge sowie auch ein von Berlin beantragtes Adressat für die Verhandlungskommission abgelehnt und der Reichstarif für gültig erklärt. Für die einheitliche Vertragsschlüsse erklärten sich insbesondere die Süddeutschen, während die Hamburger Vertreter forderten, daß jeder Ort seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst regeln müsse. Der Verbandstag nahm schließlich eine Resolution an, die erklärt, daß die materiellen Verbesserungen des Vertrages nicht das bringen, was die Mälergehilfen berechtigterweise fordern konnten, daß aber die Schuld an diesem Ergebnis an der ungünstigen Konjunktur und der noch großen Zahl Inorganisierten liege. Der Vorstand wurde schließlich ermächtigt, gegen alle Betriebe und Orte, wo die Durchführung des Vertrages unterbleibt, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Soziales.

\* Die Lebensmittelpreise stehen heute viel höher als vor einem oder vor zwei Jahren. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß einzelne Artikel billiger geworden sind; für andere ist die Preissteigerung wieder um so größer. So stehen beispielsweise die Kleinhandelspreise für Schweinefleisch fast allgemein höher als im Vorjahre. Im Bezugsgebiet B. heißt sich der Durchschnittspreis für Schweinefleisch in der ersten Hälfte des Februar d. J. auf M. 1,79 pro Kilogramm gegen M. 1,48 im Vorjahre; er geht also über den damaligen um 21 1/2 Prozent. Coblenz, das die nachträgliche Steigerung aufzuweisen hat, hat einen Preis von M. 1,89 gegen M. 1,60 im Vorjahre; das Bismarck beträgt 29 1/2. Nicht stark ist auch die Differenz, die der Schweinefleischpreis in Paderborn zeigt: ein Kilogramm kostete im Februar d. J. M. 1,66, das im Vorjahre mehr als im Jahre 1909, wo es nur M. 1,43 kostete. Gleisburg verzeichnet dieses Jahr einen Preis von M. 1,60, während es vergangenes Jahr einen solchen von M. 1,39 hatte. Die Steigerung beläuft sich also auf 21 1/2. In Posen beläuft sich der Preis für Schweinefleisch pro Kilogramm auf M. 1,58; er betrug im Vorjahre M. 1,38, ist also um 20 1/2 Prozent höher als damals. Mit stärkeren Preisdifferenzen zeigen noch folgende Städte: in Breslau stieg sich der Preis auf M. 1,72 oder um 19 1/2 Prozent höher als 1909, in Graubünden auf M. 1,40 oder um 18 1/2 Prozent höher, in Cottbus auf M. 1,62 oder um 17 1/2 Prozent höher und in Tilsit endlich auf M. 1,54 oder ebenfalls um 17 1/2 Prozent. Den niedrigsten Schweinefleischpreis weist Memel mit M. 1,36 auf, den höchsten Frankfurt a. M. mit M. 2.

Polizei und Gerichte.

Ansbach. Wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung waren unsere Kollegen Moll, Schwemmerling und Wittman angeklagt. Sie waren am 11. Mai d. J. nach Mühlheim gefahren, um die von dem Demokraten Gdard dorthin geschickten Maurer Zimmern, Schmidt und Geiselbrecht für den Ansbacher Maurerstreik zu gewinnen. Am Abend fand am Orte eine größere Versammlung statt, so daß schließlich ein Redner die „Arbeitswilligen“ zur Abreise beurlaubte. Dabei soll Moll die Streikbrecher „Streikbrecher“ genannt und Schwemmerling soll geäußert haben, wenn sie die Arbeit nicht einstellen, kämen sie in die Zeitung; ferner soll Wittman den Kämpfer „Kump“ und „Schult“ genannt haben. Am 18. Februar mußten sie aber vor Gericht nichts Bestimmtes zu sagen. Das Gericht sprach alle drei Angeklagte frei und legte die Kosten der Staatskasse auf. Der Staatsanwalt hatte für zwei der vermeintlichen Sünden eine empfindliche Freiheitsstrafe beantragt.

Breslau. Der Maurer Demuth, der Bauarbeiter Humbel und der Maurer Bräuer waren vom Schöffengericht zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis einem Monat verurteilt worden, weil sie im Mai d. J. auf dem Schmidtschen Neubau in Groß-Möckern unorganisierte Maurer zum Verlassen des Baues genötigt haben sollten. Sie legten Verurteilung ein, aber die jetzt der Breslauer Strafkammer verhandelt wurde. Als Belastungszeugen traten die Maurer Oswald Proffrog und Franz Wlasow auf. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten sich am fraglichen Tage nach der Freistellung geweigert hatten, wieder an die Arbeit zu gehen. Die erwähnten Zeugen hatten daraufhin die Arbeit von selbst aufgegeben, unter der Anführung, Anzeige zu erstatten. Es waren dann noch ver-

schiedene Schimpfreden gefallen, die aber für die Verurteilung der Sache außer Betracht blieben. Das Gericht nahm an, daß die Angeklagten sich dadurch, daß sie nicht an die Arbeit gingen, der Verurteilung in dem Sinne des § 153 schuldig gemacht hätten. Es wurde gleichmäßig auf eine Woche Gefängnis für jeden Angeklagten erkannt. Demnach wären also organisierte Arbeiter unter allen Umständen verpflichtet, in der Inorganisierten liebe Kollegen und braven Streikbrecher zu erlösen, denen man ja nicht etwa auch aus dem Wege gehen darf, weil sie sich sonst „berlei“ fühlen könnten! Und zu einer solchen Justiz soll man Vertrauen haben?

Saarbrücken. Nicht weniger als 222 Tage Gefängnis an acht Kollegen erteilte das Schöffengericht St. Ingbert, weil die Kollegen Streikbrecher mit Worten von der Arbeit abhalten wollten, ein fremdes Grundstück betreten und endlich Widerstand geleistet haben sollten. Der, als Zeuge erschienene Arbeitswillige Kost aus Frankfurt (Main) erklärte, wenn ihm in seinem Dorfe vom Unternehmer Wittmann gesagt worden wäre, daß in St. Ingbert Streik sei, wäre er nicht gekommen. Er habe auch morgens den Angeklagten noch versprochen, nicht zu arbeiten, aber das Jureden des Unternehmers und der Aufsicht und die Deckung der Polizei haben ihn verleitet, die Arbeit aufzunehmen. Die Angeklagten haben also den Streikbrecher nur an sein Versprechen erinnert, und trotzdem die hohen Strafen. Und dies noch in der demokratischen Pfalz, wo man noch lokale Freiheit erwartete. Ingesamt wurden bei der Lohnbewegung über ein Jahr Gefängnis und 18.000 Geldstrafen verhängt. Geißt eine Leistung, mit der sich der Staatsanwalt sehen lassen kann.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung liegt nunmehr komplett vor, nachdem auch der dritte Teil zur Ausgabe gelangt ist. Die vorher erschienenen Bände: „Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes“ und „Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin“ haben in der Presse eingehende Beachtung und vielfach lobende Besprechungen erregt. Nicht minder interessant ist der dritte Band, der den Interimist führt: „Fünfzehn Jahre Arbeiterbewegung unter dem gemeinen Recht“. Die wichtigsten Vorgänge innerhalb der Berliner Arbeiterbewegung bis in die neueste Zeit werden in diesem Bande in Wort und Bild gewidrigt, und es ist von großem Interesse für jeden Mitkämpfer, sich diese Ereignisse, die denen er vielleicht mitgemacht hat, ins Gedächtnis zurückzurufen. Jeder Parteigenosse sollte die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung lesen; denn aus der Geschichte der eigenen Partei sieht er vergangene Zeiten vor dem geistigen Auge aufstehen; er zeigt den Aufstieg der Arbeiterklasse vom dumpfen energielosen Kapitalisten zum politisch denkenden, klugbewussten Arbeiter, der alle Kraft einsetzt in den Kampf für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung. Die zahlreichen Bilder und Dokumente erzählen den Wert der Arbeit und tragen zur Veranschaulichung bei. Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung findet pro Band hochwertig M. 5, in Reinen gebunden M. 6,50, in Halbfranz gebunden M. 7,50. Außerdem ist jeder Band in je 17 Heften à 30 1/2 durch alle Buchhandlungen, Speditionen und Zeitungsverleger zu beziehen. Ausführliche Prospekte werden kostenlos der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin-SW.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine dienstliche Auskunft, auch nicht, wenn Mißtraue beigefügt ist.)

\* Berichte. Wir verweisen hier nochmals darauf, daß wir gewöhnliche Versammlungsberichte nicht mehr aufnehmen. Wichtige Vorkläufe und Mitteilungen geben wir jedoch unter „Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen“ wieder. Die Gründe dafür sind unter „Fort mit den Versammlungsberichten“ in Nr. 9 des Blattes nachzulesen.

„Unternehmer“. In den meisten an uns gelangenden Berichten wird statt „Unternehmer“ immer noch „Arbeitgeber“ gesagt. Im „Grundstein“ ist schon des öfteren nachgewiesen worden, daß nicht die Unternehmer es sind, die die Arbeit geben, sondern die Arbeiter. Für den „Grundstein“ gibt es wohl „Arbeitgeberverbände“ (ihren Namen können wir ihnen nicht nehmen), aber keine „Arbeitgeber“. Da wir die Worte jedesmal ändern müssen, bitten wir unsere Berichterstatter, von vornherein die richtigen Worte zu setzen.

S. W. Mühlberg. Wenn eine Baubelegiertenversammlung stattfindet, so genügt es wohl, wenn die Delegierten am anderen Tage in den Buben Bericht erstatten. Im „Grundstein“ darüber einen Bericht von 100 Zeilen zu bringen, ist nicht angängig.

S. L. in Buer. Der Preis des Buches „Religion und Volksschule“ war uns selbst nicht bekannt, sonst hätten wir ihn mitgeteilt. Wenn Du aber dafür M. 2,85 zahlen mußt, so ist das Buch entschieden zu teuer.

S. C. in Esch. R. Wenn durch Ehevertrag Gütertrennung vereinbart ist und dem Manne nicht nachgewiesen werden kann, daß er Vermögen in die Ehe eingebracht oder später erworben hat, so ist für das Kind nichts zu holen. Die Frau ist nicht verpflichtet, für ihren Mann aus ihrem Vermögen Alimante zu zahlen. Wohl aber können dem Manne, wenn er durch seine Arbeit Lohn oder Gehalt verdient, davon die Alimante gefordert werden.

Coblenz. Die Karte ist am 1. März zwischen 7 und 8 Uhr abends in Coblenz aufgegeben, also zu einer Zeit, wo die Nr. 10 des „Grundstein“ zum Teil bereits versandt war. Die Aufnahme der Anzeige war deshalb nicht mehr möglich.

S. W. und W. P. in Gdn. Die Sache ist damit wohl erledigt. Uns kann es nur eine Freude sein, wenn es nicht so ist, wie uns geschrieben war; eine Berichtigung, die übrigens erst noch weitere Erkundigungen nötig machte, ist nicht nötig, da unsere Notiz ganz allgemein gehalten war.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Münsterburg. Am 27. Februar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege Xaver Krussius im Alter von 81 Jahren.  
Berlin. Am 26. Februar starb unser Mitglied Franz Voss im Alter von 39 Jahren an Mierentleiden.  
Düsseldorf i. M. Am 25. Februar starb unser Kollege Karl Raasch im Alter von 43 Jahren an Lungentuberkulose.  
Schwege. (Zahlstelle Reichenbachen.) Am 26. Februar starb unser langjähriger und treuer Mitglied Kaspar Küllmer im Alter von 64 Jahren infolge Herzschlages. Wir betrauern in ihm einen tüchtigen und eifrigen Förderer unserer Sache.  
Zisterwalde. Am 28. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege Reinhard Winzer aus Heshorf im Alter von 86 Jahren infolge Schlaganfall.  
Sainov. Mühlberg. Zahlstelle Hschlag. Am 8. März starb unser Kollege Karl Koch an Lungentuberkulose.  
Mannheim. (Zahlstelle Maxdorf.) Am 1. März starb unser Verbandskollege Johannes Dick im Alter von 86 Jahren an Schlaganfall.  
Martrankstädt. Am 3. März starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege Karl Glässer aus Martrankstädt an Lungentuberkulose.  
Neuhaldensleben. Am 1. März starb nach langem Leiden unser treuer Mitglied Andreas Claus im Alter von 59 Jahren.  
Neustadt a. d. B. Am 26. Februar starb unser Kollege Georg Gilbert im Alter von 61 Jahren an den Folgen eines früheren Unglücksfalles.  
Ostrowitz i. Oberst. Am 23. Februar starb nach langem Leiden unser Kollege Jos. Wiezorek im Alter von 38 Jahren an Lungentuberkulose.  
Peitzertal. Am 26. Februar starb unser Kollege Albert Tille aus Peitzertal im Alter von 51 Jahren an Lungentuberkulose.  
Schwielbein. Am 1. März starb nach kurzer Krankheit unser treuer Kollege Wilh. Röhl im 80. Lebensjahre an Gehirn- und Rückenmarkentzündung.  
Verden. Am 27. Februar starb unser Mitglied August Zimmermann aus Veierndorf im 53. Lebensjahre an Lungentuberkulose.  
Wolfsgr. Am 5. März starb unser Kollege Wilhelm Marin im Alter von 24 Jahren durch Unglücksfall. Ehre ihrem Andenken!

Felix Maleika, wohnhaft in Märtern b. Leipzig, wird gebeten, seine Adresse an den Kollegen Th. Riehl, Kattowitz, Nathausstr. 12, gelangen zu lassen. Kollegen, die Maleika kennen, werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Der Vorstand des Zweigvereins Kattowitz.

Christian Wrobel, komme sofort nach Mühlberg zu Deinem Schwager.  
[90 A] Der Vorstand des Zweigvereins Vegesack.

Karl Schulz, Verb.-Nr. 184 962, geboren 24. Dezember 1876 zu Salzwedel, wird gebeten zwecks Regelung wichtiger Angelegenheiten seine Adresse an den Kassierer des Zweigvereins Salzwedel gelangen zu lassen. [M. 1,50]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorkommender, K Kassierer, L Verehrtskassier, H Bergeber, R. Revisor, B. Buchführer, W. Wirt, S. Sekretär, M. Mitglied.)  
Sammer b. Jahnitz. V Fritz Wille, Maurer.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 12. März.

Glesien. Abends 8 Uhr im Arbeiterheim.

Sonntag, den 13. März.

Berlin. (Zahlstelle Reinickendorf.) Vorm. 10 Uhr bei Anbeter. Glesien. 61.  
Coblenz. Nachm. 2 1/2 Uhr. L.-D.: Unsere Lohnbewegung am 1. April. Berichtsbüchlein.

Delitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Rindenschloß“. Wägenausgabe.  
Driesen. Nachm. 2 1/2 Uhr bei B. Junge. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
Greene. Mitgliederabend mit Mitteilungen.

Werder a. d. H. Nachm. 5 1/2 Uhr im höchsten Lokale.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Dienstag, den 15. März.

Berlin. (Zahlstelle B.-E.-H.) Abends 8 Uhr bei Gabel, Bergmannstr. 64. Agitationensammlung.

Mittwoch, den 16. März.

Berlin. (Bezirk Regdort.) Abends 8 Uhr bei Wolff, Strömpferstr. 41. (Bezirk Behndorf.) Bei Müller, Postdammerstr. 26.

Sonabend, den 19. März.

Aken. Abends 8 Uhr in der Herberge zur Heimat.

Sonntag, den 20. März.

Strehlen. Bei Herden, Frankentienersstraße. L.-D.: Lohnfrage. Der Fall fetter ist anwendig.